Montag, 23. September 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 221 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Synode: An dem Jahresbericht der Kirchenleitung, der auf der Synode des Bundes der evangelischen Kirchen der „DDR" in Leipzig vorgetragen wurde, gab es Kritik eines Superintendenten aus dem Vogtland. Er bemängelte, daß der Bericht der „Frage nach der Zukunft und dem Fortbestand des deutschen Volkes deutlich ausgewichen" sei. (S. 6)

Perschau: Als neuen Bürgermeisterkandidaten in Hamburg hat die CDU auf ihrem Landesparteitag den Fraktionsvorsitzenden Helmut Perschau nominiert. (S. 6)

Bayern-SPD: Großen Streit gab es auf dem Parteitag der bayerischen Sozialdemokraten um einen Antrag des Landesvorstandes, jeden vierten Parteiposten mit einer Frau zu besetzen. Die Delegierten lehnten zunächst ab. Unter dem neugewählten Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl, Hiersemann, kam es gestern noch zu einem Kompromiß. (S. 4)

Hessen: SPD und Grüne kommen heute zu Gesprächen über den Landeshaushalt 1986 und eine mögliche Beteiligung der Grünen an der bisher nur von den Sozialdemokraten gestellten Landesregierung zusammen.

China: In Peking sind 64 neue, jüngere Mitglieder und Kandidaten in das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei gewählt worden. Die neuen Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren hatten sich bereits in leitenden Posten in Regierung, Partei und Militär bewährt. (S. 5)

Spanien: Harte Reaktionen hat Madrid nach den Angriffen auf zwei spanische Boote vor der Küste Marokkos angekündigt. Dabei waren ein Soldat getötet und zwei Seeleute verletzt sowie sieben Fischer verschleppt worden. Als Urheber wird die Polisario-Front vermutet, die für die Unabhängigkeit der Westsahara kämpft.

Atomsperrvertrag: Trotz Kritik an den Atommächten wegen mangelnder nuklearer Abrüstung ist der 15 Jahre alte Vertrag von der Überprüfungskonferenz in Genf in vollem Umfang bestätigt worden. Nach fast vierwöchigen Verhandlungen einigte sich die Konferenz auf ein gemeinsames Schlußdokument. (S. 8)

„DDR": *Wirtschaftsfunktionäre* sollen in stärkerem Maße für Fehlentscheidungen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, fordert die Ostberliner Zeitschrift „Neue Justiz".

ZITAT DES TAGES



» Niemand kann erwarten, daß wir zu der alten, schlechten Politik zurückkehren, die wir mit der SPD gemacht haben «

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) zur Forderung der Sozialdemokraten nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen (S. 4)
FOTO: MATTHIAS JÜSCHKE

WIRTSCHAFT

Forschungsförderung: Die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft ist in diesem Jahr verstärkt genutzt worden. Bei den Beihilfen des Bundes für kleine und mittlere Unternehmen war die Nachfrage so groß, daß die Haushaltstitel fast erschöpft sind. (S. 9)

US-Aktienmärkte: Investoren bleiben in Wartestellung, nachdem auch die Blitzprognose des Handelsministeriums zum US-Bruttosozialprodukt im dritten Quartal 1985 enttäuschend ausgefallen ist. Auf Jahresbasis liegt das reale Plus mit 2,8 Prozent weit unter der Voraussage des Weißen Hauses. (S. 9)

Taiwan: Im vergangenen Jahr zählte das Land mit einem realen Wirtschaftswachstum von 10,9 Prozent noch zur Weltspitze. Nun steckt Taiwan in der Krise. Im August blieb der Erlös beim Export, Taiwans entscheidendem Wachstumsfaktor in den vergangenen Jahrzehnten, um 9,7 Prozent unter dem Ergebnis des gleichen Monats 1984. (S. 10)

KULTUR

Hugenotten: Bislang war die Forschung zur Hugenotten-Auswanderung im wesentlichen auf regional- und familiengeschichtliche Dimensionen beschränkt. Eine Tagung in Berlin war daher darauf ausgerichtet, neue Forschungsschwerpunkte unter gesamteuropäische Aspekte zu setzen und die Geschichte der Hugenotten von Legenden und Verklärungen zu entrümpeln. (S. 15)

Musikwettbewerb: Zum 34. Mal hatte die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) jetzt in München zum Wettstreit der besten Musiker geladen. Doch was die 400 Teilnehmer aus 35 Ländern, die um die Palme in den Fächern Klavier, Kontrabaß, Flöte, Schlagzeug und Bläserquintett stritten, boten, war nur Mittelmaß und solides Handwerk. (S. 15)

SPORT

Sportpolitik: Der Vorstand des Deutschen Rugby-Verbandes entschied sich mit 7:4 Stimmen gegen die für den kommenden Sommer geplante Südafrika-Tournee der Nationalmannschaft.

Boxen: Michael Spinks ist Weltmeister aller Klassen. Der Halbschwergewichts-Weltmeister besiegte den zuvor in 49 Kämpfen ungeschlagenen Schwergewichtler Larry Holmes nach Punkten.

AUS ALLER WELT

Popmusik: Vor dem Handelsausschuß des amerikanischen Senats war jetzt eine Anhörung angesetzt, in der sich die Senatoren über Moral und guten Geschmack in der Popmusik informierten. Ausgelöst wurde diese Anhörung durch die wachsende Zahl jener, die die pornographischen Botschaften einiger Pop-Idole nicht mehr den Ohren ihrer Kinder preisgeben wollen und deshalb Zensur fordern. (S. 16).

Diethylenglykol: Eine Umfrage zum Weinskandal ergab, daß 95 Prozent aller Erwachsenen in der Bundesrepublik Deutschland etwas über Diethylenglykol im Wein wissen. Widersprüchliche Antworten gab es jedoch auf die Frage, wie stark dieses Wissen den Weinkonsum beeinflussen werde. (S. 16)

Wetter: *Heiter bis wolkig. 17 bis 25 Grad.*

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan: Gorbatschow soll für höheren Lebensstandard sorgen

Diskussion der Menschenrechte soll in Genf den Schwerpunkt bilden

FRITZ WIRTH, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat dem sowjetischen Regierungschef Michail Gorbatschow den Rat gegeben, den Schwerpunkt seiner Politik vom außenpolitischen Expansionsdrang mehr auf die Behebung der internen wirtschaftlichen Probleme seines Landes zu verlagern.

„Seit den 70er Jahren hat sich die Sowjetunion einer militärischen Aufrüstung gewidmet, die bei weitem jede vernünftige Definition ihrer Verteidigungs-Notwendigkeiten überschreitet. Diese Politik hat dem sowjetischen Volk schwere Kosten aufgebürdet. Jede Woche sterben russische Soldaten in Afghanistan, während zugleich der sowjetische Lebensstandard sinkt", erklärte Reagan in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache an das amerikanische Volk.

„Mr. Gorbatschow kann das ändern", fuhr Reagan fort, „indem er eine Politik der Waffenreduzierung und des dauerhaften Friedens einleitet. Eine Verlagerung der sowjetischen Ressourcen von der Rüstung zu den Bürgern könnte es seiner Nation ermöglichen, größeres wirtschaftliches Wachstum zu genießen."

Reagan nahm mit dieser Rede zum drittenmal innerhalb der vergangenen fünf Tage auf seine bevorstehende Begegnung mit Gorbatschow in acht Wochen in Genf Bezug. Es zeigt deutlich, daß das Weiße Haus entschlossen ist, den Sowjets nicht länger die Regie in ihren Propagandamanövern im Vorfeld dieses Gipfels zu überlassen.

Die Tagesordnung des Gipfels wird am kommenden Freitag beim ersten Gespräch Reagans mit dem neuen sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse im Weißen Haus zur Debatte stehen. Reagan wird dabei zu verstehen geben, daß er nicht bereit ist, die neunstündigen Gespräche mit Gorbatschow einseitig durch Abrüstungsdiskussionen und Auseinandersetzungen über die geplante amerikanische Weltraumverteidigung beherrschen zu lassen.

Der US-Präsident legt in Genf großes Gewicht auf die Behandlung der Menschenrechte durch die Sowjetunion, eine Diskussion über Afghanistan und andere regionale Krisenpunkte sowie auf gegenseitige Handelsbeziehungen. Er sei entschlossen, so Reagan, Schewardnadse am Freitag deutlich zu verstehen zu geben, daß die USA mit einem großen Maß an Goodwill in diese Genfer Gespräche gingen und daß sie zugleich von der Sowjetunion die Bereitschaft zu einem wirklichen „Geben und Nehmen" in diesen Verhandlungen erwarteten.

Reagan hatte zu Beginn der vergangenen Woche jedoch bereits klargemacht, daß die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) nicht zu den verhandlungsstrategischen Handelsobjekten in Genf gehört. Die Reagan-Administration ist der Meinung: Wenn Gorbatschow es ernst meint mit seinen nuklearen Abrüstungsvorschlägen der vergangenen Wochen, dann habe er hinreichende Gelegenheit, sie bei den laufenden Abrüstungsverhandlungen in Genf formell auf den Tisch zu legen. Dies sei aber bisher nicht geschehen.

„Wir sind entschlossen, die westlichen Interessen zu schützen", erklärte Reagan im Hinblick auf seine Begegnungen mit Gorbatschow und

● Fortsetzung Seite 8

FDP steht weiter zu Zimmermann

WELT-Interview mit Bangemann: „Für Rücktrittsforderung gibt es keinen Anlaß"

DW. Celle

Der FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, ist dem Eindruck entgegengetreten, es gebe innerhalb der Regierungskoalition unüberwindliche Spannungen. In einem WELT-Interview betonte er aber, seine Partei müsse das Recht haben, ihre Ziele auch gegenüber der CDU zu verdeutlichen. Mit Bangemann sprach Stefan Heydeck.

WELT: Die Opposition fordert den Rücktritt des Bundesinnenministers Zimmermann wegen der Spionageaffären. Könnten Sie sich im Rahmen einer Kabinettsumbildung einen Tausch zwischen dem FDP-geführten Justizministerium und dem CSU-geführten Innenministerium vorstellen?

Bangemann: Über eine solche Frage würde ich erst nachdenken, wenn ich dazu gezwungen würde.

WELT: Also würden keine FDP-Ressorts zur Disposition stehen?

Bangemann: Noch einmal: Ich denke nicht über Situationen nach, die ich jetzt, im Augenblick nicht sehe. Wir haben ja erst kürzlich bei der Bundestagsdebatte zum Ausdruck gebracht, daß wir keinen Anlaß zu einer Rücktrittsforderung an Friedrich Zimmermann sehen.

WELT: Das war vor der Flucht der Familie Willner.

Bangemann: Es gibt gegenwärtig keine Anhaltspunkte, daß sich diese Auffassung geändert hat. Deswegen kann und will ich diese Frage nicht beantworten.

WELT: Es gilt also bis auf weiteres die Koalitionsabsprache, daß jede der drei Parteien über ihre Ressorts entscheidet.

Bangemann: So ist es.

WELT: Eröffnet Strauß, mit seinen jüngsten Vorstößen zur Südafrika-Politik und zur Lufthansa-Privatisierung, neue „Nebenkriegsschauplätze" in der Koalition?

Bangemann: Strauß hat ja von Anfang an Bedenken gegen unsere Pläne zur Privatisierung der Lufthansa geäußert. Bundesfinanzminister Stoltenberg und ich haben versucht, diese Bedenken durch verschiedene Vorschläge zur Ausgestaltung der privaten Beteiligung auszuräumen. Ich glaube, daß immer noch eine Möglichkeit zur Einigung besteht. Ich bin zu einem weiteren Versuch bereit.

WELT: Wie kann das geschehen?

Bangemann: Das Problem muß auf seinen Kern zurückgeführt werden: Ich meine, daß der Einfluß der öffentlichen Hand auf die Strecken- und Flottenpolitik der Lufthansa bei einer Teilprivatisierung nicht erschwert wird. Sichergestellt werden kann auch, daß private Anleger mindestens in der Streckenpolitik öffentliche Belange berücksichtigen. Im übrigen glaube ich, daß unser Holding-Modell einigen Bedenken von Strauß Rech-

■ Fortsetzung Seite 8

Finanzgipfel berät Kursschwankungen

Minister und Notenbankchefs wollen Reagan gegenüber dem Kongreß den Rücken stärken

H.-A. SIEBERT/DW. Washington

Auf Einladung der USA sind die Finanzminister und Notenbankchefs der USA, Japans, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik in New York zusammengetroffen, um Möglichkeiten zu erörtern, die Wechselkursschwankungen des Dollar, des japanischen Yen und der europäischen Währungen einzuschränken. Zur Debatte stehen außerdem die Schuldenprobleme der Dritten Welt und die Sicherung eines ausreichenden weltweiten Wirtschaftswachstums.

Das überraschende Treffen der fünf führenden westlichen Industrienationen hat aus amerikanischer Sicht offenbar auch das Ziel, mit einer koordinierten Politik dem US-Präsidenten den Rücken gegen starke protektionistische Tendenzen im Kongreß zu stärken. Reagan will heute eine grundsätzliche Rede über den künftigen handelspolitischen Kurs der USA halten. Es wird erwartet, daß der Präsident eine aggressivere Politik der USA zur Durchsetzung fairer internationaler Handelspraktiken verkündet. Sollten die USA in New York bereit sein, den Dollarkurs stärker mit direkten Maßnahmen zu beeinflussen und nach unten zu bringen, so wäre das eine deutliche Abkehr von der bisherigen Linie der Reagan-Regierung.

Möglicherweise stellte US-Finanzminister James Baker bei dem Treffen seinen alten Plan, die Einberufung einer Währungskonferenz, zur Debatte. Eine Zustimmung der Partner könnte Reagans handelspolitische Rede abstützen. Amerikas Kernproblem ist der überbewertete Dollar, der das Handelsdefizit 1985 auf 150 Milliarden Dollar katapultiert. Nur eine Verringerung kann die protektionistische Welle im Kongreß brechen. Der geschäftsführende Direktor des IWF, der Franzose Jacques de Larosière, nahm an dem New Yorker Treffen nicht teil.

Auf der Tagung der Finanzminister und Notenbankchefs im berühmten Plaza-Hotel ist die Bundesrepublik Deutschland durch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und den Präsidenten der Bundesbank, Karl Otto Pöhl, vertreten.

Derartige Beratungen der sogenannten Fünfer- und Zehnergruppe, zu der sich die wichtigsten Industriestaaten zusammengeschlossen haben, sind üblich vor der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die in diesem Jahr Anfang Oktober in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stattfindet. Hauptsächlich werden diese Treffen aber dazu benutzt, gemeinsame Strategien auszuloten, um auf den Währungstagungen, an denen nahezu 150 Länder teilnehmen, geschlossen auftreten zu kön-

▲ Fortsetzung Seite 8

Über Streikverzicht zum Kompromiß

W. FURLER/DW. London

Das Konzept, als Gewerkschaft „Streikverzichtsvereinbarungen" mit Arbeitgebern einzugehen, ist vom Vorsitzenden der britischen Gewerkschaft der Elektriker und Fernmeldetechniker, Eric Hammond, als „voller Erfolg" bezeichnet worden. Dies habe die siebenjährige Erfahrung mit solchen „no-strike agreements" gezeigt.

Mit dieser Äußerung hat Hammond, Chef einer der großen britischen Einzelgewerkschaften mit gut 350 000 Mitgliedern, die Auseinandersetzung innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung über dieses Thema erheblich angeheizt. Noch auf dem Jahreskongreß des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften (TUC) in Blackpool Anfang dieses Monats waren solche Streikverzichtsabkommen aufs schärfste verurteilt worden, weil sie angeblich dem „Charakter der Gewerkschaftsbewegung" erheblichen Schaden zufügten.

David Chalmers, Leiter der EETPU-Geschäftsstelle im schottischen Motherwell, erläuterte das no-strike agreement: Neben der Alleinvertretung der Belegschaftsinteressen durch die EETPU erfolge eine Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten als monatlich bezahltes Personal und eine „Konfliktregelung durch Mitsprache, Verhandlung und Schlichtung anstatt durch die traditionellen Praktiken betrieblicher Auseinandersetzung". Zunächst würden Lohnforderungen und Arbeitsbedingungen, aber auch betriebliche Investitionsvorhaben und Geschäftsplanungen in einem beratenden innerbetrieblichen Forum diskutiert. Falls dabei keine Einigung erzielt werden sollte, schalte sich die Gewerkschaft ein und verhandle direkt mit der Betriebsleitung. Chalmers: „Von dort führt der Weg zu einem unabhängigen Schlichter. Der muß uneingeschränkt zugunsten der einen oder anderen Seite eine Entscheidung treffen. Einen Kompromiß gibt es in dieser letzten Instanz nicht." In einem solchen Abkommen sieht die EETPU einen Anreiz für beide Seiten, im Konfliktfall maßvolle Forderungen zu stellen. Wer zuviel wage, verliere. Denn der Schlichter werde immer die der Mitte zuneigende Alternative begünstigen.

Wie Hammond mitteilte, hat seine Elektrikergewerkschaft EETPU (Electrical, Electronic Telecommunications and Plumbing Union) trotz aller Anfeindungen durch andere Gewerkschaften inzwischen 15 solcher Streikverzichtsabkommen ausgehandelt, und zwar alle mit neu gegründeten Firmen. Drei von ihnen sind japanische Unternehmen.

Das größte Aufsehen erregte der Abschluß des Streikverzichtsabkommens mit dem japanischen Automobilhersteller Nissan, der gerade dabei ist, im Nordosten Englands ein Automobilwerk zu bauen. Zu einem no-strike agreement mit Nissan hat sich auch die Metallarbeitergewerkschaft entschlossen. Repräsentiert werden beide Gewerkschaften als Einheit, so daß es die Nissan-Geschäftsführung praktisch nur mit einem einzigen Verhandlungspartner zu tun hat.

Dieses Abkommen hat entscheidend zu dem Entschluß von Nissan beigetragen, Großbritannien als Standort für sein europäisches Autowerk zu wählen. Das erste Streikverzichtsabkommen, das die Elektriker-Gewerkschaft vor sieben Jahren mit dem japanischen Hersteller von Unterhaltungselektronik, Toshiba, für dessen Werk im südwestenglischen Devon aushandelte, hat – wie die Gewerkschaft erklärte – Toshiba bewogen, nach langen Jahren gewerkschaftlicher Schwierigkeiten und Streikaktionen dennoch nicht das Land zu verlassen.

DER KOMMENTAR

Irrweg

REINER GATERMANN

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher glaubt, es sei ihr gelungen, in der palästinensischen Organisation des Yassir Arafat (PLO) „gemäßigte Kräfte" zu finden, die der Gewalt abgeschworen hätten und Israel anerkennen wollten. Sie hat derartige Repräsentanten, gemeinsam mit zwei jordanischen Regierungsmitgliedern, nach London eingeladen, um einen „kleinen Beitrag" zum Friedensprozeß im Nahen Osten zu leisten.

Dieser Beschluß muß sehr überraschen; denn vor ihrem Abflug nach Kairo und Amman hatte Frau Thatcher ausdrücklich erklärt, daß weder sie noch ihre Minister offizielle Kontakte zur PLO aufnehmen werden, solange diese dem Terrorismus das Wort rede und die Existenz des Staates Israel völkerrechtlich nicht einwandfrei anerkenne.

Erfüllen nun die beiden von ihr gefundenen Kandidaten diese Voraussetzungen? Es wäre äußerst naiv, dies zu glauben. Beide sind erklärte Anhänger Arafats und der PLO. Sie sitzen im Exekutivausschuß dieser Organisation. Niemand soll behaupten, daß die beiden Eingeladenen sich in solch einer Position von dem militanten politischen Terrorismus, den die PLO verkörpert, distanzieren können, um einem „gemäßigten Weg" zu folgen. Viel näher liegt die Vermutung, daß Frau Thatcher nicht den Wolf im Schafspelz erkennen will.

Die energische Lady aus der Londoner Downing Street könnte aufgrund ihrer guten Kontakte zu dem Präsidenten Ägyptens, Mubarak, und zu König Hussein von Jordanien auf den Gedanken gekommen sein, in Nahost sei eine erfolgverheißende Friedensinitiative möglich. Mit einem Auge scheint sie dabei auf den aktuellen Krisenherd zu schauen, mit dem anderen auf ihr derzeit ramponiertes innen- und außenpolitisches Renommee. Um Frieden stiften zu können, mag sie sich sagen, müsse man auch zu Risiken bereit sein.

Aber die Risiken müssen kalkulierbar und auf stabilen Frieden programmiert sein. Beide Voraussetzungen sind bei dieser Einladung nicht gegeben. Viel näher liegt es, daß sie falsche Hoffnungen weckt – auch bei der PLO, die dazu verleitet werden könnte, diese Visite als Bestätigung und Anerkennung ihrer Politik zu werten. Es ist unverständlich, warum Frau Thatcher der PLO diese Möglichkeit bietet.

Frau Thatcher lädt Vertreter der PLO ein

gtm. London

Großbritanniens Regierungschefin Margaret Thatcher hat zwei Angehörige der Palästinensichen Befreiungsorganisation (PLO) als Mitglieder einer jordanisch-palästinensischen Friedensdelegation für nächsten Monat nach London eingeladen, wo sie mit Außenminister Sir Geoffrey Howe zusammentreffen werden.

Frau Thatcher hatte bisher jeglichen offiziellen Kontakt zur PLO abgelehnt. Bei ihrem zweiten Aufenthalt in Amman während ihrer Nahost-Reise suchte sie jedoch aus einer Namensliste zwei Palästinenser heraus, die sich Jordaniens König Hussein als Mitglieder der von ihm vorgeschlagenen Delegation für Nahostverhandlungen mit den USA vorstellen kann: Bischof Elia Khoury und den Exbürgermeister von Khalkoul, Mohammed Milhem. Beide sind von den Israelis wegen ihrer PLO-Mitgliedschaft nach Jordanien ausgewiesen worden, beide sind Mitglieder des PLO-Exekutivkomitees.

Wie Frau Thatcher erklärte, unterstützten sie jedoch „eine friedliche Lösung auf der Basis entsprechender UN-Resolutionen und sind gegen Terrorismus und Gewalt". Die Einladung nach London sieht sie als „kleine Initiative" und hofft, damit die USA zu einem ähnlichen Schritt veranlassen zu können.

Der Generalsekretär des Jüdischen Rates in Großbritannien, Hayim Pinner, erklärte seine „totale und heftige Opposition" zu dieser Einladung. Israelische Regierungsstellen warfen Frau Thatcher vor, den „Terrorismus zu rechtfertigen".

Mexiko hofft auf die Hilfe des Auslands

DW. Mexiko-Stadt

Der mexikanische Präsident Miguel de la Madrid hat eingeräumt, daß sein Land aus eigenen Kräften nicht in der Lage sei, die Folgen der schweren Erdbeben zu bewältigen. Zunächst hatte die mexikanische Regierung geglaubt, ohne fremde Hilfe auskommen zu können. Denn am Tag vor der Naturkatastrophe war klargeworden, daß Mexiko abermals in Zahlungsschwierigkeiten geraten war und eine mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbarte fällige Zinszahlung nicht leisten könnte. Damit drohte das Abkommen aufzufliegen: 3,6 Milliarden Dollar bereits bewilligte Kredite und weitere Kredite privater Banken standen auf dem Spiel. Erst detaillierte Erkenntnisse über das ganze Ausmaß des Erdbebens führten zu einer Meinungsänderung bei den Politikern Mexikos.

Nach einer Schätzung des amerikanischen Botschafters John Gavin kamen möglicherweise bis zu 20 000 Menschen ums Leben. Heute wird die Frau des amerikanischen Präsidenten, Nancy Reagan, nach Mexiko reisen, um über amerikanische Hilfeleistungen zu sprechen. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Atmosphäre für die nun noch notwendiger gewordenen Aussprachen über alte und neue Wirtschaftsprobleme psychologisch vorzubereiten.

Hilfsmannschaften aus der Bundesrepublik Deutschland sind bereits eingetroffen. Die japanische Regierung kündigte eine sofortige Schenkung in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar an.

Seiten 2 und 3: Weitere Beiträge

Erneut erbitterte Kämpfe in der Hafenstadt Tripoli

Die meisten Opfer sind Zivilisten / Krisensitzung ohne Ergebnis

DW. Beirut

Die seit einer Woche anhaltenden Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizverbänden in der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli haben am Wochenende erneut mindestens neun Menschenleben und 55 Verletzte gefordert. Damit beläuft sich die vorläufige Opferbilanz der seit Anfang der vergangenen Woche anhaltenden Kämpfe auf mindestens 141 Tote und nahezu 420 Verletzte. Die meisten Opfer sind Zivilisten. Nach den erbitterten Kämpfen der Nacht herrschte gestern in der rund 400 000 Einwohner zählenden Stadt relative Ruhe.

Am Samstagabend hatte der libanesische Ministerpräsident Rachid Karame mit einer Gruppe syrischer Offiziere – unter ihnen der Befehlshaber des syrischen Geheimdienstes im Libanon und dessen Stellvertreter, die Generäle Mustapha Farusi und Ghasi Kanaan – in einer Krisensitzung die Lage erörtert. Über den Verlauf der Gespräche wurde zunächst nichts bekannt. Bislang waren alle Versuche gescheitert, die Kämpfe zwischen Milizionären der prosyrischen „Arabischen Demokratischen Partei" (PAD) und der fundamentalistischen „Bewegung der Islamischen Vereinigung" (MUI) durch Verhandlungen zu beenden.

Eine Sitzung des Sicherheitsausschusses, in dem alle Parteien der Stadt vertreten sind und dem auch syrische Offiziere angehören, war ergebnislos verlaufen. PAD-Chef Ali Eid fordert unter anderem, daß im Hafengebiet Verbände der regulären libanesischen Armee und der syrischen Streikräfte in Stellung gehen, ein Palästinenserverband aus „400 Anhängern des PLO-Chefs Jassir Arafat aus dem Stadtteil vertrieben" und seiner eigenen Partei „freie politische Betätigung" zugesichert wird.

In Südlibanon hat die israelische Armee am Samstag innerhalb der von Israel kontrollierten „Sicherheitszone" eine großangelegte „Säuberungsaktion" vorgenommen. Dabei wurden, wie ein Militärsprecher mitteilte, drei israelische Soldaten verletzt, als ihr Fahrzeug auf eine Mine fuhr.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seltsamer Stolz

Von Günter Friedländer

Nicht alles ist ernst um Mexikos Erdbeben. Präsident de la Madrid sorgt für eine Portion Tragikomödie. Das amerikanische Fernsehen verbreitet verschiedene Verlautbarungen, die Mexikos Regierung durch ihren mit der Erdbebenhilfe beauftragten Minister Antonio Enriquez bekanntgibt: daß Hilfe aus den USA nicht notwendig oder nicht erwünscht sei. Wenn sie aber doch komme, dann bitte nur in klingender Münze – kein Essen, keine Kleidung, keine Haushaltsgegenstände, „für die es wirklich keine große Notwendigkeit gibt".

Gleichzeitig jedoch geben dieselben US-Sender bekannt, wo die US-Amerikaner Kleidung, Essen und Haushaltsgegenstände zur sofortigen Weitersendung nach Mexiko abgeben können. Sie zeigen auch Bürger, die Schränke in ihren Heimen leeren, weil Hilfeleistung für einen ins Unglück geratenen Nachbarn eben zur besten amerikanischen Tradition gehört.

Mexiko, so warnt bereits die liberale Presse in den USA, sei eben ein sehr stolzes Land, und darauf müsse man Rücksicht nehmen. Aber ist es nur Stolz, wenn Enriquez versichert, daß seine Regierung keine Hilfe von der Regierung der USA sucht? Er sagte: „Die mexikanische Regierung meint, wir werden mit der Lage auch allein fertig." Gleichzeitig jedoch gibt Mexikos Generalkonsul in Houston Anweisungen für Spender: Geldsendungen sollen nur an die mexikanischen Botschaften und Konsulate erfolgen, nicht an private Organisationen in Mexiko.

Viele Kenner Mexikos würden das Geld lieber privaten Organisationen anvertrauen. Zumal da schon Fragen aufgetaucht sind, wieso diesmal, anders als sonst bei Erdbeben, so viele moderne Hochhäuser zusammengestürzt sind. Und: wer wohl deren Baupläne aus welchen Gründen genehmigt hat.

Heute reist Nancy Reagan nach Mexiko, um den stolzen Mexikanern die Hilfe des großen Nachbarn im Norden anzubieten. In den USA weiß man, daß Mexiko jede Hilfe braucht und schließlich auch annehmen wird. Aber man will nicht auf das Spiel eingehen, sich die Erlaubnis, zu helfen, teuer abkaufen zu lassen – etwa durch neue Zugeständnisse seitens des Internationalen Währungsfonds. Gerade das scheint die Absicht der mexikanischen Regierung zu sein.

Am Anfang war das Chaos

Von Peter Schmalz

Ich will ein guter Landesvorsitzender sein", hat Rudolf Schöfberger nach seiner Wahl durch Bayerns SPD-Delegierte gelobt. Der „rote Rudi" hat den Mund schon oft sehr voll genommen. Ob er sich mit der Übernahme dieses Amtes übernommen hat, wird bald sichtbar werden. Sein Start jedenfalls ist vermurkst.

Was sich da innerlich abgespielt hat unter der Vertretern der Opposition jenes Landes, von dessen Stamm Ludwig Thoma einst sagte: „Der Meinung der Weiber achten sie wenig", läßt sich nur schwer rekonstruieren. Und ob der Quotierungsvorschlag sehr geistvoll ist, darüber läßt sich allemal streiten. Jedenfalls aber macht sich eine Partei generell lächerlich, wenn sie ihm erst einmal in allen Einzelpunkten zustimmt und ihn dann insgesamt ablehnt und am Ende im Kompromißweg aus der dramatischen Muß-Bestimmung eine leisetretende Soll-Bestimmung macht. Die Konkurrenz ist glücklich, und die Genossinnen sind sauer. Und wo war Schöfberger eigentlich, als das Chaos ausbrach?

Ein Parteivorsitzender muß die Fähigkeit zur Integration haben, sagte Schöfbergers Vorgänger Rothemund in seiner Abschiedsrede. Da wird Schöfberger noch (mehr) in Beweisnot kommen. Der Mann, der knapp 120 000 Mitglieder künftig repräsentieren und ja wohl auch lenken soll, war bisher eher ein Einzelgänger, der zumeist auf Kosten der Partei Profil auf deren linkem Flügel suchte. Herbert Wehner beschwerte sich einmal über den „beleidigenden und beschmutzenden Charakter" von Schöfberger-Äußerungen.

Und der südbayerische SPD-Bezirksvorsitzende, in der heißen Münchner Zeit ein Kampfgefährte Schöfbergers, sagte ihm jetzt ins Gesicht: „Du bist gegenüber allen, die in der SPD Verantwortung tragen, illoyal."

Der neue Chef profiliert sich mit Sprüchen wie „die Schwarzen rauslupfen aus der Lederhos'n" und mit einer „konkreten Utopie von einer besseren Welt". Zu dumm nur, daß Bayern auch in den sozialdemokratischen Bundesländern schon jetzt beneidet wird um seine konkrete Realität. Und für die zeichnet die CSU verantwortlich.

Schach und Haft

Von Leonid Hoerschelmann

Jüngst lief im ZDF – bis weit nach Mitternacht (eben drum?) – ein Fernsehfilm von der Art, wie ihn unsere Republik-Linken als „antisowjetische Hetze" zu brandmarken pflegen. Da wagt es einer, in einem Film über das Schachspiel eine direkte Verbindungslinie von der NS-Diktatur zum GULag zu ziehen. Ganz ohne relativierende Verbrämung, wie sie hierzulande bei der Kritik nach links geradezu Pflicht ist.

Natürlich ist der drei Jahre alte Film teilweise durch die Entwicklung überholt. Viktor Kortschnoi, der in den Westen emigrierte Schachgroßmeister, wird inzwischen von den Sowjets nicht mehr boykottiert. Seine Frau und sein Sohn, zunächst vom Moskauer Regime jahrelang wie Geiseln festgehalten, konnten ausreisen. Geschieden sind die Kortschnois in der Zwischenzeit auch.

Und wenn der Filmautor den Schachweltmeister und „Friedensfonds"-Vorsitzenden Anatoli Karpow („Er stellt für mich alles dar, was ich hasse") als den Prototyp des gewissenlosen Günstlings *einer verbrecherischen Macht darzustellen* versucht, so ist das kaum gerecht. Wer diesen als Schachspieler glänzenden, im Osten ebenso parteitreuen wie im Westen geschäftstüchtigen Einzelgänger ohne wirkliche Freunde kennt, wird einer solchen Dämonisierung nicht zustimmen.

Was freilich die linke Entrüstung erschwert, ist die Tatsache, daß der Autor keineswegs ein später Anhänger Francos ist, sondern Fernando Arrabal, ein spanischer Anarchist und Intellektueller, dem die Falangisten vor fünfzig Jahren die ganze Familie umbrachten. Aber so, wie er jetzt die Sowjetunion nicht in sachlicher, sondern in überzogener Weise aus dem Gefühl heraus attackierte, so werden seit Jahren Politiker, Unternehmer und andere Zeitgenossen – die nun wahrlich keinen Vergleich *mit der Sowjetunion und ihren Vertretern* verdienen! – hierzulande ungerecht, unausgewogen und ohne Anhörung im Fernsehen fertiggemacht. Stets mit der Begründung, die Freiheit des Autors erlaube, daß er in „verständlicher Wut und Enttäuschung" auch mal übers Ziel hinausschießt.

Nun hat das ein Linker in der anderen Richtung praktiziert. Mal sehn, wie die Genossen es aufnehmen.



ZEICHNUNG: MORIN/THE MIAMI HERALD

„J'accuse" 1985

Von August Graf Kageneck

Ein Mann mußte gehen. Präsident Mitterrand opferte seinen getreuen Freund und besten Verbindungsmann zu den traditionell gegenüber der Linken mißtrauischen Streitkräften. Er handelte nicht aus souveräner Entscheidungsfreiheit; eingeengt zwischen Staatsräson, sozialistischer Moral und der peinlichen Tatsache, daß alles auf dem Tisch lag, wählte er die Flucht nach vorn.

Die Moral hat bei den Sozialisten einen hohen Stellenwert. In ihr, so Premierminister Fabius in einem Fernsehinterview am 4. September, „in der Suche nach einer gewissen moralischen Anforderung", unterscheide sich die Linke wesentlich von der Rechten.

Wieweit diese liebenswürdige Legende schon weltweit im grauen Alltag der Praxis Federn lassen mußte, mag dahinstehen; hier jedenfalls ist es so, daß eine sozialistische Regierung einen Anschlag zu verantworten hat, der juristisch wie moralisch durch nichts gerechtfertigt werden kann, auch nicht durch die im französischen Denken hoch angesiedelte „Raison d'état". Der französische Staat sandte Agenten aus, um in einem fremden Land einen Anschlag zu begehen, der völkerrechtlich ein Übergriff, strafrechtlich mindestens Sachbeschädigung – wenn nicht von der bewußten Inkaufnahme von Todesfällen auszugehen ist – und politisch mit dem Wort eines Franzosen einzuschätzen ist, der wirklich etwas von Außenpolitik verstand: „Es war schlimmer als ein Verbrechen, es war eine Dummheit" (Talleyrand zur Hinrichtung des Herzogs von Enghien).

Wenn Frankreich der Überzeugung ist, und das darf es wahrlich sein, daß seine Vorkehrungen für die nationale Sicherheit nicht von einer (möglicherweise noch so wohlmeinenden) privaten Lobbyistengruppe abhängig gemacht werden dürfen, so hat Frankreich andere, ehrenhaftere Möglichkeiten, ihr entgegenzutreten – etwa mit Kriegsschiffen auf hoher See –, als Anschläge aus dem Dunkel und hinterher verbissenes Lügen. Da kann die Opposition den Hebel ansetzen. Denn an sich, darüber muß der Außenstehende sich klar sein, ist die Idee, Frankreichs Interessen nicht nur nach allen Azimuten, sondern auch mit allen Mitteln zu verteidigen, im Lande keineswegs mehrheitsunfähig. Mitterrands Ansehen hat durchaus nicht dadurch gelitten, daß seine Regierung etwas unternahm, sondern dadurch, in was für eine jammervolle Lage das stolze Land gekommen ist, daß es sich nicht nur beim kleinen Neuseeland, sondern eigentlich auch bei den von Amts wegen eher mißachteten Greenpeace-Leuten entschuldigen muß.

Die Blamage wird dadurch vertieft, daß Frankreich quasi seine Ehre auf einen Mann namens Tricot verpfändete und nun zugeben muß, daß entweder dieser Tricot nicht scharf genug nachforschte oder aber solche Nachforschungen in Frankreich nicht ergiebig sind. Wer wird, wenn in vergleichbarer Situation wieder ein Staatskommissar im Namen Frankreichs eine Unschuldsbeteuerung abgibt, ihr noch glauben?

Die Dummheit zum Verbrechen bestand darin, daß jemand – mindestens der Admiral Lacoste, falls der Fehlentscheidungsweg tatsächlich bei ihm geendet haben sollte – allen Ernstes glaubte, französischer Patriotismus (nennen wir es einmal so) sei immer noch stark genug, um ein solches Unternehmen mit mehreren Dutzend Beteiligten oder Eingeweihten vor der Presse geheimzuhalten. Analogien zu Watergate sind zur Hand, treffen aber nicht ganz die französische Realität. Eher bietet sich eine andere Affäre an, in der die Staatsraison lange die Wahrheit verdeckte, ehe die Moral die Oberhand behielt.



Als die Nation ihm den Rücken drehte: Dreyfus FOTO: DIE WELT

Der Hauptmann Dreyfus, fälschlich der Spionage für Deutschland angeklagt, mußte zwölf bittere Jahre auf der Teufelsinsel verbringen, ehe das „J'accuse" des Sozialisten Zola die Revision seines Prozesses und die Wiederherstellung seiner Ehre einleitete.

Angeblich verlangte die „besudelte Ehre" Frankreichs und seiner Armee die Aufrechterhaltung des Urteils. In Wahrheit brachte es Frankreichs Ehre nicht den geringsten Vorteil, daß der unschuldige Dreyfus und nicht der schuldige Major Esterhazy verurteilt wurde – man hatte nur eben an höherer Stelle einen Fehler gemacht und man hielt es für unvereinbar mit der Staatsraison, den Fehler einzugestehen.

Die Art, wie man vor neunzig Jahren unbesehen den Zeugen vom General Mercier bis zum Hauptmann Lauth glaubte, weil man ihnen glauben wollte, erinnert verzweifelt daran, wie man den Zeugen im Verfahren Tricot glaubte, weil man ihnen glauben wollte. Mitterrands „Ich will die volle Wahrheit wissen" in seinem Brief an seinen Premierminister hört sich an wie der gleiche Aufschrei gekränkter sozialistischer Moral; nur eben: Zola war ein Außenseiter, hier aber stellt sich der mächtigste Mann im Lande als einer dar, der seinen Staatsapparat nicht im Griff hat.

Nun rollen Köpfe, und Mitterrand hofft, den seinen aus der Schlinge gezogen zu haben. Aber die Affäre ist damit längst nicht aus den Schlagzeilen. Neue Demütigungen vor neuseeländischen Gerichten stehen bevor. Das kann noch viele Monate so gehen. Nichts ist verblüffender *als ein erfolgreicher* James Bond, auch wenn er außerhalb der Legalität handelt; nichts ist kläglicher als ein James Bond, der versagte und erwischt wurde. Die Armee zweifelt; die Opposition steht vor der Frage, ob sie, wie Chirac und Giscard das wollen, im Falle eines parlamentarischen Wahlsiegs mit einem so schwer in seinem Ansehen geschädigten Präsidenten „kohabitieren" kann. Kann, mit anderen Worten, Mitterrand sich halten? Die Pose von Mururoa jedenfalls ist verbraucht.

IM GESPRÄCH Paul Quilès

Der schönen Augen wegen

Von August Graf Kageneck

Eine ganze Reihe von Dingen scheint ihn für das neue Amt zu prädestinieren. Er ist Sohn eines Offiziers, hat das Polytechnikum besucht und ist ein begeisterter Patriot (eine seiner Töchter heißt Marianne). Er geht am Sonntag in die heilige Messe, wenn er auch hinterher zuweilen Flugblätter der Sozialistischen Partei an den Türen der Kirchen verteilt. Vor allem ist er ein rechtes Rauhbein im Wahlkampf (1978 eroberte er in den Parlamentswahlen zum ersten Mal seit zehn Jahren einen Sitz in der Hauptstadt Paris für seine Partei). Daß er die „schönsten Augen im Kabinett" hat (sie sind stahlblau), macht ihn den Frauen angenehm.

All das wird Paul Quilès brauchen für sein schweres neues Amt: die Nachfolge des aus Solidarität mit seinen Offizieren und aus alter Pflichtauffassung zurückgetretenen Verteidigungsministes Charles Hernu.

Paul Quilès hat mit Hernu den langen Weg mit Mitterrand gemeinsam. Er war mehr als ein bloßer Weggenosse. 1981 organisierte er den Wahlkampf des Präsidentschaftskandidaten, der in einem Triumph Mitterrands über Giscard mündete. Bei den Parlamentswahlen unmittelbar anschließend gab es eine sozialistische Grundwelle, die über Frankreich fegte und die Sozialisten mit einer absoluten Mehrheit von 250 Sitzen in die Kammer schwemmte.

Quilès, der im 13. Pariser Wahlkreis haushoch wiedergewählt wurde, war es dann, der auf dem Triumph-Parteitag der Partei in Valence im Oktober 1981 forderte, daß nun Köpfe rollen müßten, und nicht zu wenige. Den Bürgerlichen fuhr die Angst vor einer großen Revolution in die Knochen, und seine Parteifreunde nannten ihn in Anlehnung an den Schreckensmann von 1794 einen „Robes-Paul".

Doch in den bald folgenden mageren Jahren des Sozialismus ging Paul Quilès der revolutionäre Elan schnell wieder verloren. Zwei Jahre mußte er sich mit dem Posten eines Parteisekretärs für das Wohnbauwesen begnügen, ehe ihn Pierre Mauroy im Oktober 1983 als Minister für das gleiche Ressort ins Kabinett holte. Schon im Frühjahr vorher hatte es den ersten politischen Rückschlag für ihn gegeben. Der 43jährige konnte trotz seines unbestreitbaren Charmes, den auch die Männerwelt anerkennt, den Erfolg von 1981 bei den Kommunalwahlen im Pariser 14. Bezirk nicht wiederholen. Er unterlag dem jugendlichen Jacques Toubon von den Gaullisten haushoch. Dabei hatte ihn seine Partei gegen Jacques Chirac aufgestellt mit dem Auftrag, den seit 1976 unangefochtenen Bürgermeister aus dem Hôtel de Ville zu boxen.



Wenig Zeit zum Aufräumen: Hernu-Nachfolger Quilès FOTO: DPA

Quilès blieb auch als Minister im Hintergrund. Seine Ernennung zum Nachfolger Hernus auf einem der Schlüsselposten des Kabinetts mag erstaunen. Seine Amtszeit könnte schon im März nach den Parlamentswahlen beendet sein. Ob die Zeit reicht, den Augiasstall in den Geheimdiensten zu säubern – so jedenfalls lautet sein erster Auftrag – und sich gleichzeitig bei den Verbündeten, vor allem dem deutschen Verteidigungsminister Wörner, zu profilieren, das steht dahin.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE OBSERVER

Die britische Sonntagszeitung kommentiert die Nahost-Reise der Premierministerin:

Frau Thatcher hat mit ihrer Einladung von zwei PLO-Leuten nach London die Israelis in Zorn versetzt und riskiert, ihre enge Freundschaft zu Präsident Reagan aufs Spiel zu setzen. Die Einladung zu Gesprächen mit dem Außenministerium ist eine kalkulierte Geste, um Großbritannien sowohl von den USA als auch von Israel zu distanzieren ... Israels Re*aktion war vorhersehbar, aber die* amerikanische Reaktion ist wichtiger und wird in London mit Spannung erwartet.

BERLINER MORGENPOST

Sie würdigt Präsident Ronald Reagan:

Dieser amerikanische Präsident ist ein Phänomen. Als ein Pistolen-Attentäter ihn niederstreckte, wurde in der Welt um sein Leben gebangt. Reagan schaffte es. Er genas und war wieder der alte. Als der 74jährige sich einer Darmkrebsoperation unterziehen mußte, galt das Mitgefühl selbst *nicht eingefleischter Reagan-Freunde* diesem ungewöhnlichen Mann. Der Präsident erholte sich erneut. Im Anschluß an eine ärztliche Nachuntersuchung verlautete jetzt, daß Reagan sich „hundertprozentig" wohl fühlt. Im Vorfeld seiner ersten Präsidentschaft ist über den ehemaligen „Film-Cowboy" aus Hollywood viel gelästert worden. Reagan hat diese Kritiker gründlich widerlegt ... Dieser große Amerikaner verdient es, daß wir ihm gerade jetzt, vor seinem Genfer Treffen mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow, unser Vertrauen schenken. Ohne sich selbst zu schonen, bekämpft er jegliche Form der Zwangsherrschaft. Der Mann ist glaubwürdig.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Das Blatt betrachtet den Staatspräsidenten als angeschlagen:

Nur scheinbar wurden Gerechtigkeit und Wahrheit hergestellt. Charles Hernu und Admiral Lacoste haben teuer bezahlt. Nicht für größeren Ruhm des Staates, sondern, um sein Gesicht zu wahren ... Die Bilanz ist katastrophal. Der Präsident der Republik, Hauptfigur der Szene, kommt aus dem Abenteuer hart angeschlagen heraus. Seine Autorität und sein moralischer Kredit wurden in Frage gestellt.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung spekuliert zu den Auswirkungen des mexikanischen Erdbebens:

Große Naturkatastrophen bringen oft politische Desaster mit sich. Nicaraguas Erdbeben war der Beginn des Endes von General Somoza. Chinas vernichtendes Erdbeben schloß das Kapitel des Vorsitzenden Mao. Ein Wirbelsturm begleitete das Ende des Vereinigten Pakistans. Wenn eine Regierung bereits Schwierigkeiten hat, können Tod und Zerstörung ein Katalysator sein. Die politische Zukunft Mexikos ist das nicht genannte Gespenst hinter der amerikanischen Politik in Mittel- und Südamerika. Die unmittelbare Zukunft der internationalen Schulden Mexikos steht bereits an der Spitze der westlichen Wirtschaftstagesordnung. Die reichen Hauptstädte des Westens müssen jetzt zuerst Nothilfe nach Mexiko geben und dann den Schatten des finanziellen Zusammenbruchs von einem Land nehmen, das über Nacht in die tiefste Krise gestürzt ist.

Die Not der Gläubiger mit den Notleidenden

Überraschendes Treffen der Fünfergruppe vor Seoul / Von Claus Dertinger

Die Finanzminister und Notenbankchefs der Fünfergruppe haben sich überraschend in New York getroffen, am Vorabend der Grundsatzrede des unter starkem Protektionismus-Druck stehenden Präsidenten Reagan über den zu*künftigen handels*politischen Kurs der USA. Gelänge es, eine Senkung des Dollarkurses herbeizuführen, so würde das nicht nur die Handelsbilanz der USA entlasten; es käme auch den Schuldnerländern der Dritten Welt zugute, deren Sorgen auf der Konferenz von IWF und Weltbank Anfang Oktober in Seoul obenan stehen. Pläne, die Weltbank mit weiteren US-Kapitalzuwendungen auszustatten und zusätzlich einen Sondertopf der USA mit fünf Milliarden Dollar zugunsten der ärmsten Länder zur Verfügung zu stellen, sollen zur Entschärfung des Problems beitragen, das durch die Katastrophe im mit am höchsten verschuldeten Mexiko zusätzlich akzentuiert wurde.

Von der Schuldenfront häufen sich die Tatarenmeldungen. Kubas Castro ruft zum Boykott der Kreditrückzahlung auf. Garcia will Perus Schuldendienst auf zehn Prozent der Exporteinnahmen kappen. Brasiliens Präsident Sarney kündigt Widerstand gegen die restriktive Auflagenpolitik des IWF für sein Land an, das mit 103 Milliarden Dollar der größte Schuldner der Welt ist. Der Finanzminister Mexikos (fast 100 Milliarden Dollar Auslandsschulden) warnt die Banken, vom Volk endlos Opfer zu verlangen – das war vor dem Erdbeben.

Viel Innenpolitik und Nationalismus schwingen mit. Aber dramatische Entwicklungen bis zum Einsturz des Schuldenberges mit Zusammenbruch der Finanzmärkte und Banken und totalem Chaos der Weltwirtschaft stehen nicht bevor. Gefragt ist allerdings Geduld und ein längerer Atem.

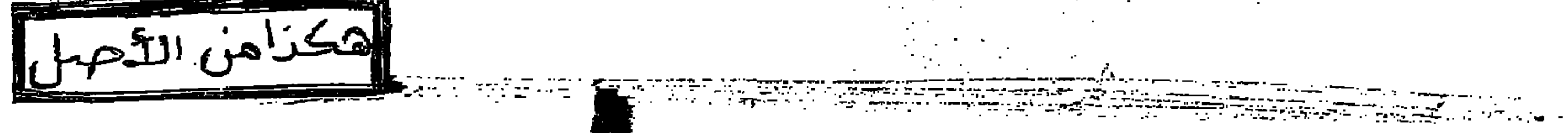
Auf den ersten Blick mag die Aufsässigkeit besonders in Lateinamerika, das mit 360 Milliarden Dollar ein knappes Drittel der Auslandsschulden aller Entwicklungsländer auf dem Buckel hat, überraschen. Denn dort hat sich die Situation in mancher Hinsicht gebessert. Das Leistungsbilanzdefizit ist von gut 43 Milliarden Dollar vor vier Jahren auf nur noch 5,5 Milliarden im letzten Jahr gesunken. Nach drei Jahren scharfer Rezession gab es 1984 ein Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent, das kaum geringer war als das in der Bundesrepublik. Diese Erfolge, die durch die mit dem IWF vereinbarte interne Anpassungspolitik, durch Kredite des IWF und der Banken und vor allem dank des Importsogs der boomenden amerikanischen Wirtschaft erzielt wurden, rechtfertigen die oft kritisierte IWF-Politik zur Überwindung der Schuldenkrise.

Aber die bewundernswerte Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation wurde mit großen Opfern der Bevölkerung erkauft, und da gerade der Ärmsten. Der Lebensstandard lag auch 1984 noch um ein Fünftel unter dem durch unvernünftige Auslandsverschuldung hochgepuschten Niveau des Jahres 1980. Vom Wirtschaftswachstum haben die Latinos zunächst nicht viel, weil seine Früchte mit Zinszahlungen an die Gläubiger im Ausland verschwinden.

So wird denn der Nutzen einer an Zahlungsbilanz und Schuldendienstfähigkeit orientierten Wirtschaftspolitik *immer mehr in Zweifel* gezogen. Für manche lateinamerikanische Regierungen wird daher die Erfüllung ihrer Schuldnerpflichten mehr zu einer Frage der politischen Durchsetzbarkeit als der finanziellen Möglichkeiten. Auch ein Kommentar im Jahresbericht der Interamerikanischen Entwicklungsbank nimmt die Schuldendienstbelastung aufs Korn: Sie verhindere ein Wirtschaftswachstum, das mittelfristig zur Bedienung der Auslandsschulden und zur Verbesserung des Lebensstandards nötig sei.

Über mehr Flexibilität des IWF wird auf der gemeinsamen Jahresversammlung des IWF und der Weltbank in Seoul zu sprechen sein. Eine generelle Abkehr von der bisher verfolgten Anpassungsstrategie des IWF darf jedoch und wird auch nicht zur Diskussion stehen. Sie allein kann auf längere Sicht die vorwiegend hausgemachten Probleme der internationalen Großschuldner überwinden.

Wichtig ist vor allem eine ver*trauensvolle* Zusammenarbeit zwischen Schuldnerländern und IWF, so daß eine Verbesserung der Lage in den Problemländern erhofft werden kann und die Banken nicht aus Angst, Geld in ein Faß ohne Boden zu schaufeln, den Kredithahn zudrehen. Dann hätten die Großschuldner nämlich überhaupt keine Chancen mehr, aus dem Schneider zu kommen. Daß zur Genesungsstrategie auch der Verzicht der Industrieländer auf Protektionismus gehört, ist selbstverständlich. Aber gerade da braut sich, ausgehend von der außenwirtschaftlichen Superschieflage der USA, Übles zusammen – ganz abgesehen davon, daß die Konjunkturabkühlung in den USA die Erholungschancen der Dritten Welt ohnehin beeinträchtigt.



Erdbeben in Mexiko: Experten sprechen von 10 000 Toten – Welle der Hilfsbereitschaft

„Ich habe vergessen, alle die Toten zu zählen“

Von KLAUS BAUER

Auf Wänden und neben Haustüren hängen eilig geschriebene Nachrichten. „Alejandra, wir sind wohlauf und wohnen jetzt bei Maria.“ Andere amtlich geführte Listen zählen nüchtern die Toten, Verletzten oder Evakuierten beim Namen auf, verraten aber nicht, wo sich die Menschen befinden. Verlassene und zusammengestürzte Häuser sind in der Colonia Roma, etwas südlich des Zentrums, wie auch im Ortskern von Mexiko-City selbst an diesem Wochenende ein alltäglicher Anblick. Möbelwagen halten vor den Gebäuden, aus denen Einwohner vorsorglich evakuiert werden.

Ein ungewisses Schicksal wartet auf die Obdachlosen, die apathisch auf der Straße sitzen. Zu tief sitzt die Angstpsychose nach den verheerenden Erdbeben, die am Donnerstag begannen und auch am Freitag und Samstag die Mexikaner in Angst und Schrecken versetzten. Durch die Stadt fahren unzählige Privatwagen, die mit einem roten Kreuz aus Klebestreifen und einem Schild „Freiwillige Helfer“ provisorisch zu Einsatzfahrzeugen der 50 000 Samariter umfunktioniert wurden. Die Freiwilligen suchen zusammen mit den offiziellen Rettungsmannschaften des Heeres, der Polizei und des technischen Hilfswerks verzweifelt in den Trümmern nach Überlebenden. Mit Plastikschläuchen pumpen sie Sauerstoff zu den Eingeschlossenen.

Verzweifelung und Hoffnungslosigkeit steht in ihren Gesichtern. Doch immer wieder werden sie durch Erfolgsmeldungen zum Weitermachen angetrieben. Nach 48 Stunden, so meldete das mexikanische Fernsehen am Samstag, wurden 58 Säuglinge aus den Trümmern des städtischen Krankenhauses lebend geborgen. Beim Einsturz dieses sechsstöckigen Gebäudes waren etwa 150 Babies und 100 schwangere Frauen der Entbindungsstation verschüttet worden. Eine Frau brachte ihr Kind gerade in dem Moment zur Welt, als die Rettungsmannschaften zu ihr vorgedrungen waren.

In den Trümmern des Krankenhauses Benito Juarez in Mexiko-Stadt kämpfen die Ärzte auch um das Leben ihrer Kollegen. Rund 800 Ärzte, Pfleger und Patienten waren in dem Gebäude als es wie ein Kartenhaus zusammenstürzte. Schätzungsweise vierhundert von ihnen wurden unter den Trümmern begraben. In provisorischen Unterkünften verfolgen Freunde und Verwandte die neuesten Eintragungen auf einer Liste, auf der unter den Rubriken „tot“, „verletzt“ und „vermißt“ die Namen von Krankenhausangehörigen aufgeführt sind. „Unbekannter Arzt Nr. 6, Alter 20 bis 30, tot“, lautet eine der Eintragungen auf der Liste. Dieser Unbekannte ist einer von vierzig Ärzten und Mitgliedern des Krankenhaus-Personals, die nur noch tot aus den tausenden Tonnen schweren Trümmern geborgen werden konnten

Der die Rettungsoperation überwachende Arzt, Fidel Ruiz Haely, sagt: „Gestern haben wir 150 Menschen lebendig herausgebracht, aber ich habe vergessen, die Toten zu zählen“. Viele Einwohner der Hauptstadt campieren in Notzelten aus Decken und Pappkartons vor den Ruinen ihrer Häuser. Aus Furcht, die Wohnungen könnten geplündert werden, folgen sie nicht der Aufforderung, die unsichere Gegend zu verlassen.

Auf den Bürgersteigen liegen in Plastikplanen oder Stoffbahnen eingewickelte Leichen, fertig für den letzten Transport. Endstation für Hoffen und Bangen ist ein Sportplatz an der Avenida Cuauhetmoc, wo sich Spezialisten mit der Identifizierung der eingelieferten Toten befassen. Die Leichen werden mit Eis in Plastiksäcke gehüllt und so notdürftig gegen die Wärme geschützt.

Nur ein paar Kilometer weiter, in anderen Stadtteilen, geht das Leben seinen normalen Gang. Die Menschen flanieren über die Straßen, gehen in die Restaurants und kümmern sich um ihre Alltagsgeschäfte. An den Wolkenkratzern neben dem Chapultepec-Park, die keinen Kratzer abbekommen haben, gehen die Fensterputzer in schwindelnder Höhe ihrer Arbeit nach.

Der vornehme Bezirk Bosques de la Lomas wurde nur kurz und leicht erschüttert. Kronleuchter schwangen in den Wohnungen der Wohlhabenden, hier und dort ging eine Scheibe klirrend zu Bruch, doch größere Schäden wurden nicht verzeichnet. Nur leise dringen die Sirenen der Rettungsfahrzeuge hier hin.

Doch die Bilanz des Schreckens flimmert auch in die Wohnstuben der Nicht-Betroffenen. Das Fernsehen, das erstaunlicherweise funktionsfähige Medium, zeigt erschütternde Szenen und eine Stadt, die in ihrem Zentrum kaum wiederzuerkennen ist. Teile des breiten Pracht-Boulevards Reforma sehen aus wie nach einem Bombenangriff. Eingestürzte, schwer beschädigte oder schiefe Gebäude. Doch viele der eleganten Geschäftsgebäude blieben verschont. Die Luxusgeschäfte sind wieder geöffnet. Die meisten dieser Häuser waren nach dem Erdölboom nach 1977 gebaut worden. Sie haben erdbebensichere hydraulische Fundamente, die die Erschütterungen aufgefangen haben. Das einst so massiv wirkende Revolutionsdenkmal, gleich hinter der Reforma, steht nicht mehr. Verschwunden sind Hotels, Krankenhäuser, Appartement-Häuser und Schulen. Eine erste Bilanz spricht von 500 hohen Gebäuden, die eingestürzt oder schwer beschädigt worden sind. Mehrere tausend andere drohen einzustürzen.

Am schwersten betroffen sind das historische Zentrum und das Viertel „Roma“. Hier sind nahezu die meisten der billigen und nicht erdbebensicheren Betonbauten der sechziger Jahre wie Kartenhäuser zusammengestürzt. An fast allen noch stehenden Gebäuden klaffen Risse in den Fassaden, der Asphalt der Straßen ist überall aufgebrochen.

Niemand kennt das Ausmaß der Tragödie. Alle Zahlen sind Spekulationen und widersprechen sich. Drei Tage nach dem ersten verheerenden Erdbeben lagen am Sonntagmorgen in der Hauptstadt weit auseinandergehende Angaben der Behörden zur Zahl der Todesopfer, der Verletzten und Vermißten vor. Das Justizministerium spricht von bislang 1300 geborgenen Todesopfern, die Stadtverwaltung von 1500 und das Innenministerium von über 2000 Toten. Die Schätzungen über die Zahl der Verletzten und Vermißten gehen von 5000 bis über 20 000. Bürgermeister Ramon Aguirre: „Ich traue mich nicht, Schätzungen vorzunehmen.“

Viele ausländische Beobachter befürchten, daß alle Schätzungen offizieller Stellen nicht den tatsächlichen Begebenheiten entsprechen. Auch der amerikanische Botschafter in Mexiko, John Gavin rechnet mit einer viel größeren Zahl von Opfern. Nach einem Hubschrauberrundflug über die zerstörte Stadt sagte Gavin auf einer Pressekonferenz: 10 000 Tote sind es sicher, vielleicht mehr. Es können auch doppelt so viel sein.

Noch unübersichtlicher als die Lage in Mexiko-City ist die Situation im Landesinneren und an der pazifischen Küste. Besonders betroffen sollen die Bundesstaaten Colima, Guerrero, Michoacan und Jalisco sein. Inoffiziell wird in diesen Regionen von mehreren über hundert Toten gesprochen. Die berühmten Touristenorte an der Pazifikküste sind angeblich nicht betroffen. Allerdings sollen durch die Flutwelle eine unbekannte Zahl von Schiffen untergegangen sein. Mindestens 5 Handelsschiffe und 19 Fischtrawler werden vermißt.

Auch nach den zweiten schweren Erdbeben liegen der Deutschen Botschaft keine Meldungen über deutsche Opfer oder Vermißte vor. Wie das Auswärtige Amt in Bonn mitteilte, hat eine Umfrage bei deutschen Großfirmen und bei der deutschen Schule ergeben, daß dort „alles wohlauf“ sei. Das Auswärtige Amt informiert rund um die Uhr unter den Telefonnummern 0228/17 29 09 oder 17 29 10 oder 17 30 36.

Mexikos Präsident Miguel de la Madrid, der zunächst jede Hilfe von außen abgelehnt hatte, („Mexiko kann sich selbst helfen“) hat inzwischen seine Meinung geändert und um Hilfe gebeten. Inzwischen treffen aus dem Ausland die ersten Helfer zur Verstärkung der mexikanischen Bergungsmannschaften ein. Als Soforthilfe startete in Frankfurt eine Gruppe von vierundfünfzig Mitarbeitern des Technischen Hilfswerks mit einer Lufthansa-Maschine. Unter den THW-Mitarbeitern sind 12 Hundeführer mit ihren Tieren, die bei der Suche nach Verschütteten eingesetzt werden. Sie sollen, so hieß es am Sonntag, bereits vierzehn Menschen gefunden haben.

US-Präsident Reagan kündigte an, seine Frau Nancy werde heute nach Mexiko reisen, um sich vor Ort ein Bild vom Ausmaß der Katastrophe zu machen und sich über die amerikanische Hilfe zu informieren.

Die Hilfe ist weltweit. Von überall wird den Mexikanern versichert, sie in ihrer Not nicht allein zu lassen.



Der Rest eines Krankenhauses: Übereinanderliegende Betondecken
FOTO: DPA

Mit bloßen Händen verzweifelte Suche nach Überlebenden
FOTO: AFP



Gefunden, doch die Hilfe kam zu spät
FOTO: AP

Die schwersten Erdbeben

Seit 1945 sind bei Erdbeben mehr als eine Million Menschen ums Leben gekommen.

- **1946** – Hodna (Algerien): 246 Opfer
- **1949** – Ambato (Ecuador): 3000 Opfer
- **1950** – Assam (Indien): 1500 Opfer
- **1954** – Nordiran: 2500 Opfer
- **1960** – Agadir (Marokko): 20 000 Opfer
- **1962** – Qasvin (Iran): 12 225 Opfer
- **1963** – Skopje (Jugoslawien): 1070 Opfer
- **1968** – Khorassan (Iran): 10 488 Opfer
- **1970** – Ancash (Peru): 54 000 Opfer
- **1972** – Managua (Nicaragua): 5000 Opfer
- **1974** – China: 20 000 Opfer
- **1976** – Tangshan (China): 655 237 Opfer
- **1978** – Tabas (Iran): 20 000 Opfer
- **1980** – Italien: 3000 Tote
- **1982** – Nordjemen: 1500 Tote
- **1983** – Kolumbien: 280 Tote
- **1983** – Türkei: 1300 Tote
- **1985** – Chile: 147 Tote

Die Fußball-WM soll auf jeden Fall stattfinden

Von MARCUS BERG

Der Präsident zeigte ungeahnte Feinfühligkeit: „Momentan wäre es nach Auffassung von Hermann Neuberger geschmacklos, schon von anderen Plänen zur Ausrichtung der WM-Endrunde zu reden,“ erklärte Helge Günther, ein Sprecher des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Doch die planmäßige Durchführung der Fußball-Weltmeisterschaft 1986 ist ernsthaft in Gefahr geraten. Harry Cavan, Vizepräsident des Weltfußball-Verbandes (FIFA), hat das in einem BBC-Interview deutlich gemacht: Es müsse überlegt werden, ob die Weltmeisterschaft nicht um ein Jahr verschoben wird.

Die Situation ist schwierig für die Verantwortlichen des Weltfußballs. Auf der einen Seite trägt Mexiko Trauer, sind das Ausmaß der Zerstörungen und die Tragweite für die Einwohner noch nicht absehbar. Darauf hat der Weltfußball-Verband (FIFA) mit „Bestürzung und Anteilnahme“ reagiert. FIFA-Präsident João Havelange hat eine Beileidsbotschaft an Staatspräsident Miguel de la Madrid als Vertreter des mexikanischen Volkes gesandt.

Doch auf der anderen Seite kann die FIFA nicht in Bestürzung erstarren. Sie ist zum Handeln gezwungen, denn bis zum Beginn der Weltmeisterschaft bleiben nur noch acht Monate. Und Mexiko, bereits 1970 Ausrichter des Weltturnieres, will die Weltmeisterschaft unbedingt durchführen. So drangen am Wochenende ausschließlich optimistische Äußerungen nach Europa. Nach Aussage der mexikanischen Organisatoren befinden sich die zwölf Stadien in gutem Zustand. Davon überzeugte sich am Samstag eine Gruppe von Ingenieuren und Architekten. Auch die als Unterkünfte vorgesehenen größeren Hotels der Hauptstadt sind nach offiziellen Berichten nicht ernsthaft beschädigt worden.

Doch die FIFA-Vertreter sind skeptisch geworden. Harry Cavan zweifelt die Darstellungen der Mexikaner an: „Es ist nur schwer erkennbar, wie Mexiko mit 24 Mannschaften, den vielen Offiziellen und Tausenden von Journalisten fertigwerden könnte.“ Zwar liegen Notpläne für die Verlegung in ein Ersatzland bereit, doch Cavan hält eine Verlegung in ein Land wie Italien oder die Bundesrepublik wegen der Kürze der Zeit für unrealistisch. Die Lage wird heute bei einer seit längerer Zeit geplanten Besprechung in Zürich erörtert. Aufschlüsse erwartet die FIFA auch von einem Besuch ihres Präsidenten Havelange in Mexiko, der sich gestern abend einen Überblick verschaffte.

Mexiko-City, ein Vorbote der Apokalypse

Von WERNER THOMAS

Immer dann, wenn das Chaos unerträglich erschien, reagierten die Einwohner dieser Stadt mit einem scherzhaften Fluch: Soll doch ein Erdbeben die Monstermetropole zerstören. Dann sind alle Probleme gelöst.

Seit Donnerstag, 7.10 Uhr Ortszeit, ist der Bevölkerung das Scherzen vergangen, denn „ein schrecklicher Schlag aus der Hölle“, so der amerikanische Rundfunkreporter George Nathanson, hat die Menschen in lähmende Fassungslosigkeit versetzt.

Eine gespenstige Ruhe liegt heute über der Stadt, ein frappierender Kontrast zu sonst. Die Millionenmetropole ist gewöhnlich ein lauter, lärmender Moloch, der nie schlafen geht. Rund um die Uhr pulsiert ein hektisches, chaotisches Leben. So hektisch und chaotisch, daß die Menschen unter Alptraumeindrücken leiden. Die Zukunftsaussichten werden mit einem biblischen Schicksalsbegriff beschrieben: Apokalypse.

Die mexikanische Hauptstadt gilt als Musterbeispiel für eine verhängnisvolle Entwicklung in der Dritten Welt: Das unkontrollierte Wachstum der Großstädte. Eine Thematik, deren Tragweite bisher kaum erkannt ist. Der Psychoanalytiker Fernando Cäsermann, einer der führenden Umweltexperten von Mexiko City, warnt vor einem „riesigen sozialen Explosionspotential“.

In dem Betondschungel des 2200 Meter hohen Talkessels drängen sich bereits 17 bis 20 Millionen Menschen, die Angaben variieren. Auch Bürgermeister Aguirre kann mit keinen genauen Zahlen dienen. Die Lokalpresse berichtet, daß die schon größte Stadt der Welt jährlich um ein Million Menschen wächst. Täglich kommen 1000 bis 2000 Landflüchtige. Die meisten finden in dem breiten Slumgürtel eine neue Heimat.

Mindestens ein Drittel der Bevölkerung lebt in diesen schäbigen Bretter- und Blechbudenbezirken. Nezahualcoyotl, entlang der Straße nach Puebla gelegen, hat die zweifelhafte Ehre, die gigantischste Slumsiedlung Lateinamerikas zu sein: drei Millionen Einwohner. Die meisten Familien besitzen weder fließendes Wasser noch einen Anschluß an ein Kanalisationssystem. „Neza“ verfügt über keinen eigenen Friedhof.

Fast 40 Prozent der arbeitsfähigen Menschen gehören zum Kreis der Unterbeschäftigten. Viele erwerben ein spärliches Einkommen mit dem Straßenhandel. An jeder Innenstadtkreuzung warten diese Händlergruppen und offerieren ein buntes Warensortiment, das von Blumen bis Bleistiften reicht. Junge Männer verdienen ihr Geld als Feuerschlucker. Zehntausende wühlen täglich auf der Müllhalde Santa Cruez Meyehualco nach verwertbarem Unrat.

Eine Stadt der negativen Superlative

Die Armut schuf eine Verbrechenswelle. Der Polizeichef riet letztes Jahr der Bevölkerung, sie solle sich bewaffnen. Seine Beamten seien nicht mehr Herr der Lage.

Eine Stadt der Superlative: Sie produziert jeden Tag 12 000 Tonnen Müll, von dem nur 8000 Tonnen sofort beseitigt werden. Die offenen Abfallberge ernähren 100 Millionen Ratten. Dreieinhalb Millionen Fahrzeuge verstopfen die Straßen, darunter 125 000 Taxis und 15 000 Busse. 16 000 Verkehrspolizisten versuchen vergeblich, katastrophale Stauungen zu verhindern. Viele Personen pendeln täglich drei bis vier Stunden zwischen Arbeitsplatz und Wohnung. Wochenendurlauber brauchen manchmal drei Stunden, um die Millionenmetropole zu verlassen.

Durch den Hang zum Zentralismus konzentrieren sich in Mexiko City und Umgebung 130 000 Fabriken, die Hälfte des Landes. In der Nähe des Zentrums stehen stinkende Raffinerien, chemische Betriebe und Automobilkonzerne. In der Hauptstadt werden 41 Prozent des Binnenhandels abgewickelt und 43 Prozent aller Bankgeschäfte. Hier wohnen 50 Prozent aller Staatsdiener.

Cäsarmann nennt einen weiteren Weltrekord. „In keiner anderen Stadt ist die Luft so schmutzig.“ Die Stadtverwaltung informiert die Bevölkerung nicht mehr über die Luftqualität, aber Wissenschaftler der „Autonomen Nationalen Universität“ (UNAM) messen alarmierende Werte. Täglich strömen 700 Tonnen Giftstoffe in die Atmosphäre. Eine gelblichgraue Smogglocke liegt über Mexiko City, die süßlichen Chemikaliengeruch verbreitet. Ein klarer Sternenhimmel und ein Blick auf die 35 Kilometer entfernten Vulkane Popocatepetl (5452 Meter) und Iztaccihuatl (5286 Meter) sind Stadtgespräche. Man wischt sich vor jeder Mahlzeit den Staubbelag von den Lippen.

Jede neue Regierung versprach Verbesserungen

Psychoanalytiker Cäsarmann, der einer Vereinigung von 100 Künstlern und Wissenschaftlern angehört, die ein aggressiveres Umweltbewußtsein schaffen wollen, sieht „verheerende Folgen“. Schon sterben etwa 80 000 Menschen jährlich an den Auswirkungen der Luftverschmutzung. In den Kinderkrankenhäusern grassieren Krebsfälle. Verseuchtes Wasser und verseuchte Lebensmittel verursachen ständig Darmkrankheiten. Es gibt keine Lebensmittelkontrolle.

Schon sind Strom- und Wasserausfälle an der Tagesordnung. Schon beschließen US-Diplomaten ihre Familienangehörigen zu Hause zu lassen, wenn ihnen die Versetzung nach Mexiko City droht.

Es hat nicht an Plänen gefehlt, die Apokalypse zu verhindern. Jede neue Regierung verspricht energische Dezentralisierungsmaßnahmen. Es bleibt meist bei den Versprechungen. Cäsarmann: „Die Regierungen erkennen schon nach kurzer Zeit ihre Machtlosigkeit und resignieren.“ Die De-la-Madrid-Administration bildet keine Ausnahme. Die Landflucht hält an, während die Lebensmittelimporte aus den USA ständig steigen. Fast alle Gesprächspartner, besonders die leidgeprüften Taxifahrer, bestätigen, daß die Katastrophenlawine weiter rollt.

Die Erdbebentragödie wäre ein Anlaß, die Zeitbombe zu entschärfen. Kaum jemand glaubt jedoch, daß der Präsident nun einen Entwicklungsstopp verordnet. Wenn die Leichen begraben, die Seuchengefahren gebannt und die Trümmer beseitigt sind, werden die Wiederaufbauarbeiten beginnen – und wieder täglich 1000 bis 2000 Landflüchtige in die Stadt strömen. Schon versichert das Organisationskomitee der Fußball-Weltmeisterschaft, das große Ereignis könne nächstes Jahr stattfinden. Die Stadien seien unbeschädigt. Das Leben „normalisiere“ sich langsam, verkündete Präsident de la Madrid schon kurz nach den Beben. „Sigue la vida“, lautete eine Schlagzeile, das Leben geht weiter.

Wenn das Leben so weitergeht wie bisher, wird die Einwohnerzahl von Mexiko City um die Jahrhundertwende 35 bis 40 Millionen Menschen betragen. Möglich allerdings, daß die Bevölkerung nicht mehr ein Erdbeben wünscht, wenn sie über die dann noch schlimmeren Verhältnisse flucht. Die Ereignisse in den Septembertagen des Jahres 1985 werden nicht so schnell vergessen sein.

(SAD)

Burt spricht von „einzigartigen Beziehungen"

gba, **Bonn**

Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland sollten nach Ansicht des neuen amerikanischen Botschafters in Bonn, Richard Burt, vier aktuelle Problembereiche in das Zentrum ihrer Zusammenarbeit rücken: die Abrüstungsbemühungen, den Kampf gegen Protektionismus im internationalen Handelsaustausch, den Umweltschutz und die Einführung neuer Technologien. Bei einem Empfang für Journalisten sagte Burt, die „wirklich einzigartigen" Beziehungen zwischen Bonn und Washington könnten die auf beiden Seiten des Atlantiks laut werdenden Rufe nach Protektionismus im Handel obsolet werden lassen, „wenn beide Regierungen wirklich zusammenarbeiten". Burt unterstrich auch die Notwendigkeit, die Forschung im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) voranzutreiben.

Die Jugend soll nicht resignieren

dpa, **Köln**

Der Kölner Erzbischof, Joseph Kardinal Höffner, hat davor gewarnt, den Jugendlichen persönliche Leistungen und einen hohen Lebensstandard als höchste Lebensziele anzupreisen. „Unser Dasein, unser Leben, unsere Zukunft, unsere Rettung, unser Heil, unser Glaube sind Geschenke Gottes, nicht Lohn für eigene Leistung", predigte er während einer Fortbildungsveranstaltung für katholische Religionslehrer in der Kölner St. Gereon-Kirche. Höffner beklagte, daß es den jungen Menschen „in unserer permissiven Gesellschaft" heute schwer gemacht werde, in Freiheit und Freude heranzuwachsen und sich dem Leben zu stellen. Die Jugendlichen seien nicht dafür verantwortlich, „daß in unserer Gesellschaft eine verwirrende Vielfalt und Gegensätzlichkeit der sittlichen Auffassungen herrscht, ein Durcheinander, das über Presse, Hörfunk und Fernsehen fast unaufhörlich auf die jungen Menschen einwirkt".

Kommt Honecker Ende November?

DW. **Bonn**

Nach Informationen der „Bild"-Zeitung besteht die Möglichkeit, daß SED-Chef Erich Honecker schon Ende November die Bundesrepublik besucht. Er habe seine jüngsten Gesprächspartner aus Bonn wissen lassen, daß er diesen Termin für günstig halte, falls das Gipfeltreffen Reagans mit Gorbatschow nicht wider Erwarten mit einem Eklat enden sollte. Honecker erwarte außerdem, daß bis dahin Volkskammer-Präsident Horst Sindermann in Bonn protokollarisch angemessen (Gespräch mit Bundestagspräsident Jenninger im Bundeshaus) empfangen wird. Die Bundesregierung hofft, daß der Honecker-Besuch weitere menschliche Erleichterungen bringt. Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Windelen, erklärte gegenüber „Bild": „Ein Besuch von SED-Chef Honecker kann durchaus dazu beitragen, die deutsch-deutschen Beziehungen zu verbessern."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Frauen in der SPD – Theorie und Praxis

Von PETER SCHMALZ

Sie waren gekommen, Großes zu wagen. „Wir werden den schwarzen Stier mutiger bei den Hörnern packen", versprach der neugewählte bayerische SPD-Landesvorsitzende Rudolf Schöfberger. Der Landtagsabgeordnete Karl-Heinz Hiersemann, seit Samstag Spitzenkandidat für die Landtagswahl und somit Herausforderer von Franz Josef Strauß, legte sich die Wahllatte gewaltig hoch: „Wir werden über die 35 Prozent hinauskommen." Vor drei Jahren waren es knapp 32.

Als aber Willy Brandt von seiner „DDR"-Reise zu den bayerischen Genossen eilte und Schöfberger ihn begrüßte „bei einer bayerischen Sozialdemokratie, die sich in einer prächtigen Aufbruchstimmung befindet", da scholl ihm Hohngelächter aus den Reihen der 326 Delegierten entgegen. Schon am zweiten Tag ihres dreitägigen Parteitreffens hatten sie die Hoffnung fahren lassen, Hof könnte in die Parteigeschichte als der Startschuß eingehen, der nach 28 Jahren bayerischer Oppositionszeit die Sozialdemokraten zumindest in einer „mittelfristigen Perspektive" (Hiersemann) den Regierungsbänken in München näherbringen könnte. Hof wird künftig vielmehr als das Beispiel gelten, wie eine Partei sich ohne Not der *Lächerlichkeit preisgibt. Vom Scher*benhaufen sprach der frühere Staatssekretär Hans de With und Hiersemann bat die Genossen, „darüber nachzudenken, was ihr hier tut".

Was sie getan haben, ist im Grunde genommen das legitime Recht eines jeden Parteitags: Sie haben einen Antrag des Landesvorstands mit knapper Mehrheit abgelehnt. Worüber nun wiederum nicht der Vorstand, wohl aber die weiblichen Delegierten in Harnisch gerieten, sollte dieses Papier bei den künftigen Listenaufstellungen doch sicherstellen, daß mindestens jeder vierte Kandidat weiblichen Geschlechts ist. Mehr noch: Freiwerdende Stimmkreise sollten für Frauen reserviert werden und grundsätzlich sollte geprüft werden, ob langjährige Abgeordnete ihren Platz nicht für weibliche Neulinge räumen könnten.

In Einzelabstimmungen wurde jeder der vier Absätze des Antrags gebilligt, in der Gesamtabstimmung aber fiel er durch. Der Eklat war da: Die Frauen waren empört, eine Sondersitzung der Arbeitsgemeinschaft *der Frauen wurde spontan einberu*fen und eine Delegierte regte an, sämtliche Kandidatinnen für die 24 Beisitzer des Landesvorstands zurückzuziehen.

Hiersemann, der diesen Tag mit seiner Ausrufung zum Spitzenkandidaten zu einem Ruhmesblatt der Partei hatte gestalten wollen, sah sich um seine Erwartungen betrogen. „Jetzt räum' ich auf", murmelte er und polterte öffentlich: „Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, daß die bayerischen Sozialdemokraten nicht in der Lage sind, zu erkennen, worauf es ankommt." Er formulierte einen neuen Antrag, in dem sich die Partei verpflichten sollte, jeden vierten Platz einer Genossin zu reservieren. Doch auch der Jurist Hiersemann war wohl nicht in der Lage, die Fallstricke dieser Formulierung zu erkennen: Wie denn bitteschön, wollte der Münchner Unterbezirksvorsitzende Hans-Günther Naumann wissen, stelle sich der Landesvorstand den praktischen Vollzug vor?

Der Vorstand schwieg und zum Glück kam Willy Brandt. „Rauft euch bitte zusammen", forderte der, worauf die Parteispitze in dreieinhalbstündige Klausur ging und am Sonntag morgen einen Kompromiß vorlegte, der dann – nochmals abgeändert – gebilligt wurde: Der nächste Bundesparteitag, der vor der bayerischen Landtagswahl in Nürnberg stattfindet, soll über eine Satzungsänderung mehr Frauen in die Parlamente bringen. Den Männern war's genug (Hiersemann: „Ein großer Schritt voran"), den Frauen ist's zu wenig.

Schon zuvor hatten die Frauen eine Niederlage einstecken müssen: Im Rennen um den Landesvorsitz konnte die Bundestagsabgeordnete Anke Martiny mit 127 Stimmen nur 40 Prozent der Delegierten für sich gewinnen, ihr Parlamentskollege Rudolf Schöfberger bekam 191 Ja-Stimmen. Wenig später wurde Frau Martiny zu Schöfbergers Stellvertreterin gewählt. Weitere Vorstands-Vize sind die Bundestagsabgeordneten Renate Schmidt und Ludwig Stiegler, womit der engere Landesvorstand erstmals ausschließlich aus Bundespolitikern *besteht*.

Helmut Rothemund, der die Partei acht Jahre führte und den Vorsitz wegen einer gescheiterten Parteireform abgab, machte in seiner Abschiedsrede keinen Hehl daraus, daß er von seinem Nachfolger wenig hält. Er erwähnte den Namen Schöfberger mit keiner Silbe, aber jeder im Saal wußte, wer gemeint war, als Rothemund sagte: „Es fällt mir schwer, immer mit ausreichender Gelassenheit zu reagieren, wenn ich ausgerechnet von denen nach den Gründen des Stagnierens der bayerischen SPD gefragt werde, die zu den Akteuren jener Auseinandersetzungen gehörten, die die Partei um Jahre zurückgeworfen haben." Schöfberger war bei dem von Rothemund erwähnten Münchner Parteizwist einer der wortgewaltigsten Scharfmacher gegen den gemäßigten Parteiflügel.

Bangemann prophezeit für 1986 weniger Arbeitslose

Absage an Forderungen nach Beschäftigungsprogrammen

STEFAN HEYDECK, **Celle**

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) hat den Forderungen der SPD nach staatlichen *Beschäftigungsprogrammen* eine klare Absage erteilt und den Willen zur Fortsetzung des von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurses in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bekräftigt. Zum Start einer Serie von Fachkonferenzen der FDP, mit der die Liberalen schon 16 Monate vor den Bundestagswahlen in die „Offensive" gehen wollen, erklärte Bangemann in Celle: „Niemand kann erwarten, daß wir zu der alten, schlechten Politik zurückkehren, die wir mit der SPD gemacht haben."

Unter Bezug auf die Statistik wies er Vorwürfe des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der SPD zurück, nach denen die Bundesregierung einen Sozialabbau betreibe und keine Erfolge beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit habe. Durch die wirtschaftliche Erholung sei bei der Arbeitslosigkeit die „Talfahrt gestoppt". Der Zunahme um 130 000 zwischen 1983 und 1985 stehe eine Steigerung um 1,4 Millionen zwischen 1980 und 1983 gegenüber.

Die Bilanz würde „noch besser aussehen", wenn in der Bauindustrie nicht 100 000 Arbeitsplätze verloren seien. So seien zwischen dem ersten Halbjahr 1984 und 1985 insgesamt 165 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Trotz der geburtenstarken Jahrgänge, ohne die die Arbeitslosenzahlen „bereits um rund acht Prozent gesunken" wären, und der „Probleme beim Strukturwandel" werde 1986 die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt sinken.

Weiter belegte Bangemann die „beachtliche Erfolgsbilanz" mit einem Vergleich der alten und der neuen Koalition: Von 1980 bis 1982 habe es kein wirtschaftliches Wachstum gegeben, sei das Sozialprodukt um 18 Milliarden Mark gesunken. Dagegen habe es von 1982 bis 1985 eine Wachstumsrate von mehr als zwei Prozent gegeben, sei das Sozialprodukt um 100 Milliarden Mark gestiegen. Auch bei den Einkommen stehe einer realen Abnahme um zwei Prozent damals jetzt eine Zunahme um zwei Prozent gegenüber. Die Inflationsrate sei von 1982 mit 5,3 Prozent auf zwei Prozent zurückgegangen.

Bangemann appellierte mit Blick auf die „Aktionswochen" des DGB im Herbst, „gemeinsam mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu tun". Er betonte dabei, daß sich die Dreier-Gespräche mit den Arbeitgebern bei Bundeskanzler Helmut Kohl „lohnen" würden.

Höffner rügt den Trend zum Versorgungsstaat

Referat über Wirtschaftsethik vor den Bischöfen in Fulda

fac. **Bonn**

Von der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, die heute nachmittag an traditionellem Ort – am Grab des heiligen Bonifatius im Fuldaer Dom – zusammentritt, wird auch die aktuelle gesellschaftspolitische Diskussion der Bundesrepublik Deutschland beeinflußt werden. Kardinal Josef Höffner, der Konferenzvorsitzende, stellt sein Eröffnungsreferat unter das Thema „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik": der Sozialwissenschaftler Höffner macht darin klar, daß sich die Kirche nicht von der Politik „vereinnahmen" läßt.

Schon im Vorfeld der Versammlung hatte sich der Kardinal dagegen zur Wehr gesetzt, etwa für die sozialdemokratische Forderung nach Beschäftigungsprogrammen in Anspruch genommen zu werden. Von solchen Programmen, die unter SPD-Regierungsverantwortung zu hohen Staatsschulden geführt, aber nicht zu einer Lösung des Problems beigetragen hätten, halte er nichts, sagte Höffner in einem Interview der „Rheinischen Post". Der Staat müsse „alles fördern, was wirtschafts-, finanzpolitisch und zwischen den Tarifpartnern möglich ist, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen".

In seiner Fuldaer Rede knüpft er an diesen Gedanken an: „Die Untersuchung der Arbeitslosigkeit und das Ergreifen wirtschaftspolitischer, konjunkturpolitischer und währungspolitischer Maßnahmen ist nicht Sache der Kirche, sondern der Verantwortlichen, d. h. der Tarifpartner, der Regierungen, des Bundestages und der Landtage, der politischen Parteien und der zuständigen Wissenschaften. Die Kirche appelliert an das Gewissen der Verantwortlichen. Zu konkreten Vorschlägen Stellung zu nehmen, ist nicht Auftrag der Kirche. Im übrigen ist es nicht leicht, die großen Ziele einer gesunden Volkswirtschaft gleichzeitig zu erreichen und dauernd zu sichern: Vollbeschäftigung, stabile Preise, Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Ökologie."

Als Pflicht der Kirche bezeichnet es Höffner allerdings, dafür einzutreten, daß weder offen noch versteckt den Arbeitslosen der Stempel der Leistungsunwilligkeit aufgedrückt werde. Das System der sozialen Sicherheit allgemein als eine „Degenerationserscheinung" und Zeichen des Fehlens der Selbstverantwortung hinzustellen, sei irrig. „Bedenklich ist allerdings der Trend zum Versorgungsstaat", fügte der Kardinal hinzu. Die katholische Soziallehre trete um des Menschen Willen zur Eigenverantwortung und für die Überwindung des Anspruchsdenkens ein. „Ein Volk kann auf die Dauer nicht mehr ausgeben, als es durch seine Arbeit erwirtschaftet."

Für die Frage, auf welche Weise der Verwüstung und Verschmutzung der Natur Einhalt geboten werden könne und wie zerstörerische Auswirkungen der Kernenergie verhütet werden *können, sei nicht die Theologie, son*dern die jeweilige Fachwissenschaft zuständig. Höffner: „Eine Dämonisierung der Kernenergie ist unsachlich. Wer dem romantischen Ideal der ‚Rückkehr zu grünen Natur' huldigt, sollte nicht vergessen, daß dann im Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland – wie vor 1500 Jahren – etwa 700 000 Menschen leben könnten."

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz verdeutlicht, daß die Prinzipien der katholischen Soziallehre am ehesten von der sozialen Marktwirtschaft beachtet werden: „Nach dem Sündenfall kommt für die Wirtschaft eines Staates nur die auf dem Privateigentum beruhende sozial ausgerichtete marktwirtschaftliche Ordnung in Frage. Die Zentralverwaltungswirtschaft gefährdet die Freiheit und Würde des Menschen." Und: „Ist es nicht bestürzend, daß die Kirche in Polen die Menschenwürde der Arbeiter gegen ein System verteidigen muß, daß sich einst gebrüstet hat, es werde den Arbeitern die ‚große Befreiung' bringen?"

Modischen Verbeugungen vor dem Eurokommunismus, wie sie auch in Kirchenkreisen üblich sind, erteilt der Kardinal eine Absage: „Auch der Eurokommunismus, der weltanschaulich auf einer atheistischen und antireligiösen Philosophie marxistischer Prägung gründet, hört nicht auf, Kommunismus zu sein. Solange er noch nicht zur Herrschaft gelangt ist, gebärdet er sich ‚sozial'." Erst nach der Machtübernahme würde er sein wahres Gesicht zeigen.

Polen warnt Bonn vor „Barrieren"

Politiker-Delegation aus Warschau zeigte sich in Loccum wenig kompromißbereit

MICHAEL JACH, **Loccum**

Stille legte sich für Minuten über die Zuhörerschaft im Vortragssaal der Evangelischen Akademie Loccum, als Polens Vizepremier Mieczyslaw Rakowski Hoffnungen zerstörte und zur Rechtfertigung gewisse westliche Gesprächspartner bloßstellte. Der vom Jaruzelski-Regime gen Westen gelegentlich als „Vorzeige-Liberaler" eingesetzte Mann heftete den Blick fest auf das deutschsprachige Redemanuskript: Die „sogenannte Opposition" im polnischen Volk werde weiterhin kompromißlos bekämpft: für „gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung gerichtete Aktivitäten" sei „kein Platz" in Polen.

Direkt angesprochen hatte Rakowski den Grünen-Bundestagsabgeordneten Otto Schily. Der hatte sich beschwert: Mitgliedern seiner Fraktion war jüngst eine Warschau-Reise verweigert worden, weil sie auf Begegnungen mit „Solidarität"-Vertretern bestanden. Rakowski: Er erlebe es doch immer wieder, daß westliche Politik-Reisende ihm ins Ohr flüsterten: „Eigentlich legen wir ja gar keinen Wert auf Oppositionskontakte, aber Sie wissen doch: Unsere Öffentlichkeit . . ."

Deutsche Zurückhaltung

Der hochrangige Gast an der Spitze der 27köpfigen polnischen Delegation konnte sich somit selbst erlauben, was nicht nur die rücksichtsvollen kirchlichen Gastgeber bedachtsam vermieden, sondern ebenso Rakowskis Bonner Nebenmänner vorn am Podium: Für Augenblicke ließ er Licht fallen auf die fragwürdig-pragmatische Geschäftsgrundlage all sol*cher offiziell geschienter „deutsch*polnischer Verständigung".

Einer der ganz wenigen, die dazu deutscherseits den Mut aufbrachten, war der als Arbeitsgruppenreferent geladene CDU/EVP-Europa-Abgeordnete und Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, Philipp von Bismarck: „Wo Freiheit fehlt, ist es, als wenn eine dichte Nebelwolke über dem Land liegt. Nur unterhalb" – inzwischen zehntausendfach in wechselseitigen Privatbesuchen und Freundschaften – „kann sich Aussöhnung frei entwickeln. Niemand darf dabei den Kopf zu weit – etwa über die Nebelschicht heraus – hinausstrecken. Auch hier in Loccum nicht".

Tatsächlich mochte kaum einer der anwesenden Bonner Parteienvertreter „den Kopf herausstrecken". Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, CDU-Fraktionsvize Volker Rühe, Kanzlerberater Horst Teltschik, Außenminister Genscher – ohne Unterschied bedienten sie sich der Diplomatenformel vom förderungswürdigen „gesellschaftlichen Dialog in Polen". Mißverständnissen beugte der Warschauer Vize-Außenminister Ernest Kucza gleich noch einmal vor: Unter der Pflege „allseitiger gesellschaftlicher Kontakte" sei keinesfalls „Veränderung des innerpolnischen Status quo" zu verstehen.

Die Garantie des marktpolitischen Status quo klagten Rakowski und seine Delegation erst recht für die „Endgültigkeit" der Oder-Neiße-Grenze ein. Was mit dem Warschauer Vertrag vor 15 Jahren klar gestellt worden sei, werde seit Anfang der achtziger Jahre wieder in Frage gestellt und damit die „gut nachbarlichen Beziehungen" zurückgeworfen. Die Abgesandten der Bonner Regierungskoalition bemühten sich mit vereinten Kräften, dem Vorwurf gegen die Regierung Kohl die Spitze zu brechen. Außenminister Genscher versicherte: „In Grundsatzfragen des Friedens" – und dazu gehöre unumstößlich, an der deutsch-polnischen Grenze nicht zu rütteln – gebe es „zwischen mir und meinem persönlichen Freund Helmut Kohl keine Auffassungsunterschiede. Nehmen Sie mein Wort für seines".

Rakowski und Kucza indes wiederholten bekannte Bedingungen, deren Erfüllung nach „Geist und Buchstaben" des Warschauer Vertrages geboten sei. „Einseitige innere Auslegungen" wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Ostverträgen von 1973 seien fallenzulassen; Vertriebenenorganisationen als den „Hauptfeinden des Vertrages und der Normalisierung mit Polen" sei jegliche politische und materielle Unterstützung zu entziehen. Gegen solche „Barrieren" anzugehen, sagte Rakowski, sei der eigentliche Beweggrund für die Zusage zur Loccumer Tagung gewesen.

Vergeblicher Appell

Bewegung zeigte sich ebenso wenig beim Problem der freien Ausreise oder kultureller Gruppenrechte für die deutsche Restminderheit unter Warschaus Herrschaft. Allein die Rede davon kennzeichnete Rakowski als eine jener „Barrieren", nachdem der Bundesaußenminister entsprechend gemahnt hatte. Volker Rühe versuchte es noch einmal mit dem Appell, anläßlich des bevorstehenden 15. Jahrestages des Warschauer Vertrages eine „Geste der Großzügigkeit" zu zeigen – ohne Echo.

Eingangs der Tagung hatte die kirchlichen Gastgeber den „christlich qualifizierten Dialogbegriff" bemüht, wie sie ihn vor 20 Jahren mit der EKD-Ostdenkschrift unter Beweis gestellt und damit der Politik einen „moralischen Maßstab" gesetzt hätten. Die Männer aus Warschau sparten nicht mit Lob für die evangelische Kirche, die damals „entscheidendes *in Bewegung gesetzt" habe. Das* Kompliment indes gab nur die Verpackung ab für eine Ohrfeige: Was für kirchlich-ökomenische Belange gut sein möge, tauge „nicht unbedingt" für die „harte politische Realität".

Kriele: Ein System von Blockwarten

Staatsrechtler warnt vor Fehleinschätzung Nicaraguas / Keine Demokratie / Kontrollierte Wahlen

G. BADING, **St. Augustin**

Die nach den angeblich freien Wahlen in Nicaragua entstandene Gesellschaftsform erfüllt nach dem Urteil des Kölner Staatsrechtlers Professor Martin Kriele nicht die Bedingungen einer Demokratie. Man müsse das System dort vielmehr als entweder marxistisch-leninistisch oder aber als eine Art Nationalsozialismus pro-sowjetischer Ausrichtung benennen, sagte Kriele in einem Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kriele, der Mitglied der SPD ist, hatte auf Einladung der Stiftung Nicaragua und die Nachbarländer Honduras und Costa Rica besucht.

Kriele, der in der Beurteilung der Entwicklung Nicaraguas im Gegensatz zu seiner eigenen Partei steht, berichtete, er habe ermitteln können, wie der – falsche – Eindruck erweckt worden sei, daß die Wahlen in Nicaragua, die das sandinistische Regime bestätigt hatten, als „frei" und korrekt eingestuft worden waren. Dies war das Urteil internationaler Beobachter gewesen, die die Wahlen vor Ort überprüft hatten. Den tatsächlichen Verlauf schilderte Professor Kriele so:

In Nicaragua ist durch die Sandinisten ein wirksames System von „Blockwarten" eingeführt worden. Sie denunzieren jedes „anti-sandinistische" Verhalten beim Staatssicherheitsdienst in Managua. Diese Blockwarte nun hätten vor den Wahlen in ihrem Bereich den Stimmberechtigten gedroht, man werde schon in der Lage sein, festzustellen, wer wem seine Stimme gegeben habe.

Die Andeutungen, daß es ein Kontrollsystem gebe, seien wahr gewesen, hat Kriele herausgefunden. Im Wahlregister habe jeder stimmberechtigte Bürger natürlich eine Nummer. Und diese sei – handschriftlich – einfach auf den Stimmzettel notiert worden. „Die Kontrolle war damit gegeben; von ‚geheimer' Wahl konnte keine Rede sein", berichtete Kriele, der als Quelle für diese Informationen nicht-oppositionelle Gewerkschafter in Nicaragua angibt.

Dieses einfache, aber wirksame Kontrollsystem sei bei den internationlen Beobachtern nicht aufgefallen. Da die Stimmzettel nicht vorweg präpariert wurden, sondern handschriftlich nur dort, wo keine der verhältnismäßig wenigen stichprobenartigen internationalen Kontrollen stattfanden, sei der Eindruck entstanden, als sei es bei der Wahl mit rechten Dingen zugegangen.

Wie sehr das von ihm als „Blockwart-System" bezeichnete Kontrollorgan der sogenannten „Comités de Defense Sandinista" (CDS) die Bevölkerung im Griff hat, machte der Kölner Staatsrechtler, der seine Beobachtungen in diesem Herbst in Buchform vorlegen will, an einer Reihe von Feststellungen deutlich:

Die CDS-Leute geben Bescheinigungen aus, ohne die man die Dinge des täglichen Bedarfs nicht, oder nur zum vierfachen Preis auf dem schwarzen Markt bekommt. Das reicht von Lebensmittelkarten, bis zu Anspruchskarten für ärztliche Behandlung, Zulassung zu höheren Schulen oder zu Bankkrediten. Etwa 50 Prozent der Ärzte hätten das Land verlassen, so daß nur noch rund 2000 praktizierten. Viele Patienten hätten nur die Möglichkeit, sich privat behandeln zu lassen. Aufgrund der Wirtschaftsmisere allerdings habe kaum jemand das Geld für die Arzthonorare.

Wer vom CDS denunziert werde, müsse damit rechnen, vor die parallel zur normalen Gerichtsbarkeit entstandenen „Volksgerichtshöfe" zu kommen. Die dort verhängten Strafen reichten von fünf bis zu 30 Jahren Haft. Sie gingen in ihren Verfahren ebenso vom Grundsatz der Parteilichkeit aus wie die Volksgerichtshöfe der Nazis.

Der Strafvollzug in Nicaragua kenne drei Ebenen. Da gebe es zum einen die sogenannten „offenen Lager". Dies seien die Gefängnisse, die ausländischen Fernsehteams vorgeführt würden, wenn wieder einmal ein „kritischer" Bericht fällig sei. Dort allerdings befänden sich nur inhaftierte, die sich inzwischen zur sandinistischen Diktatur bekannt hätten. Neben diesen Vorführ-Lagern gebe es die „normalen" Gefängnisse für kleine Verbrecher.

„In jeder größeren Stadt gibt es aber auch Gefängnisse des Staatssicherheitsdienstes", berichtet Kriele. Sie seien, wie das berüchtigte Gefängnis „El Chipote", nahtlos vom Somoza-Regime übernommen worden. Dort werde gefoltert, wobei man allerdings darauf achte, keine Spuren zu hinterlassen. So würden die Häftlinge zum Beispiel mit Boxhandschuhen oder nassen Handtüchern geschlagen.

Von Zustimmung zum Sandinisten-Regime sei in Nicaragua nichts zu spüren. Die katholische Kirche, die nur zu einem verschwindend geringen Teil der pro-sandinistischen „Befreiungstheologie" anhänge, sei die wahre Opposition im Lande. Man habe in Zentralamerika keinerlei Verständnis dafür, daß die Sozialistische Internationale das Regime in Managua nach Kräften fördere, obwohl die Sandinisten doch der kommunistischen und nicht der sozialistischen Internationale angehörten. Als Grund für das Festhalten der Sozialistischen Internationale und der deutschen Sozialdemokraten an ihrer Fehlbeurteilung der Entwicklung in Managua nennen Oppositionelle nur einen Grund: „Feigheit".

Gesetz gegen „Gewalt in der Ehe" gefordert

H.-H. HOLZAMER, **Saarbrücken**

Neue Chancen für eine Strafbarkeit der Vergewaltigung der Ehefrau sieht der Deutsche Juristinnenbund. Wie seine Präsidentin, die Hamburger Rechtsanwältin *Renate Damm*, mitteilte, habe sie Anhaltspunkte dafür, daß jedenfalls die Bundesländer Bayern und Rheinland-Pfalz ihre bisher ablehnende Haltung zur Reform des Paragraphen 177 Strafgesetzbuch (StGB) überdenken. Auf der 26. Arbeitstagung ihres Zusammenschlusses, dem an die 700 Juristinnen aus allen Bereichen angehören, sagte Renate Damm in Saarbrücken, schätzungsweise 120 000 Fälle zum Sexualverkehr gezwungener Ehefrauen pro Jahr machten eine Änderung des geltenden Strafrechts erforderlich. Es gehe nicht an, daß die Frau, nur weil sie verheiratet sei, vor Gewaltanwendung nicht geschützt sein solle.

Bisherige Versuche, das Wort „außerehelich" im Paragraphen 177 StGB zu streichen, etwa eine Initiative des Landes Hamburg, waren gescheitert. Eine Gesetzesvorlage der SPD und der Grünen „schmort" in den Fachausschüssen. Eine generelle Verbesserung der Rechtsstellung der vergewaltigten Frau sieht immerhin der Gesetzesentwurf des Bundesjustizministers vor, der das „Deliktopfer" besser schützen will durch anwaltliche Vertretung, Akteneinsicht, Entschädigung. Die Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser sprach in ihrer Rede dann auch von „tätiger Reue" des liberalen Ministers Hans Engelhard.

Rechtspolitischen Plänen auf Bundesebene, außer- und eheliche Vergewaltigung gleich zu behandeln, hatte jedoch noch zuletzt Familienminister Geißler eine Absage erteilt. Frau Leithäuser und mit ihr der Juristinnenbund setzen nun ihre Hoffnung auf seine Nachfolgerin im Amt, Rita Süssmuth.

Doch so einig sich die Juristinnen in ihrer Diskussion darin waren, daß auch Gewalt im „Tatort Ehebett" Verbrechen genannt wird, so gegensätzlich waren ihre Auffassungen hinsichtlich der Rechtsfolgen.

Hingewiesen wurde darauf, daß die Ehefrau nichts davon habe, wenn ihr Mann für zwei Jahre (Mindeststrafe) hinter Gittern verschwinde. Erfahrungen der Frauenhäuser hätten gezeigt, daß vielen Frauen die Bindung zu einem Mann, der sie erniedrige, wichtiger sei als gar keine. So zieht laut Statistik jede zweite Frau die eheliche Wohnung dem Schutz des Frauenhauses vor und kehrt zurück.

Der Juristinnenbund einigte sich schließlich auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die einen eigenen Gesetzesentwurf vorlegen soll. Bisher wird die Ehefrau vor ihrem Mann nur nach den Vorschriften über Beleidigung, Körperverletzung und Nötigung geschützt.

Für frauenfeindlich halten Deutschlands Juristinnen auch Pläne der Regierungskoalition, das bestehende Unterhaltsrecht zu verändern. Abgesehen von marginalen Änderungen, die das Bundesverfassungsgericht fordert, lehnt der Juristenbund jede Beschneidung der mit der Ehereform geschaffenen Ansprüche der geschiedenen oder getrennt lebenden Frau ab.

Erleichterungen vor SED-Parteitag?

hrk. **Berlin**

Die „DDR"-Führung will offenbar rechtzeitig vor dem nächsten SED-Parteitag Mitte April 1986 aus innenpolitischen Gründen mehr Genehmigungen für Besuchsreisen in Familienangelegenheiten erteilen. Allerdings dürfte dabei der Katalog der Anlässe, den Ost-Berlin schon in einer Anordnung vom Februar 1984 sehr klein gehalten hatte, nicht erweitert werden, aber dem vorhandenen Erwartungsdruck nachgegeben werden. Die „DDR"-Presse gab am Wochenende entsprechende Hinweise von Willy Brandt nach seinen Gesprächen mit Erich Honecker nur relativ vage wieder.

Brandt hatte auf seiner Pressekonferenz in Ost-Berlin definitiv erklärt, nach seiner „begründeten Einschätzung wird es zu einer praktisch erweiterten Handhabung der Ausreiseregelungen kommen". Allerdings werde der Katalog der Anlässe, den die „DDR" damals aufgestellt hatte (Geburt, Taufe, *Konfirmation*, Heirat, schwere Krankheit, hohe Geburtstage, Ehejubiläen, Todesfälle), nicht unbedingt erweitert. Jedoch würden „mehr Genehmigungen" erteilt.

Dieser Zeitplan Honeckers liefe darauf hinaus, die angekündigten Erleichterungen etwa im Februar/März 1986 in Kraft zu setzen – gleichsam als „Geschenk" an die Bevölkerung vor dem 11. SED-Parteitag. Allerdings lassen die Hinweise Brandts befürchten, daß das Verfahren einer „großzügigeren Handhabung" nicht in einer öffentlich zugänglichen Verordnung festgehalten wird, so daß sich „DDR"-Antragsteller auf kein Papier berufen können. Auch die jetzt schon *geltenden* Bestimmungen sind ausschließlich „Kann"-Vorschriften, die weder eingefordert noch eingeklagt werden können, noch – bei Ablehnung – begründet werden.

„Offensive gegen Unita von Sowjets geführt“

Savimbis Truppen in Bedrängnis / Kämpfe in Angola

M. GERMANI, Johannesburg

In Angola halten die schweren Kämpfe zwischen Truppen der Widerstandsbewegung Unita und der angolanischen Fapla-Armee an. Letztere sei, so Unita-Führer Jonas Savimbi vor Journalisten, von Kubanern und sowjetischen Offizieren unterstützt worden. Die Stadt Cazombo, 750 Kilometer nördlich des Unita-Hauptquartiers und nahe der Grenze zu Zaire, sei schwer umkämpft. Ziel der gegnerischen Armee sei es, die Stadt vor dem Beginn der Konferenz der Blockfreien in Luanda einzunehmen.

Der Angriff wurde nach Savimbis Angaben mit neun Brigaden der Fapla-Armee und 30 sowjetischen Panzern und 62 Panzerspähwagen geführt. Der Unita-Führer gab zu erkennen, daß seine Truppen durch die militärische und technische Überlegenheit des Gegners in Bedrängnis geraten.

Der zweite Angriff gegen die Unita richtet sich gegen die Stadt Mavinga. Savimbi glaubt, seine Truppen können die Stadt halten. Hier seien elf Fapla-Brigaden eingesetzt, zusätzlich 30 Panzer, 82 Panzerspähwagen, ferner Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber. Fachleute hatten bereits vor einem Jahr auf die Waffenlieferungen Moskaus an die angolanische Armee hingewiesen, vor allem die MiG 23 für die Luftwaffe.

Hohe Verluste

Savimbi behauptet, die sowjetischen und kubanischen Piloten setzten erstmals Napalm ein. Die Unita habe bei den Kämpfen bisher 150 Mann verloren. Die Verluste der Angreifer bezifferte er auf etwas über 1100 Mann. Seit Beginn der Offensive vor 55 Tagen hätten die Unita-Truppen drei sowjetische Soldaten getötet und neun verwundet. „Angola und Südafrika spielen für die Sowjets, trotz anderslautender Meldungen, weiterhin eine wichtige Rolle. Die Offensive beweist, daß wir uns weiterhin im Interessenfeld der Sowjets befinden. Wir wurden schon früher angegriffen, doch nie waren die Russen so maßgeblich an Planung und Ausführung der Artillerie-, Panzer- und Luftangriffe beteiligt.“

Der südafrikanische Verteidigungsminister General Magnus Malan hat zugegeben, daß Pretoria der Unita „materielle, humanitäre und moralische Unterstützung gewährt“. Es gebe seit einer Reihe von Jahren Beziehungen zu den vor allem in Südangola operierenden Rebellen. Die Verbindung werde nicht eher unterbrochen, bis alle fremden Truppen aus Angola abgezogen worden seien.

Unterstützung Südafrikas

In New York sagte Südafrikas UNO-Botschafter Kurt von Schirnding, die südafrikanischen Truppen, die Swapo-Truppen über die namibische Grenze nach Angola hinein verfolgt haben, seien inzwischen abgezogen worden. Die südafrikanische Armee beharrt auf ihrem Standpunkt, die Verfolgungsaktion stehe *nicht im Zusammenhang mit den derzeitigen* Kämpfen zwischen der Unita und der angolanischen Armee. Die angolanische Nachrichtenagentur Angop behauptet dagegen, Südafrikas Truppen seien in die Kämpfe von Mavinga verwickelt.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in einer Resolution das Vordringen der südafrikanischen Truppen nach Angola scharf verurteilt. Die USA hatten zuvor um eine gesonderte Abstimmung über einen Paragraphen gebeten, in dem die UNO-Mitglieder aufgerufen werden, Angola und andere „Frontstaaten“ bei der Stärkung ihres Verteidigungspotentials zu unterstützen. Bei einer Stimmenthaltung wurde der Paragraph mit 14 Stimmen angenommen. Als dann die übrigen Punkte der Resoluton zur Abstimmung kamen, votierten die USA mit „Ja“.

Glemp ruft USA zu Aufhebung der Sanktionen auf

AP, Washington

Zur Aufhebung ihrer Wirtschaftssanktionen gegen Polen hat der Primas der katholischen Kirche, Kardinal Jozef Glemp, die USA aufgerufen. Glemp sagte in Washington, diese Sanktionen seien ungerecht gegenüber dem polnischen Volk. Die Unterbrechung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit habe sehr geschadet.

Der Kardinal äußerte in Washington die Besorgnis, daß die polnische Staatsführung „die endgültige Konfrontation“ mit der Kirche bislang nur aus strategischen Gründen verschoben habe. Er befürchte einen Kirchenkampf. Nur die derzeitigen Umstände und nicht der gute Wille des Staates seien verantwortlich dafür, daß er noch nicht habe ausbrechen können.

Fünf politische Gefangene frei

DW. Warschau

Die polnische Regierung hat nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur PAP fünf politische Gefangene freigelassen. Unter ihnen befindet sich die im Juni festgenommene Soziologin Miroslava Grabowska, die im vierten Monat schwanger ist. Erst am vergangenen Dienstag hatte sich die Frau von Arbeiterführer Walesa, Danuta Walesa, für die Freilassung der Inhaftierten eingesetzt.

Die Nachrichtenagentur meldete, der Staatsanwalt sei mit der Freilassung einem Antrag der polnischen Frauenliga und der „Patriotischen Bewegung zur Nationalen Wiedergeburt“ gefolgt. Gegen die fünf jetzt Freigelassenen wird von den Behörden eine Untersuchung wegen „Aktivitäten gegen die öffentliche Ordnung“ geführt.

Bekannte Journalistin in Paris gestorben

v. K. Paris

Die Doyenne des französischen Journalismus, Geneviève Tabouis, ist im Alter von 93 Jahren am Sonntag morgen in Paris verstorben. Jahrzehntelang gehörte sie zu den profiliertesten Vertretern des französischen Journalismus. Sie war eine der wenigen Journalisten ihres Landes, die vor dem Kriege Adolf Hitler in Berlin für die damals von ihr vertretene Zeitung „Le Temps“ 1935 interviewen konnten. In einem ihrer letzten Interviews im französischen Fernsehen enthüllte sie, daß sie zur Zeit der Regierung Laval einen Geheimvertrag zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien über eine Beendigung des abessinischen Krieges (1935–1937) vorzeitig enthüllen und damit zum Scheitern bringen konnte. Noch bis vor etwa zehn Jahren nahm sie fast täglich an den Pressekonferenzen französischer Politiker teil.

Der Haager Raketenstreit dreht sich um Veto gegenüber den USA

Mitsprache würde „eine halbe Atommacht“ schaffen / Regierung Lubbers uneinig

HELMUT HETZEL, Den Haag

Nachdem Königin Beatrix in ihrer diesjährigen Thronrede dezent, aber deutlich ihre Landsleute auf die unmittelbar bevorstehende Stationierung der 48 amerikanischen Mittelstreckenraketen in Holland hingewiesen hatte, ist die nun bereits seit 1979 andauernde öffentliche Debatte darüber wieder voll entbrannt.

Neben der derzeit noch laufenden Volksbefragung „Kruisraketten nee“ die – so die Organisatoren – bereits über eine Million Nein-Stimmen gebracht haben soll, finden landauf, landab Friedensforen, Friedenswochen und unzählige Nachrüstungsdebatten statt. Bei diesen Veranstaltungen mischen allerdings auch die Befürworter einer Stationierung kräftig mit.

So hielt auf dem am Wochenende in der Rotterdamer Sankt-Laurens-Kirche ausgetragenen Friedensforum Ex-NATO-Generalsekretär Joseph Luns in seiner unverkennbaren Art ein engagiertes Plädoyer für eine Stationierung. Nur wenige Kilometer entfernt forderte der Sekretär des innerkirchlichen Friedensrates (IKV), Vater, Königin Beatrix auf, eine noch zwischen Washington und Den Haag auszuhandelnden Stationierungsvertrag nicht zu unterschreiben.

Doch auch dieser Appell des Nachrüstungsgegners Vater zeigt an, daß es in Holland seit der bemerkenswerten Thronrede der Königin nicht mehr vorrangig um das „Ob“, sondern hauptsächlich um das „Wie“ der Stationierung geht. Die Würfel sind ganz offensichtlich hinter den Kulissen und bei der Haager Mitte-Rechts-Regierung unter dem christdemokratischen Premier Lubbers bereits für eine Nachrüstung gefallen. Strittig sind die Modalitäten der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses.

Auch am Wochenende – so war in Den Haag zu vernehmen – soll es Lubbers noch immer nicht gelungen sein, die unterschiedlichen Positionen seiner beiden christdemokratischen Minister Job de Ruiter (Verteidigung) und Hans van den Broek (Außen) auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. De Ruiter pocht darauf, daß Den Haag in einem Raketenstationierungsvertrag mit den USA weitgehende Mitspracherechte beim Einsatz dieser Raketen im Ernstfall erhält. Mitspracherechte, die de facto einem Veto gleichkommen dürften *und die Souveränität des Landes* gegenüber den USA und innerhalb der NATO unterstreichen sollen.

Nach unbestätigten Berichten soll selbst Lubbers inzwischen dieser Ansicht zuneigen – wohl auch aus taktischen Erwägungen heraus. Denn eine solche Souveränitätsklausel würde die Annahme und Durchsetzung des Stationierungsvertrages – und damit der NATO-Nachrüstung – im Parlament bei den noch zweifelnden christdemokratischen Abgeordneten sicherlich erleichtern.

Anders der Außenminister. Er hält die innerhalb der NATO praktizierten und festgeschriebenen Entscheidungsstrukturen für ausreichend und meint, daß die Verfügungsgewalt über amerikanische Atomraketen auch allein den Amerikanern zustehe. Er will die Stationierung so schnell wie möglich realisieren.

Ein niederländisches Vetorecht nämlich – so ist außerdem in Kreisen des Außenministeriums zu vernehmen – würde die Niederlande quasi durch die Hintertür zu einer „halben Atommacht“ werden lassen. Außerdem hätten auch die die Nachrüstung bereits vollzogenen NATO-Länder Belgien, Italien und die Bundesrepublik Deutschland kein solches Vetorecht. Die Entscheidungen im Haager Raketenpoker können also noch immer weitreichende Konsequenzen haben. Und Lubbers muß, da die Zeit drängt, den gordischen Knoten bald entwirren oder aber durchhacken.

Die Liberalen setzen ganz auf Erfolg

Steel empfiehlt seine Partei als „einzige Alternative zu den Tories“ / Kongreß beendet

RAINER GATERMANN, London

Beobachter der alljährlich stattfindenden britischen Parteitagewaren überrascht über die Liberalen, deren Kongreß im schottischen Dundee soeben zu Ende ging. Anstelle der früheren teilweise chaotischen und wenig realitätsbezogenen Anträge und Reden präsentierte sich diesmal eine sehr disziplinierte, zur sachlichen Debatte bereite Partei, voll ihres Anspruches bewußt, als Regierungsalternative anerkannt zu werden.

David Steel, der Führer der Liberalen, kann seinen Erfolg in Dundee durchaus mit dem seines sozialdemokratischen Allianz-Kollegen David Owen messen, den dieser auf dem SDP-Kongreß erzielte. Nur in einer Frage, und dies ist für einen Liberalen-Kongreß ungewöhnlich, setzte sich die Parteiführung nicht durch. Eine Mehrheit erhielt ein Antrag der Jungliberalen, wonach sich der politische Führer frühestens zwei Jahre nach einer Parlamentswahl einer Kongreßabstimmung stellen muß, vorausgesetzt jedoch, es findet sich *ein Gegenkandidat*.

In seiner Rede vor den knapp 2000 Delegierten, ohne größere Emotionen und in sehr sachlichem Ton gehalten, warnte Steel vor leichtfertigen Wahlversprechen. Sollten die Tories spätestens im Frühjahr 1988 abgelöst werden, sei die Staatskasse wahrscheinlich leer, und es gebe dann auch keine Staatsunternehmen mehr zu verkaufen. Der Kapitalbedarf der Regierung wurde um umgerechnet etwa 12 Milliarden Mark wachsen. Aufgabe eines neuen Kabinettes müsse es sein, statt weiter Staatsausgaben zu versprechen, die Möglichkeiten für größere Privatinvestitionen zu schaffen.

Steel unterstrich mehrmals die Bereitschaft der Allianz zur vollen Regierungsverantwortung: „Wir sind die einzige glaubwürdige Alternative zur Tory-Regierung.“ Zugleich kritisierte er Premierministerin Margaret Thatcher wegen ihrer Rolle in der internationalen Politik. Der britische Beitrag zur Europäischen Gemeinschaft habe sich auf eine „Diplomatie der zerbrochenen Flaschen“, auf eine Tyrannisierung von Freunden beschränkt. Steel kritisierte auchFrau Thatchers „sklavische Ergebenheit“ gegenüber Präsident Reagan insbesondere in der Südafrika-Politik. Die Regierung sei mehr auf den Schutz britischer Investitionen bedacht, als auf die Anerkennung grundlegender Menschenrechte für die überwiegende Mehrheit in diesem Land.

Der Liberalen-Führer verprach, die Nation wieder zu einigen und den Demokratisierungsprozeß nach unten zu verstärken. Dazu gehöre die Einrichtung von Nationalparlamenten für Schottland und Wales. Keinen Anlaß gab David Steel den politischen Gegnern, weitere Argumente für ihre Behauptung zu liefern, es gebe erhebliche politische Differenzen zwischen den beiden Allianzpartnern.

In einer entscheidenden Frage gab es dagegen eine deutliche Annäherung. In der ausführlichsten Debatte wiederholten die Delegierten nicht ihren vor zwei Jahren gefaßten Beschluß, für Irland müsse die Option für eine Vereinigung offengehalten werden. Die SDP hatte diese Möglichkeit vor einer Woche ausdrücklich abgelehnt. Obwohl die Wirtschaftspolitik Schwerpunkt sowohl des Parteitages als auch der Steel-Rede war, blieb weitgehend offen, wie die Liberalen konkret die Probleme lösen wollen.

Taktisch geschickt hatten die „beiden Davids“ (Steel und Owen) rechtzeitig zu ihren Konferenzen die konstitutionelle Prozedur im Fall eines neuen Parlaments mit drei etwa gleichstarken Parteien ins Spiel gebracht. Owen und Steel meinten, man solle es der Königin leichter machen und untereinander im voraus beschließen, daß kein Kandidat von ihr *den Auftrag zur Bildung* einer Regierung annimmt, solange er im Parlament keine Mehrheit hinter sich hat. Dies würde der Königin die Peinlichkeit ersparen, daß ihre Thronrede niedergestimmt wird und gleich Neuwahlen ausgeschrieben werden müssen. Die Allianz will eine Minderheitsregierung nicht tolerieren.

Chinas KP wählt Nachwuchs in das ZK

dpa. Peking

Die Nationale Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Chinas hat in Peking 64 neue und jüngere Mitglieder und Kandidaten bei geheimer Stimmenabgabe in das Zentralkomitee gewählt. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete, haben sich die neugewählten ZK-Mitglieder mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren bereits in leitenden Posten in Regierung, Partei und Militär bewährt. Schon vor der Wahl hatten die mehr als 900 Delegierten gestern eine Entschließung gebilligt, in der die Erneuerung der Führungsgremien der Partei durch jüngere, besser ausgebildete, fachlich qualifizierte und „politisch integre“ Nachwuchspolitiker als eine Aufgabe von „strategischer Bedeutung“ für die ungestörte Fortsetzung des nationalen Modernisierungsprogramms bezeichnet wird. Die umfassende Verjüngung in Partei und Staatsapparat geht auf die Initiative des 81 Jahre alten Deng Xiaoping zurück, der morgen in einer Grundsatzrede die langfristigen Perspektiven der wirtschaftlichen und sozialen Reformpolitik Pekings darlegen will.

Offensive der Sowjets beendet

rtr, Islamabad

Die afghanischen und sowjetischen Truppen haben nach Angaben aus Kreisen des Widerstandes ihre einmonatige Offensive nahe der pakistanischen Grenze offensichtlich eingestellt. Die Widerstandskämpfer teilten am Wochenende aus der pakistanischen Stadt Peschawar mit, aus dem Gebiet um die Ortschaft Lesha in der Provinz Paktia seien Soldaten abgezogen worden. In Pakistan träfen immer mehr abgekämpfte Widerstandskämpfer ein, die einen Vorstoß der sowjetischen und afghanischen Regierungstruppen offenbar zurückgeschlagen hätten.

Brief an Reagan führt zu Haft

rtr, Moskau

Ein sowjetischer Fotograf ist nach Angaben seiner Mutter bereits am vergangenen Donnerstag vor der amerikanischen Botschaft in Moskau verhaftet worden, nachdem er US-Präsident Ronald Reagan einen Brief geschrieben habe, um diesen zu bitten, 20 sowjetischen Ehepartnern bei der Ausreise zu ihren in den USA lebenden Gatten oder Gattinnen behilflich zu sein. Die Mutter des 32jährigen Sergej Petrow teilte mit, ihr Sohn sei festgenommen worden, als er versucht habe, die amerikanische Botschaft zu betreten, um sich mit einem Konsularbediensteten zu treffen. Petrow sei von bewaffneten sowjetischen Wachen abgeführt und später zu zwei Wochen Arbeitslager verurteilt worden.

Der stolzen Republik fehlt Erfolg in der Wirtschaft

CARL GUSTAF STRÖHM, Obrid

Der junge Kellner in einem Altstadtlokal von Ohrid in der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien ist flink, tüchtig und höflich zu den Gästen. Nach seinen Zukunftsplänen befragt, sagt er: „Ich will so rasch wie möglich ins Ausland, egal wohin, Hauptsache, ich bekomme irgendwo ein Visum.“ Er sei bereit, auch als einfacher Arbeiter im Westen anzufangen. Auf den Einwand, daß es doch in Mazedonien sehr schön und im Westen auch nicht immer so einfach sei, winkt er ab: „Ich muß raus. Denn hier komme ich nicht hoch.“

Auf dem abendlichen Korso am Ufer des Ohrid-Sees – in dessen Mitte hier die von beiden Seiten streng bewachte jugoslawisch-albanische Grenze verläuft – promeniert die junge Generation Mazedoniens in den Abendstunden. Ist ihr Schicksal die Arbeitslosigkeit oder die schlechtbezahlte, weil unproduktive Arbeit? Man spürt, daß sich hier klimatisch wie kulturell und historisch der Balkan und das Mittelmeer begegnen. Griechenland ist nicht weit. Die Lichter Albaniens blinken vom anderen, für die Ohrider unerreichbaren Ufer.

MAZEDONIEN

Touristen werden streng ermahnt, sich der Grenzlinie nicht mehr als auf 500 Meter zu nähern. Die Jugoslawen wollen keinen zusätzlichen Ärger mit den Nachfolgern Enver Hodschas. Die „Sozialistische Republik Mazedonien“ grenzt im Süden an Griechenland, im Westen an Albanien, im Osten an Bulgarien. Sie gehört zum „unterentwickelten Süden“ Jugoslawiens. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf ist hier mit jährlich 1721 US-Dollar um die Hälfte niedriger als in Kroatien und um zwei Drittel geringer als im entwickelten nordwestlichen Slowenien. Gemeinsam mit der zu Serbien gehörenden autonomen Provinz Kosovo ist Mazedonien das wirtschaftliche Schlußlicht der jugoslawischen Föderation.

Die Unterentwicklung ist ein Erbe der Türkenzeit, dann der Vernachlässigung durch spätere Herrscher. Mazedonien war seit seiner Befreiung von osmanischer Herrschaft 1912 ein Zankapfel zwischen den Königreichen Serbien und Bulgarien. In zwei Weltkriegen wurde es von den Bulgaren okkupiert oder annektiert. Tito gab den Mazedoniern erstmals einen eigenen Staat und ließ eine mazedonische Schriftsprache entwickeln. Nach 1945 und besonders seit den sechziger Jahren erlebte Jugoslawisch-Mazedonien einen Aufschwung.

Die Mazedonier sind stolz auf „ihren“ Staat, wenn sie auch mit Schmerz vermerken, daß große Teile des einstigen mazedonischen Siedlungsgebiets, also des „historischen“ Mazedoniens, nicht dazugehören: Ägäisch-Mazedonien fiel an Griechenland. Sämtliche Athener Regierungen bis zu Papandreou haben bisher rücksichtslos dafür gesorgt, daß im griechischen Mazedonien kein slawisches Wort gesprochen wird.

Ähnlich verfuhren die Bulgaren im sogenannten Pirin-Mazedonien, das von Sofia regiert wird: Während dort nach 1945 noch etwa 200 000 Mazedonier bulgarischer Staatsangehörigkeit registriert wurden, erklärt heute das offizielle Sofia, ein mazedonisches Volk existiere überhaupt nicht.

Diese Haltung weckt in der mazedonischen Landeshauptstadt Skopje ebenso wie in Belgrad Besorgnis. Sie erweckt den Verdacht, Bulgarien habe auch unter kommunistischer Herrschaft das Fernziel einer Vereinigung Mazedoniens mit dem bulgarischen „Mutterland“ nicht aufgegeben.

Nervös registrierte man in Skopje, daß die Armee Bulgariens mit großem Zeremoniell des 100. Jahrestages der Schlacht von Slivnica gedachte – jener Schlacht, die übrigens in Bernard Shaws „Helden“ eine Rolle spielt. Damals handelte sich der serbische Fürst Milan Obrenovic eine schwere Niederlage gegen die Bulgaren ein. In Skopje fragt man nun, was es zu bedeuten hat, daß ein Absolventenjahrgang der bulgarischen Militärakademie jetzt den Namen „Slivnica“ erhielt und daß der bulgarische Verteidigungsminister, Armeegeneral Dobri Dschurow, Mitglied des Politbüros der KP, die künftigen Offiziere ermahnte, sich der Heldentaten ihrer Vorfahren – Heldentaten, die im Kampf gegen Serbien begangen wurden – würdig zu erweisen.

Jugoslawisch-Mazedonien stellt eine strategische Drehscheibe dar. Von hier aus führt der Weg aus dem inneren Balkan ans Mittelmeer – nach Saloniki und an die Ägäis, aber auch über Albanien an die Straße von Otranto, also die Einfahrt zur Adria. Hier befindet sich aber in gewissem Sinne auch Jugoslawiens „weicher Unterleib“. Im Norden grenzt die stets unruhige, von Albanern bewohnte Provinz Kosovo unmittelbar an Mazedonien. Aber auch die slawischen Mazedonier spüren den ethnischen Druck der albanischen Bevölkerung, die in West-Mazedonien siedelt, sich rasch vermehrt und in die Städte drängt. Die Unruhe der Albaner im Kosovo überträgt sich auf die albanische Minderheit in Mazedonien.

Die Führung der mazedonischen Republik weiß, daß sie die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes lösen muß, weil mit ihnen die nationalen Konflikte eng zusammenhängen. Die jüngsten ökonomischen Resultate geben allerdings nicht zu großem Optimismus Anlaß. Das ZK der KP Mazedoniens beklagte ein Absinken der Arbeitsproduktivität und ein Stagnieren der Produktion.

Der wachsende Druck der albanischen Volksgruppe und die mazedonisch-bulgarischen Probleme könnten sich verschärfen, wenn die Führung in Skopje die wirtschaftliche Situation nicht meistert. Das aber könnte nicht nur für Jugoslawien, sondern auch für den Westen bedenkliche Folgen haben.

„DDR“-Synode prangert Willkür des Staates an

Reiseverbote und Verhaftungen von Christen beklagt

hrk./DW. Dresden

Die evangelischen Christen in der „DDR“ haben wenige Wochen vor dem geplanten neuen „Gipfel“ der Bischöfe mit Erich Honecker erneut „*Bevormundung und Willkür*“ durch den Staat, die Verhaftung christlicher Wehrdienstverweigerer, den auf die Jugend ausgeübten Anpassungsdruck“ und den beträchtlichen Widerspruch zwischen „großen Worten auf oberster Ebene“ und den Erfahrungen der „kleinen Leute“ angeprangert. In der Debatte über den Kirchenleitungsbericht kam überraschend auch die Frage nach der Zukunft der Deutschen insgesamt zur Sprache.

Im Jahresbericht der Kirchenleitungen, der den 60 Synodalen vorgetragen wurde, heißt es: Verweigerung von Reisemöglichkeiten durch den Staat – auch in sozialistische Länder wie Polen – erwecke den Eindruck von „Bevormundung und Willkür“. Fehlende Begründungen für verweigerte Reisen verhinderten vor allem bei jungen Menschen „Eigenverantwortung und Selbständigkeit“. Zwar seien die sozialen Rechte der Jugendlichen „sorgfältig gesichert“, aber zugleich werde „häufig ein Anpassungsdruck empfunden, der dazu führt, daß schöpferische Potenzen nicht wirklich zur Entfaltung kommen“.

Wie schon beim Kirchentag in Greifswald Ende Juni beklagten die mitteldeutschen Kirchenführer abermals die „Defizite in den Rechten des Einzelnen und einzelner Gruppen“. Damals hatte der stellvertretende Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen, Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, den Helsinki-Kurs der evangelischen Christen bekräftigt und auf fehlende Menschenrechte hingewiesen.

Kritik an den USA

Stolpes Handschrift trägt auch die Passage: Menschen, die „unbequeme und kritische Fragen stellen, werden allzu schnell als Störenfriede ausgegrenzt und nicht geduldig genug zu konstruktiver Mitarbeit eingeladen“. *Stolpe, von Beruf Jurist, und Bischof* Johannes Hempel als Kirchenbunds-Vorsitzender waren am Vorabend der Synoden-Eröffnung in Ost-Berlin mit Willy Brandt zusammengetroffen.

Im Bericht der Kirchenleitung findet sich auch – ganz im Sinne des „Nein ohne jedes Ja“ zu Raketen, wie die weltweiten Ökumene fordert – Kritik an den USA. Die Kirche hege „tiefes Unverständnis“ für die SDI-*Pläne Amerikas. Sie liefen nur auf* einen verstärkten Rüstungswettlauf hinaus. Angesichts des vereinbarten Spitzengespräches im Spätherbst mit Erich Honecker auf gutes Einvernehmen mit der SED-Führung bedacht, bescheinigen die Bischöfe der Regierung, an „Entspannung und Zusammenarbeit“ festhalten zu wollen.

Frage nach der Zukunft

In der Debatte über den Bericht *kam die kirchliche Basis mit unge*schminkten Lageberichten zu Wort: So beklagten Redner die „Abschottung“ zum polnischen Nachbarn durch anhaltende Reisebeschränkungen. Dies habe „nichts mit Versöhnung und Völkerfreundschaft zu tun“. Friedrich Schorlemmer (Wittenberg), einer der bekanntesten „Friedenspfarrer“ im Lande, sprach von der anhaltenden „Ausreisementalität“, die die Gemeindearbeit belaste. Es gingen Menschen fort, „die von Kirche und Gesellschaft dringend gebracht werden“.

Zahlreiche Klagen über die von Honecker zugesagte, aber „unten“ keineswegs verwirklichte Gleichberechtigung der Christen mündeten in der Forderung nach einer „durchgreifenden Information an Parteisekretäre, Betriebsleiter und Lehrer, damit große Worte auf oberster Ebene für kleine Leute auch erfahrbar werden“.

Bemängelt wurde, daß anläßlich des 8. Mai auch kirchlicherseits viel von der deutschen Vergangenheit die Rede gewesen sei. Dagegen sei der Bischofsbericht der „Frage nach der Zukunft und dem Fortbestand des deutschen Volkes deutlich ausgewichen“. Der Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirchen in der „DDR“, Bischof Johannes Hempel erklärte vor der Synode zur deutschen Frage, es sei „an der Zeit, daß wir nach vorne denken“. Man solle sich auf die Frage konzentrieren, wie es weitergehen solle. Die beiden deut*schen Staaten müßten ihr Nebenein*ander gestalten, ihre Gemeinsamkeiten und gemeinsame Verantwortung wahrnehmen. Auszugehen sei dabei von der Existenz zweier souveräner Staaten einschließlich ihrer Grenzen.

Die CDU in Hamburg setzt auf Perschau

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Mit diesem Parteitag beginnen wir unsere politische Offensive, an deren Ende der Wachwechsel im Hamburger Rathaus stehen muß.“ Diese Parole gab am Wochenende der Hamburger CDU-Landesvorsitzende, Jürgen Echternach, bei der Nominierung des Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im November 1986 aus. Der Mann, der Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) den Platz im Rathaus streitig machen will, heißt – wie erwartet – Hartmut Perschau. Der 43 Jahre alte Berufssoldat, zuletzt im Range eines Majors, galt seit dem vergeblichen Anlauf Walther Leisler-Kieps vor drei Jahren als der *kommende Mann für diese Position.* Seit 1981 steht er mit unbestrittenen Qualitäten als Integrationsfigur an der Spitze der Bürgerschaftsfraktion. Perschau erhielt 168 von 174 Delegierten-Stimmen.

Kiep forderte zuvor die Union auf, die „innerparteilichen Brände zu löschen“, und sich stattdessen für die Auseinandersetzung mit der SPD zu wappnen. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat, Johannes Rau, habe in Nordrhein-Westfalen mit großem Erfolg „die totale Entsachlichung der Politik“ vollzogen. Kiep mahnte die Hamburger Christdemokraten aber auch, nie zu vergessen, „daß die SPD Teil unserer Geschichte ist“. Gegenwärtig befinde sie sich auf dem Weg zurück vor Godesberg. Die Union müsse den ernsthaften Versuch unternehmen, mit den Sozialdemokraten in wichtigen politischen Fragen Gemeinsamkeit zu erreichen. „Das zarte Pflänzchen des nationalen Konsenses darf nicht mit Stiefeln zertreten werden“, sagte Kiep.

Der CDU-Bürgermeisterkandidat verkündete als Botschaft: „Hamburg braucht den Wechsel. Setzen wir den Schwung der Union gegen den Stillstand der SPD, setzten wir die vielen unabhängigen Menschen unserer Partei gegen den Filz der Genossen.“ Notwendig sei eine durchgreifende Verwaltungs- und Bezirksreform mit der Übertragung zahlreicher Aufgaben an private Unternehmen, eine Senkung der Steuern und Gebühren und ein neuer Kurs auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, Hamburg habe heute die höchste Kriminalitätsrate aller deutschen Großstädte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Frauen im Parlament

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Ausgabe vom 14. September veröffentlichen Sie auf der Leitartikel-Seite gleich zwei Artikel, die sich mit den Frauen, einmal im Zusammenhang mit der Familie und einmal unter dem Titel „Die Quoten-Frauen kommen“, befassen.

Ich teile in keinem der beiden Artikel Ihre Ansicht. Im Ausschuß für die Rechte der Frau des Europäischen Parlamentes werden diese Fragen sehr intensiv diskutiert, es kommt nicht von ungefähr, daß wir der einzige Ausschuß dieser Art in einem Parlament in Europa sind.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft im Steigen begriffen. Gleichzeitig versuchen alle Länder, mit dem Problem der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit der Frauen, einer guten Qualifikation der Mädchen, der Notwendigkeit des Geldverdienens und der Kernfrage des Zusammenhaltes der Familie fertig zu werden. Dabei sind viele europäische Länder weitaus familienfreundlicher von ihrer Grundeinstellung. Die neuen Maßnahmen der Bundesregierung weisen hier endlich einen Weg in die richtige Richtung.

Es gibt auch viele von uns, die strikt gegen jede Quote sind. Sie sollten sich aber ernsthaft die Frage stellen, woher die Diskussion eigentlich aufgekommen ist. Auf der einen Seite wünschen sich die Parteien mehr Frauen als Mitglieder, sie benötigen auch mehr Frauen als Mitglieder, wenn diese sich auf die Dauer in den Mandaten durchsetzen sollen. Wenn Quoten vermieden werden sollen, muß aber auch das Entgegenkommen von Seiten der Männer in den Parteien größer werden, den Frauen, die die gleichen Qualifikationen wie sie besitzen, auch die entsprechenden Möglichkeiten zu bieten. Mit Recht achten die jungen Frauen auf den Vollzug der Versprechungen!

Im Europäischen Parlament gibt es nicht nur eine im europäischen Durchschnitt relativ hohe Quote an Frauen (18 Prozent), sondern ein Drittel aller Ausschußvorsitzenden sind *Frauen. Viele Domänen der Politik* werden also hier von den Frauen verantwortlich geleitet. Sie stehen dabei genauso im Kreuzfeuer der Kritik wie ihre männlichen Kollegen. Es gibt keinerlei Anlaß, hier irgendwelche Unterschiede in der Beurteilung zu machen. Ich kann dieses Verfahren auch den nationalen Parlamenten nur zur Probe empfehlen, dann brauchen wir keine Quoten-Diskussion zu führen.

Mit freundlichen Grüßen
Marlene Lenz,
Vorsitzendes des Ausschusses „Rechte der Frau“ im Europäischen Parlament

Abgrenzung

„Elefant und Mücke“; WELT vom 16. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Enno von Loewenstern hat den seit anderthalb Jahrzehnten anhaltenden Aufweichungsprozeß der SPD präzise beschrieben. Die geschriebene „Verfassung“ dieser Partei stimmt in vielen Bereichen nicht mehr mit der Wirklichkeit der Haltung und des Handelns der SPD bzw. unzähliger ihrer Mitglieder überein.

Der vom SPD-Parteirat am 14. November 1970 (nicht 4. November) verabschiedete Abgrenzungsbeschluß, der jede Zusammenarbeit mit Kommunisten als parteischädigend bezeichnet und kategorisch feststellt: „Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Aktionsgemeinschaft“, wurde von seiner Verkündigung an von zahlreichen SPD-Mitgliedern und Parteigliederungen mißachtet, und von der SPD-Führung nie konsequent durchgesetzt.

Formal ist diese Parteiratsentschließung heute noch gültig. Sie erfüllt jedoch seit langem schon (Vielleicht gar von Anfang an?) nur die Funktion eines „Alibis“, das ab und zu von einem SPD-Oberen aus (wahl-)taktischen Gründen aus der Schublade geholt wird.

Treffend ist der Hinweis Enno v. Loewensterns, es gehe nicht (nur) um das Verhältnis SPD–DKP, sondern um das Verhältnis SPD–Sowjetblock; oder umfassender: Sozialdemokratie–Kommunismus. Die DKP *ist „nur“ der im freien* Teil Deutschlands operierende „Stoßtrupp“ Pankows und Moskaus (in diesem Sinne allerdings und vor allem wegen ihrer „Bündnis“-Politik besonders gegenüber SPD und DGB ernst zu nehmen).

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Bärwald,
Grafschaft-Esch

Wort des Tages

„Der Mensch weiß nie recht, was er will; und wenn er einmal hat, was er gewollt hat, so sieht er, daß es das nicht war. Und so geht all unser Bestreben ins Unendliche.“

Wilhelm Heinse, deutscher Autor (1746–1803)

Immer dümmer

„Kritik am Niveau der Abiturienten“; WELT vom 16. September“

Sehr geehrte Herren,

es ist die Tragik unserer Zeit, daß die neue Generation in eine immer komplizierter werdende Umwelt immer dümmer entlassen wird. Nicht die sogenannte neue Armut sondern die neue Dummheit ist unser gesellschaftspolitisches Hauptproblem Nr. 1.

Unsere Kinder treffen auf eine durch Überspezialisierungen und Überbürokratisierungen kaum noch deutbare Umwelt. So ist die allgemeine, umfassende Bildung, die eine allgemeine Erklärung der speziellen Gegebenheiten zuläßt, überlebenswichtig. Unverstehen, Unerklärbarkeit führt zu Fehlinterpretation und reaktiv zu Depression oder Furcht, aber auch zu Aggression und Intoleranz.

Selbst die Grundarten des Lernens, nämlich Lesen, Schreiben und Rechnen werden heute nicht mehr richtig beherrscht. *Dazu zwei Beispiele:*

- Es gibt Abiturienten, die ein Telefonbuch wegen mangelhafter Kenntnis des Alphabets nicht richtig benutzen können.
- An den Universitäten werden neuerdings Deutschkurse für deutsche Studenten und Doktoranden angeboten!

Jawohl, das Abitur muß wieder Hochschulreifeprüfung sein und darstellen!

Es kann doch nicht Ziel unseres Bildungssystems sein, zuviele Akademiker auszubilden, alle mit der gleichen Chance, nämlich keiner!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Felix Rüdiger G. Giebler,
Friedrichstadt/Eider

Personalien

GEBURTSTAG

Der ehemalige Intendant des Deutschlandfunks, **Franz Thedieck**, vollendet am 26. September in Bonn sein 85. Lebensjahr. Der aus Hagen stammende Westfale war von 1949 bis 1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und von 1964 bis 1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung. Von 1966 bis 1972 stand er an der Spitze des Deutschlandfunks.

EHRUNG

Professor Dr. **Wolfgang Haber** (60), Ordinarius für Landschaftsökologie der TU München in Wei*henstephan, wurde von Landwirt*schaftsminister Dr. **Hans Eisenmann** für seine engagierte Arbeit und seine Verdienste um die bayerische Landwirtschaft mit der Staatsmedaille in Silber ausgezeichnet. Wie der Minister in seiner Laudatio hervorhob, habe Haber mit seiner fundierten wissenschaftlichen Arbeit deutlichen Anteil an der Versachlichung der ökologischen Diskussion.

Kurz nach Vollendung des 91. Lebensjahres ist Oberlandeskirchenrat i. R. Dr. **Walther Lampe** in Hannover gestorben. Lampe stand als Jurist von 1922 bis 1959 im Dienst der hannoverschen Landeskirche und war anschließend viele Jahre Vorsitzender des Stadtkirchentages Hannover. Schon seit 1933 war er erster Vorsitzender des Heimatbundes Niedersachsen, in dem er seit 1923 mitarbeitete. Auch in der 1925 von ihm mitbegründeten Goethe-Gesellschaft in Hannover war er zunächst zweiter und von 1950 bis 1964 erster Vorsitzender; 1969 wurde er Ehrenvorsitzender. In der ebenfalls von ihm mitbegründeten Wilhelm-Busch-Gesellschaft war Lampe führend tätig. Von 1946 bis 1960 leitete er das Archivamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Zu den zahlreichen Auszeichnungen, die Lampe zuteil wurden, gehörten unter anderem das Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens und das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesker, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Von Anfang an dabei (10): Annette von Aretin

Die Qual der Mimenwahl

Einundzwanzig Jahre Besetzungsbüro beim Bayerischen Fernsehen, das ist ein nicht geringer Teil der Lebenszeit, meiner Lebenszeit. Wie bin ich überhaupt dazugekommen, zu dieser Tätigkeit, für die es keine behördliche Schule oder gar eine Lehre gibt? Wahrscheinlich gerade deswegen, denn meine Biographie ist überwiegend vom Zufall geprägt. Natürlich spielte auch die wirre Nachkriegszeit dabei eine Rolle. Man suchte Jobs, nahm, was sich bot, und auf dieser Suche geriet ich in den Bayerischen Rundfunk.

Dort machte ich mich ein paar Jahre nützlich, wo immer man mich brauchen konnte, stets die Sehnsucht nach Festanstellung im Herzen. Mein Freund, der Zufall, richtete es ein, daß unser erster Fernsehdirektor, Clemens Münster, vor Eröffnung des Fernsehens eine Ansagerin fest anstellen wollte, und zwar ausgerechnet mich. Münster und ich kamen überein, daß der Bayerische Rundfunk mir dann nach ein paar Jahren eine andere Position anbieten würde.

Und so geschah es: Man trug mir das Besetzungsbüro an. Schon wieder betrat ich Neuland und dachte mir, schließlich ist fast alles erlernbar. Daß ich dann so sehr viel zu lernen hatte, war mir vorher nicht klar. Es galt, viele Hunderte von Namen mit den dazugehörigen Gesichtern ins Gedächtnis zu pressen, dazu die jeweiligen Agenturen, die Theater mit ihren Betriebsbüros, die Regisseure, die Rollen und und und ...

Eigentlich sollte ich mich in kürzester Zeit in eine Art lebendes Nachschlagewerk verwandeln. Zur Unterstützung war eine Fotokartei mit vielen Schubladen vorhanden. Die Vorgängerin hatte die Künstlerinnen und Künstler alphabetisch, aber auch nach drei Altersklassen und „Güteklassen", in diese Schubladen verteilt. Am Anfang meiner segensreichen Besetzungstätigkeit war monatelang Ostern: Ich war ständig auf der Suche und blamierte mich auch zur rechten Zeit.

Zum Beispiel rief ein namhafter Darsteller der Münchner Kammerspiele an und wollte wissen, ob wir die neuesten Fotos und Fakten von ihm hätten. Als immer schon interessierte Theaterbesucherin kannte ich ihn natürlich – aber welche Schublade? Also Mut: „Wie alt sind Sie?" (Das hätte ich als versierte Besetzerin natürlich wissen müssen. Aber ich war eben nicht versiert und im Einschätzen des Alters von Menschen immer schon miserabel.) Mein Telefonpartner schluckte, nannte mir sein Alter, und zwar das richtige – was nicht immer der Fall ist –, ich fand die Schublade, gab ihm die gewünschte Auskunft, und er bedankte sich mit wohlklingender geschulter Stimme, in der Zweifel an meiner Eignung mitschwangen.

Im ersten Jahr waren mir diejenigen Regisseure am liebsten, die von sich aus die Besetzung bestimmten. Aber auch hier gab es Fallstricke: Für ein kurzes Stück im Regionalprogramm hatte man einen Regisseur aus Berlin verpflichtet. Die Besetzungsgespräche fanden telefonisch statt. Er nannte die Namen, die er wollte. Ich bekam tatsächlich die angeforderten Herrschaften zum Produktionstermin unter einen Hut, aber leider gab es zwei nicht verwandte Schauspieler gleichen Namens. Der eine war hochgewachsen, ein gut aussehender Gentleman, der andere ein gedrungener bäurischer Typ mit pfiffigem Gesichtsausdruck, und den hatte ich in meinem Feuereifer verpflichtet, ohne daß mir – trotz Lektüre des Stückes – aufgefallen wäre, daß er wirklich nicht in den Salon eines englischen Landhauses paßte. Der Regisseur kam angereist, zuckte zusammen, machte mir keine Szene, respektierte den geschlossenen Vertrag und machte das Beste daraus. Ein gütiger Mensch.

Was mir bis zuletzt den Nerv raubte, waren die Umbesetzungen im letzten Moment. Denn erstklassige Schauspielerinnen und Schauspieler sind nicht beliebig vermehrbar. Da brach sich beispielsweise zwei Tage vor den Aufzeichnungen Hanns Lothar drei Rippen. Mein Glück war, daß Robert Graf so sehr an seinem Garten hing, daß er von München nur wegfuhr, wenn es absolut sein mußte. Er hatte zufällig zwei Wochen Zeit, lernte rasch, und wir hatten einen ebenbürtigen Ersatz.

Ähnliches erlebte ich mit Leonard Steckel, einem der Großen des legendären Zürcher Schauspielhauses. Er hatte bei uns einen Vertrag. Die kameralosen Proben verliefen bestens. Alles war glücklich, bis zu einem Freitag, an dem Steckel schrecklicherweise plötzlich Netzhautablösung bekam und sofort in die Schweiz gebracht werden mußte, wo man schon mit Laserstrahl arbeitete. Mein Mitleid wurde nur noch von meiner Panik übertroffen, denn wo



Tausend Namen und Gesichter im Kopf: Annette von Aretin FOTO: DPA

sollte ich über das Wochenende einen Künstler diesen Kalibers herbekommen? Die Agenturen waren überwiegend nicht erreichbar, an Theatern engagierte Akteure konnten sich in der Regel nicht so rasch freimachen. Mir fuhr der Stoßseufzer durch den Kopf: „Hätte ich nur was Gescheites gelernt." Nach zwei Tagen irrwitzigen Telefonierens hatte ich ihn: Theo Lingen. Wer nur die alten komischen Filme von ihm kennt, weiß nicht, was für ein hervorragender differenzierter Schauspieler er war.

Zum Telefonieren, dem wesentlichen Bestandteil meiner Tätigkeit, noch eine kleine Geschichte: Ich mußte, sicher wieder wegen einer Katastrophe, den Regisseur Eberhard Itzenplitz sofort erreichen, wußte aber, daß er zwischen Weihnachten und Dreikönig Ferien machte. Nur wo, wußte ich nicht. Was tun? Da fiel mir ein Itzenplitz-Freund ein, den ich schließlich in Saarbrücken erreichte. Dieser Freund wußte, daß er sich in Bad Gastein aufhielt, allerdings war ihm der Name des Hotels entfallen. Er erinnerte sich lediglich, daß der Lift des Hotels bis hinunter zur Sauna ging. Immerhin schon etwas. Die Gasteiner Kurverwaltung konnte mir sechs Hotels nennen, auf die das zutraf. Und die klapperte ich ab. Im vierten Hotel hatte ich Itzenplitz dann gefunden, und wir konnten das anstehende Problem klären.

An diese 21 Jahre denke ich rückblickend gerne: Sie waren oft anstrengend, von gelegentlichem Ärger durchwirkt, aber sie waren auch anregend, interessant und nie langweilig. Außerdem waren sie vielleicht die Ausbildung für eine leichte Halbtagstelefonistinnenstelle in einer Detektei.

ANNETTE VON ARETIN

Am 2. 10. erinnert sich Jürgen Roland an seine Reporter-Lehrjahre

KRITIK

Dummheit macht stark

Neun Monate Abstinenz sind endlich vorüber: Nun dürfen die Deutschen wieder J. R.s meckerndes Lachen hören, an Sue Ellens zuckender Oberlippe ablesen, wann der nächste Drink fällig ist, und mit Miss Ellie leiden, wenn die Sippe nicht vollständig zum Frühstück erscheint. Sie könnte so schön sein, die nächste Saison auf South Fork. Aber bloßem Genuß mag das deutsche Fernsehen seine Zuschauer bei „Dallas" nicht aussetzen. Und beraumt rechtzeitig eine Stunde der inneren Einkehr an. „Verdirbt Dallas die Moral?", fragte zickig und etwas scheinheilig die ARD-Talkshow **Moment mal**.

Tatsächlich bissen die fünf deutschen Diskutanten auf das Thema mit deutscher Ernsthaftigkeit an – zum Erstaunen des amerikanischen Journalisten, der sich in der aufgeregten Runde offensichtlich verloren vorkam. Wie eine defekte Langspielplatte repetierte da der linke Autor gnadenlos: „Ich hasse diese Serie. Sie ist ein US-Kultur-Import der übelsten Sorte." Nicht ohne einzuflechten, daß er selber Serien schreibe, die aber niemand wolle. Warum wohl?

Der Sache der „Dallas"-Frauen nahm sich eine Politologin an: Durch die Bank unselbständig sei die texanische Damenriege. Sicher – Pam jettet zu ihrer Boutique mal um die Erdkugel, doch stets mit dem beruhigenden Gefühl, den finanzstarken Bobby hinter sich zu wissen. Auch Miss Ellie *scheint* nur autark: Die psychische Krise nach ihrer Krebsoperation konnte sie schließlich nur an Clay Farlows breiter Brust überstehen. Und dem Konsistorialrat und SFB-Rundfunkratsmitglied war einfach alles zu dürftig: die Drehbücher, die Schauspieler, und überhaupt ...

Mit solch massiver Ablehnung konfrontiert, muß in einem Dallas-Freak verständlicherweise Empörung hochkochen. Derart artikulierte denn auch in anheimelndem Schwäbisch der engagierte Autohändler, der in seiner knallharten Branche nicht anders bestehen kann als J. R. in seinem öligen Imperium. Noch etwas spricht für die schauerliche South-Fork-Sippe: Ihr ausgeprägter Familiensinn – wenn auch die Mitglieder meist in den falschen Betten liegen – und ihre total fernseh-freie Umwelt. „Dallas" kann die Moral gar nicht verderben. Denn „Dallas" ist doof. Das macht es so stark.

CORNELIA REISER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
Noch 100 Tage Azubi – und was dann?
10.00 heute
10.05 Unsere schönsten Jahre
10.50 Ach du lieber Harry
12.10 Umschau
12.20 Gott und Die Welt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Flamingo
Franz Wintzentsen – Aus meinem Animationstagebuch 1980–82
16.25 Das Vogelmädchen
Finnischer Spielfilm
17.20 Die Märchenbraut
4. Teil: Der Dackel Herr Meier
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Spionageschiff
Fernsehserie in sechs Teilen von Tom Keene und Brian Haynes
3. Teil: Arbeitete die Crew für den Geheimdienst?
Der Verdacht, daß die „Caistor" Spionagezwecken gedient hatte, verdichtet sich immer weiter. Doch der Geheimdienst versucht, die Affäre mit allen Mitteln zu vertuschen.
21.10 USA heute
Streik der Bergarbeiter in Tug Frok Valley, West Virginia / Mount St. Helen – Fünf Jahre nach dem Vulkanausbruch / Aids-Hysterie in New York / Country-, Rock- und Bluesfestival in Illinois / Neuer US-Fernsehstar: „Sex-Päpstin" Ruth Westheimer
22.00 Es ist angerichtet (13)
Komische Geschichten mit Eddi Arent
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Ein Mann kommt in die Jahre
Franz.-deutscher Spielfilm (1978)
Mit Robert Stack, Sophie Desmarets, Anicée Alvina u. a.
Regie: Gérard Blain
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Barocke Zeiten
10. Deutschland, Polen und Litauen
Von Folco Quilici und Jean Antoine
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Das Straußenland
Mit Marlin Perkins
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Ein alter Star
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Aufruhr im Bhagwan-Land
Über die Krise eines Kultes berichtet Dieter Kronzucker
20.15 Achtung, Visite!
Tschechoslowakischer Spielfilm (1981)
Regie: Karel Kachyna
Anschl. Ratschlag für Kinogänger
Robert Zemeckis: „Zurück in die Zukunft" von Robert Zemeckis
21.45 heute-journal
22.05 Praxis extra
Telefonaktion Aids
Sie fragen – Experten antworten
Eine Aufklärungs-Initiative in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
Tel. 06131/703777
Moderation: Hans Mohl
23.05 Junges englisches Theater
Elisabeth Eins
Schauspiel von Paul Foster
Aufzeichnung der deutschen Erstaufführung der Bühnen in Essen
0.40 heute

SAT 1

13.30 Kimba, der weiße Löwe
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Papermoon
15.30 Musicbox
16.30 Bill Cosby
17.00 Ufo
18.00 Westlich von Santa Fé
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Eine ganz alltägliche Ehe
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Das Münchenr Oktoberfest / Das Schiff der Zukunft / Ernst Winter & Sohn / Industriegrafik / Börse USA
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick
22.15 Nicht so toll, Süßer
Englischer Spielfilm (1960)
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
anschl. Kompass
19.00 heute
19.30 Sportreport
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Wie ein wilder Stier
Amerikanischer Spielfilm (1980)
23.50 Kennwort: Kino
23.55 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.20 RTL-Spiel
20.30 Strichpoker
Amerikanischer Spielfilm (1965)
21.55 RTL-Spiel
22.00 Das Kind im Manne
22.30 Zeichentrick für Erwachsene
22.35 Wetter
22.40 Horoskop
22.45 Betthupferl

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
Aufholjagd. Die Grand-Prix-Saison des Motorradrennfahrers Reinhold Roth
21.00 Aktuelle Dokumentation
Sobidor – Die Mordfabrik
21.45 Landesspiegel
Alleingelassen
Kinderkriminalität auf dem Lande
22.15 Franz-Peter-Wirth-Retrospektive:
Glaube, Liebe, Hoffnung
Fernsehspiel nach Ödön von Horvath
23.20 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekirche im III.
19.15 Die Laufmaschine des Herrn von Drais
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme
Esplanade
21.05 Das Montagsthema
Diskussion über die deutsch-polnischen Beziehungen
22.05 The Killers
Amerikanischer Spielfilm (1946)
(Original mit Untertiteln)
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Kinder dieser Welt (1)
18.55 Zauberbuchfilm
19.05 Frauen unter Strom (1)
20.00 Admiral Canaris
Dokumentation
20.45 Die Sprechstunde
Magnesium – Treibstoff für den Körper?
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
22.30 Wege zum Menschen

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Hans Hass (13)
Mensch und Meer
21.00 Flash Gordons Flug zum Mars
21.15 Rückblende
Vor 100 Jahren gestorben: Maler Carl Spitzweg
21.30 Menschen unter uns
Die Angst im Nacken
Aus dem Alltag eines Tankwagenfahrers
22.15 Jazz
23.00 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Trotz und Selbstbehauptung
Aus der Reihe „Welt unserer Kinder"
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Kostbarkeiten aus China
22.50 Auftrag: Mord
Aus der Dokumentarreihe „Spionage"
23.40 Rundschau

Kompromiß bei Überprüfung des Sperrvertrags

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Als einen Fortschritt kennzeichneten es die Teilnehmer der 3. Konferenz zur Überprüfung des Atomsperrvertrages, daß an ihrem Ende ein von allen beschlossenes Schlußdokument steht. Vor fünf Jahren bei der zweiten Konferenz dieser Art war es dazu nicht gekommen. Sie galt damals als gescheitert. Dieses Mal einigten sich die Teilnehmerstaaten in Genf nach dreiwöchiger Sitzung auf einen Text, der von allen als Erfolg gewertet wurde. Er unterstreicht die Bedeutung des 1970 in Kraft getretenen Vertrages *als erfolgreiches Instrument für* das Ziel, die weitere Ausbreitung von Atomwaffen auf mehr als die fünf Staaten verhindert zu haben.

Für Ende der Atomtests

Nur drei der „Atomwaffen-Länder" gehören dem Vertrag an. Das sind die Großmächte USA und Sowjetunion sowie Großbritannien, nicht aber China und Frankreich. Wie immer bei Überprüfungskonferenzen waren auch dieses Mal in Genf die Staaten, die über Nuklearwaffen verfügen, im Visier der sogenannten „Habenichtse". Sie forderten mit wachsender Härte ein Ende der Atomwaffentests. Daran wäre die Konferenz beinahe gescheitert. Nur ein Kompromiß verhinderte das. In ihm wird festgestellt, wie sehr es die Konferenz bedauere, daß ein Abkommen über das Verbot von Atomtests bislang nicht zustande gekommen sei. Gleichzeitig werden die drei dem Vertrag angehörenden Atommächte aufgefordert, ihre vor Jahren abgebrochenen Verhandlungen über ein Versuchsstopp-Abkommen noch in diesem Jahre wiederaufzunehmen. Damit allerdings mochten sich die USA und Großbritannien nicht zufriedengeben. Zu ihren Gunsten heißt es deshalb nun, „gewisse Staaten" räumten einer tiefgreifenden und verifizierbaren Reduzierung der Nuklearwaffen-Arsenale höchste Priorität ein.

„Ernste Besorgnisse"

Über Israel und die Republik Südafrika werden in der Schlußerklärung wegen der bei diesen Staaten vermuteten nuklearen Möglichkeiten „ernste Besorgnisse" geäußert. Sie fordert deshalb alle Länder auf, sich dem totalen Verbot der Lieferung von Nukleareinrichtungen an diese Länder anzuschließen. Darüber hinaus wurde in Genf der Wille der 84 durch Delegationen anwesenden Unterzeichnerstaaten (insgesamt 133) deutlich, gemeinsam darauf hinzuwirken, das Vertragswerk universal zu gestalten, also Frankreich und China zum Beitritt zu bewegen und gleichfalls die sogenannten Schwellenländer Argentinien, Pakistan, Indien, Israel und Südafrika.

Das Ende der Konferenz war am vergangenen Samstag durch eine scharfe Kontroverse zwischen den kriegführenden Staaten Irak und Iran verzögert worden. Auch wollte Irak, unterstützt durch Marokko, Israel wegen seines Luftangriffs auf einen Reaktor bei Bagdad im Jahre 1981 verurteilt sehen. Dank der geduldigen Verhandlungsführung des ägyptischen Konferenzpräsidenten Mohamed Shaker konnten diese Klippen schließlich umschifft werden.

Hernus Rücktritt genügt der Opposition nicht

Aufklärung bis in höchste Positionen hinein gefordert

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit der Entlassung des Geheimdienstchefs Lacoste und dem Rücktritt des Verteidigungsministers Hernu ist die Greenpeace-Affäre für Frankreich offenbar nicht ausgestanden. Weder die Opposition noch die Kommunistische Partei geben sich mit den bisher getroffenen Maßnahmen zufrieden und verlangen rückhaltlose Aufklärung bis in die höchsten Ränge der Politik hinein. Der frühere Transportminister Fiterman, Politbüromitglied der KPF, stellt of*fen die Frage, ob der Staatspräsident* nicht vorher von dem Attentat wußte. Der gleichen Ansicht ist der neuseeländische Premierminister David Lange, der im französischen Fernsehen von einem „Prozeß der Selbstzerstörung Mitterrands" sprach, der mit der Opferung des Verteidigungsministers nun begonnen hätte. „Die Sanduhr des Regimes läuft aus", resümier*te Lange.*

Auch die Sozialistische Partei tritt für weitere Untersuchungen ein, will sie aber auf die unteren Ränge in den Geheimdiensten beschränkt wissen. Parteivorstandsmitglied Claude Estier schloß nicht aus, daß „politische Gegner" den Sabotageakt in Auftrag gegeben haben könnten mit dem Ziel, die Regierung über einen Skandal zu Fall zu bringen. Der sozialistische Kammerpräsident Louis Mermaz erinnerte auf einem Parteifest daran, daß die Rechte bei einem ungleich schwereren Geheimdienstfall, der Entführung des marokkanischen Oppositionsführers Ben Barka 1965, nicht die gleichen Konsequenzen gezogen habe wie die augenblickliche Linksregierung.

Der neuernannte Verteidigungsminister Paul Quilès will die von seinem Vorgänger Hernu begonnenen Untersuchungen im Geheimdienst DGSE über die Hintergründe der Schiffsversenkung energisch vorantreiben und noch in dieser Woche zu einem Abschluß bringen. Mit weiteren Sanktionen wird gerechnet. Die Presse nennt unter den möglichen Mitwissern oder Mittätern des Attentats neben dem entlassenen Geheimdienstchef Admiral Pierre Lacoste dessen direkten Untergebenen, General Roger Emin, stellvertretender Direktor des DGSE (Generaldirektion für die Beschaffung auswärtiger Nachrichten), den *Präfekten Philippe Parant, Chef der* Finanzabteilung (über ihn lief die Beschaffung der Mittel für das Unternehmen Greenpeace), den Obersten Lesquer, Chef der Abteilung „Action" sowie dessen Stellvertreter Oberstleutnant Faberon, der für die Durchführung der Operationen verantwortlich zeichnet. Sämtliche Offiziere waren schon von Hernu vernommen worden, hatten aber unter Berufung auf ihre Schweigepflicht die Aussage verweigert. Auch ist noch offen, ob die Gründe für eventuelle weitere Entlassungen der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, da die Tätigkeit der Geheimdienste grundsätzlich dem Geheimschutz unterliegt.

Die Greenpeace-Bewegung hat ihre Demonstration gegen die unmittelbar bevorstehende französische Atomtestserie im Pazifik nach den Vorgängen in Paris nicht eingestellt. Ein erstes Segelschiff der aus etwa sieben Schiffen bestehenden „Greenpeace-Flotte" ist in der Nähe des Versuchsatolls Mururoa eingetroffen und hat, scharf bewacht von französischen Kriegsschiffen, an der Grenze der französischen Hoheitsgewässer Anker geworfen. Nach Aussagen des Kapitäns im Pariser Rundfunk will man das in vier Tagen erwartete Eintreffen des aus Panama kommenden Flaggschiffs „Greenpeace", Nachfolger der versenkten „Rainbow Warrior" abwarten.

Die neuseeländische Nachrichtenagentur NZPA berichtete am Samstag unter Berufung auf Funksprüche der Organisation, die „Greenpeace" werde von einem französischen Kriegsschiff beschattet, seit sie den Panamakanal verlassen habe. Die Besatzung der „Greenpeace", eines ehemaligen Hochseeschleppers, berichtete über Funk, man habe probeweise einen Haken geschlagen und das französische Schiff habe alle Kursänderungen mitgemacht.

Geheime Beratungen in Bonn und die Fragen im Fall Willner

Gespräch Zimmermann/Hellenbroich als zentraler Punkt in der Kontrollkommission

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Teilnehmer der jüngsten Sitzung der geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) hüllen sich in Schweigen. *Selbst* Oppositionsführer Vogel (SPD), der Vorsitzende des Gremiums, das sich bis in die Abendstunden des vergangenen Freitag hinein um die „Aufarbeitung" des Spionageverdachts gegen das in die „DDR" geflüchtete Ehepaar Willner bemühte, gab keine Erklärungen ab. Das lag möglicherweise auch daran, daß Vogels „Pressepolitik" Gegenstand einer längeren Auseinandersetzung in der PKK gewesen ist und die Union, vor allem deren Fraktionsvorsitzender Dregger, von ihm Zurückhaltung forderte. Ein Streitpunkt war dabei auch, daß Vogel, was in seine Kompetenz fällt, auf einer Beratung der PKK noch am Freitag bestanden hatte, obwohl die *Unionsmitglieder Dregger,* Waigel und Miltner sowie Bundesinnenminister Zimmermann Termine außerhalb Bonns hatten. Darüber wurde gestritten; die Beamten waren für diese Zeit vor die Tür gebeten worden.

„Nichts Aktuelles da"

In der Sache selbst sind nach vor*liegenden Informationen keine Fra*gen offengelassen worden, es tauchten auch keine Widersprüche auf. Zentraler Punkt der Erörterungen war das zehnminütige Vier-Augen-Gespräch zwischen Zimmermann und dem damaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hellenbroich am 28. Juni 1985 in Bonn.

Der Hintergrund: Hellenbroich, schon ernannter Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), verabschiedete sich vom Innenminister. Bei diesem Anlaß gab es auch eine allgemeine Unterrichtung über Verdachtsfälle im Spionagebereich, wenn auch ohne Aktenvortrag. Hellenbroich sprach dabei von einem Fall im Kanzleramt und von einem Fall im Bundespräsidialamt. Der inzwischen in den einstweiligen Ruhestand Versetzte erinnert sich, auch die Namen Willner und Höke genannt zu haben. Zimmermann hingegen meint, Namen seien nicht gefallen, aber dieser Punkt spiele in der PKK keine Rolle, weil er für die sachliche Bewertung des Falles Willner unerheblich sei.

Entscheidungen des Ministers, das bestätigte Hellenbroich, wurden von ihm nicht gefordert, wohl aber beschwerte er sich über die „restriktive Handhabung" der Forderungen des Verfassungsschutzes, Anträge auf ei*ne Überwachung des Post- und* Telefonverkehrs (nach Artikel 10 Grundgesetz) zu stellen. Eine grundsätzliche Erörterung dieser Problematik sollte mit den neuen Beamten erfolgen: Staatssekretär Fröhlich war bereits in den Ruhestand verabschiedet worden, Staatssekretär Neusel trat am 1. August sein Amt an, auch beim Verfassungsschutz stand mit Ludwig-Holger Pfahls ein neuer Präsident an.

Die mit den G-10-Anliegen befaßten Beamten des Bundesinnenministeriums hatten vom Verfassungsschutz verlangt, dieser müsse die Anträge „besser fundieren". Das Hauptmanko wurde darin gesehen, daß gegen Frau Willner keinerlei Verdachtsmomente vorlagen und auch bei dem Ehemann „nichts Aktuelles da war". Der Verfassungsschutz hingegen hatte auf den „dubiosen Lebenslauf" von Willner und auf sein Journalistik-Studium in Leipzig abgehoben, einer Hochschule, die als MfS-„Rekrutierungskreis" angesehen wird. Außerdem wurde von der Spionageabwehr die Angabe Willners bezweifelt, während der *Kriegsgefangenschaft* in Rußland sei seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS unerkannt geblieben. Aber es gab kein zusätzliches Verdachtsmoment aus der Zeit seit der Übersiedlung Willners im Jahre 1961 in die Bundesrepublik Deutschland.

Aus diesem Grund war auf der sogenannten Fachebene das Anliegen, den Post- und Telefonverkehr zu überwachen, zurückgewiesen worden. Dies hätte nämlich automatisch bedeutet, auch die Telefonleitungen des Bundeskanzleramtes (hier arbeitete Frau Willner) und der Friedrich-Naumann-Stiftung (hier arbeitete Willner) anzuzapfen. Im Fall Höke, der später verhafteten Sekretärin im Bundespräsidialamt, wurde dem G-10-Antrag stattgegeben, als bei einer Observation „Treffs" festgestellt worden waren.

Gefahr der „Enttarnung"

Die Frage stellt sich, warum angesichts der Ablehnung von G-10-Anträgen im Fall Willner das Ehepaar nicht observiert wurde. Hierzu lautet die Auskunft der zuständigen Beamten der Spionageabwehr: Eine solche Operation hätte „Schwierigkeiten" gebracht, weil die Willners einen Bungalow inmitten eines ruhigen Wohngebietes bewohnt hätten. Die Gefahr der „Enttarnung" wäre somit groß gewesen. Anders habe es sich im Fall Höke dargestellt. Die Sekretärin habe in einem Hochhaus gewohnt. Hier konnte sich der Verfassungsschutz in einer benachbarten Wohnung zur Beobachtung einrichten.

Eine weitere Frage: Hätte man nach der Flucht des Regierungsdirektors Tiedge, der den *„Fall Willner"* im Verfassungsschutzamt in Köln bearbeitet hatte, das Ehepaar während dessen Spanien-Urlaub observieren müssen? Dies hätte allerdings eine Einverständniserklärung Spaniens vorausgesetzt. Angesichts der „vagen Verdachtslage" wurde man in Madrid nicht vorstellig, offenkundig in dem Bewußtsein, daß ohnehin exekutive Maßnahmen wie eine Festnahme nicht möglich gewesen wären. Diese Handhabe hätte dann bestanden, wenn ein Haftbefehl ergangen wäre. Aber Generalbundesanwalt Rebmann hatte selbst nach der Flucht Tiedges die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Willners abgelehnt. Rebmann hat wohl auch in der PKK-Sitzung deutlich gemacht, daß die Voraussetzungen „für einen Zugriff" nicht gegeben waren.

Ungereimtheiten in den Angaben zur „Flucht"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Sicherheitsexperten in Bonn nennen den Verdacht, daß Willner bereits bei seiner „Flucht" im Januar 1961 für das „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) tätig gewesen war, „sehr begründet". Aus den Ungereimtheiten in den Aussagen Willners wird geschlossen, daß er bereits als Agent nach einem bekannten Muster in die Bundesrepublik Deutschland geschleust wurde.

Das Verheimlichen der Waffen-SS-Zugehörigkeit während viereinhalbjähriger *sowjetischer* Kriegsgefangenschaft wird von Fachleuten als „völlig unmöglich" bezeichnet. Denn auch die Sowjets hätten nach dem Krieg ihre Gefangenen nach den eingebrannten Runen-Zeichen und sogar nach Narben untersucht. Entdeckte Mitglieder der Waffen-SS seien entweder verurteilt oder „umgedreht" worden.

Zu Willners Erklärung, er habe nach zweijähriger SED-Zugehörigkeit aus Angst vor Enttarnung durch einen damals aufgetauchten ehemaligen „Kameraden" seine Waffen-SS-Mitgliedschaft offenbart und sei deshalb aus der Partei ausgeschlossen worden, werden Zweifel angemeldet.

Auf Verwunderung stößt erst recht seine Angabe, er sei nach einer dreijährigen „Bewährung" bei Arbeitseinsätzen wieder in die SED aufgenommen worden. Dazu heißt es, es sei kein einziger Fall bekannt, in dem es eine Wiederaufnahme in die Einheitspartei ohne eine Verpflichtung zur Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst gegeben habe.

Für eine von langer Hand vorbereitete Einschleusung sprechen auch Aussagen von MfS-Überläufern über die vor dem Mauerbau im August 1961 gängigen Praktiken. Damals knüpften Agenten im Vorfeld ihrer „Flucht" Kontakte zu Verwandten oder zu berufsspezifischen Betrieben.

Willner hatte, so die Erkenntnisse, als Redakteur bei der „DDR"-Zeitschrift „Tribüne" Verbindung zu einem Verlag in Hamburg und Berlin aufgenommen, um dort eine Tätigkeit zu erhalten. Tatsächlich wurde er dann zunächst beim Philips-Konzern und anschließend beim „Spiegel" beschäftigt.

Ebenfalls als widersprüchlich werden die damals von Willner angegebenen Gründe für seinen Übertritt eingestuft. So hatte er behauptet, bei der „Tribüne" sei ihm ein Brief mit Hinweisen auf seine geplante „Flucht" aus der Jackentasche gestohlen worden. Dieser Fund hätte aber nach Einschätzung von Experten schon zur Verhaftung führen müssen. Stattdessen war jedoch – möglicherweise absichtlich – mit großem Aufwand in seiner Abwesenheit seine Wohnung durchsucht worden.

Schließlich gibt es erhebliche Zweifel an dem Wahrheitsgehalt seiner Angaben, er sei zum Eintritt in den „DDR"-Journalistenverband genötigt worden, habe dies als unzumutbar empfunden und sei deshalb geflohen. Denn Willner gehörte bereits der SED, dem sogenannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund FDGB und der FDJ an.

Gorbatschow soll für höheren Standard sorgen

● Fortsetzung von Seite 1

Schewardnadse, „doch wir sind zugleich bereit, unseren Teil dazu beizutragen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern."

Der US-Präsident warnte jedoch vor zu großen Erfolgserwartungen. „Angesichts des sowjetischen Systems und seiner Ideologie dürfen wir keine falschen Hoffnungen wecken."

Gewisse Hoffnungen dagegen weckte der Staatssekretär im Pentagon, Richard Perle, der in einem Fernsehinterview am Samstag zu der kürzlichen ultimativen Feststellung Gorbatschows Stellung nahm, daß die Genfer Verhandlungen ohne amerikanische Zugeständnisse beim SDI-Programm ihren Sinn verlören. „Ich glaube", sagte Perle, „daß dies noch nicht das letzte Wort Gorbatschows in dieser Sache war."

Finanzgipfel berät über Kursschwankungen

▲ Fortsetzung von Seite 1

nen. Der Tagungsort New York wurde wegen der Eröffnung der Herbstsitzung der Vereinten Nationen gewählt. Den Vorsitz hat US-Finanzminister Baker.

In Washington sucht man auch nach Mitteln und Wegen, die Privatbanken zu veranlassen, wieder mehr neues Geld in die Dritte Welt zu pumpen. Voraussetzungen für beide Aktionen wären indes Garantien und eine Kapitalerhöhung, was beides sehr kontrovers ist. Um Afrika zu helfen und die Zahlungsunfähigkeit in den ärmsten Staaten südlich der Sahara zu verhindern, tritt Baker für die Schaffung eines Sonderfonds ein, der mit fünf Milliarden Dollar ausgestattet werden soll, allerdings hauptsächlich durch Umschichtungen und die Nutzung der Golderlöse des IWF.

FDP steht weiter zu Zimmermann

■ Fortsetzung von Seite 1

nung trägt. Ich habe sogar im Prinzip *nichts gegen das von ihm ins* Gespräch gebrachte Modell des ehemaligen Chefs der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, das die Ausgabe von Vorzugsaktien beinhaltet. Nur: Bei der Ausgabe solcher neuen Vorzugsaktien ist die Zustimmung der Mehrheit der Inhaber alter Vorzugsaktien nicht gesichert.

WELT: Hat sich an Ihrem Verhältnis zu Strauß, den sie ja öfters als „meinen Freund" bezeichnet haben, etwas geändert?

Bangemann: Nein. Das Thema ist nun doch nicht so bedeutend, daß man eine andere Bewertung vornehmen muß. Was aber die Südafrika-Politik angeht, da, meine ich, sollten die CSU und Strauß endlich klar und *deutlich sagen, was sie wollen. Ich* möchte wissen, wo sie sich von der Politik der Bundesregierung und der von Außenminister Genscher unterscheidet. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß die CSU für Waffenlieferungen, eine nukleare Zusammenarbeit oder die Apartheidpolitik eintritt. Es geht also nur um den allgemein abgelehnten Visazwang und die Kündigung des Kulturabkommens, das so geändert werden soll, daß alle Bevölkerungsgruppen davon etwas haben. Und da haben bei den ausführlichen Beratungen im Kabinett die CSU-Minister weder vom Inhalt noch vom Verfahren her widerspro*chen. Im Gegenteil. Alle waren froh,* daß Genscher im EG-Außenministerrat die Verhängung von Wirtschaftssanktionen verhindert konnte, die dort sonst wahrscheinlich beschlossen worden wären.

WELT: „Störfeuer" aus München einerseits. Ein öffentlicher Schlagabtausch zwischen Ihnen und Bundeskanzler Kohl über die Parteipolitik andererseits. Schadet das nicht der Präsentation der Regierungskoalition?

Bangemann: Ich habe in Stuttgart weder den Bundeskanzler noch die CDU kritisieren wollen. Ich habe nur beschrieben, was die *Vorzüge* und Attraktion der FDP-Politik heute ausmacht, daß sie keine populistische Politik betreibt. Daß sie nicht versucht, durch die Verteilung von Wohltaten Zustimmung zu erhalten, sondern durch eine vernünftige, gradlinige Politik. Wenn mein Lob für die FDP gleichzeitig einen Schatten auf die CDU geworfen hat, so ist das viel*leicht unvermeidlich gewesen.* Aber man sollte das nicht überbewerten.

WELT: Es handelt sich also um eine Art Vorwahlkampf?

Bangemann: Nein. Das wäre ein bißchen früh. Aber auch ein Koalitionspartner muß akzeptieren, daß ein Parteivorsitzender natürlich auch die Aufgabe hat, Grenzlinien zwischen dem, was seine *Partei will,* und dem, was der Partner macht, aufzuzeigen. Diese Möglichkeit muß ich haben, ohne daß es gleich zu einem Koalitionskrach kommt.

Tunnel oder nicht?

fu (London) – Am Kanal-Tunnel würde einiges stinken – nicht zuletzt die Auspuffabgase einer suggerierten Armada kontinentaleuropäischer Lastwagen. Mit derart provokativer Plakatwerbung macht die Lobby der britischen Kanal-Fährhäfen unter der Führung von Dover Front gegen die geplante Untertunnelung des Kanals zwischen Großbritannien und Frankreich. Doch „Flexylink", wie sich die Interessengruppe unter Hinweis auf die bewährten Fährdienste nennt, hat jetzt aus eigenen Reihen einen Schlag ins Gesicht versetzt bekommen.

Die Associated British Ports Holdings, die Anfang 1983 von der Regierung Thatcher privatisierte Betriebsgesellschaft von 19 britischen Häfen, hat sich für knapp eine Milliarde Mark einen zehnprozentigen Anteil an Euroroute erworben. Euroroute ist das britisch-französische Konsortium, das eine Kombination aus Brücken und Tunnel als feste Schienen- und Straßenverbindung zwischen Dover und Calais ausgearbeitet hat.

Nachdem immer deutlicher wird, daß die Mehrheit im Thatcher-Kabinett diesem Projekt und nicht dem Konkurrenz-Vorschlag eines Tunnels ausschließlich für den Schienenverkehr für knapp acht Milliarden Mark den Vorzug geben dürfte, wenn Ende dieses Jahres auf britischer Seite die Entscheidung fallen wird, ist die Beteiligung von Associated British Ports nur als folgerichtig zu bezeichnen. Die Hafenbetriebsgesellschaft darf jetzt damit rechnen, nach einem Zuschlag für die Aufgabe der Verkehrs- und Güterabwicklung auf der britischen Seite der Kanalverbindung übertragen zu bekommen.

Nichts gelernt

adh. – Geld weckt Begehrlichkeit. „Bis zum Rand gefüllt", so hat die IG Metall ausgerechnet, sind die Kassen der deutschen Automobilkonzerne. Die Unternehmen haben in den 80er Jahren so hohe Gewinne eingefahren, daß sie sie bei der Investitionsfinanzierung gar nicht mehr unterbringen können, meint die IG Metall. Und flugs meldet sie Ansprüche an: nämlich eine Qualifikations- und Humanisierungsoffensive. Diese könne ja ohne Schwierigkeiten finanziert werden. Nichts dazu gelernt? Wenn als Antwort auf höhere Gewinne in der Automobilindustrie nur der Ruf nach mehr für die Beschäftigten erschallt, ist das schwach. Denn das fördert die Spaltung zwischen Arbeitsbesitzenden – denen es dann noch ein bißchen besser geht – und Arbeitslosen, für die durch eine weitere Verteuerung der Arbeit nicht ein zusätzlicher Arbeitsplatz entsteht. Neueinstellungen, wie sie die gut verdienende Autoindustrie jetzt vornimmt, sind der größte Beitrag zur Humanisierung der Situation der Arbeitssuchenden.

FORSCHUNGSFÖRDERUNG / Beihilfen wurden in diesem Jahr verstärkt genutzt

Wirtschaftsverbände sind gegen neue Programme für den Mittelstand

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft ist in diesem Jahr verstärkt genutzt worden. Bei den Beihilfen des Bundes für mittlere und kleine Unternehmen war die Nachfrage so groß, daß die Haushaltstitel zum Teil schon erschöpft sind. Obwohl die Programme von ihnen durchweg gute Noten bekommen, verzichten die Verbände der Wirtschaft darauf, eine Ausweitung zu fordern.

Besonders stark gestiegen ist in diesem Jahr die Inanspruchnahme des Programms „Auftragsforschung und -entwicklung", nach dem Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft bis 500 Mill. Mark Jahresumsatz Zuschüsse erhalten können, wenn sie Forschungs- und Entwicklungsaufträge an Dritte vergeben. Bisher wurden in diesem Jahr 1365 Anträge registriert, gegenüber 1698 im gesamten Vorjahr. Die im Bundeshaushalt 1985 zur Verfügung stehenden 41 Mill. Mark sind damit bereits erschöpft. Allerdings gibt es eine Zusage von Forschungsminister Riesenhuber, daß niemand, der die Kriterien erfüllt, leer ausgeht. *Ziel ist es, die Umsetzung von Forschungsergebnissen zu verbessern.*

Die deutlich gestiegene Nachfrage führt die Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) in Köln, die die Anträge entgegennimmt, auf die verbesserten Konditionen zurück. Der Kreis der Antragsberechtigten war früher auf Firmen bis zu 50 Mill. Mark Umsatz begrenzt. Heute erhalten Unternehmen, die diese Grenze nicht überschreiten, einen erhöhten Fördersatz von 40 Prozent. Für größere Firmen liegt der Satz bei 30 Prozent des gezahlten Entgelts, höchstens jedoch 120 000 Mark im Jahr. Erst seit drei Wochen können bei der AIF wieder Personalkostenzuschüsse für in Forschung und Entwicklung tätige Mitarbeiter gestellt werden, nachdem die EG-Kommission die Verlängerung des seit 1979 laufenden Programms zunächst blockiert hatte. Bei der AIF wird damit gerechnet, daß bis zum Ende der Antragsfrist am 30. November die Antragszahl des Vorjahres (10 176) wieder erreicht wird.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht in diesem Programm das „zentrale Instrument der *mittelstandsorientierten Forschungsförderung*". Nachdem das Finanzvolumen in den letzten Jahren regelmäßig „überzeichnet" wurde, hat die Bundesregierung für 1985 die Haushaltsmittel von 320 auf 380 Mill. Mark aufgestockt. Doch allein 1984 gingen Anträge auf 520 Mill. Mark Personalkostenzuschüsse ein. Der Überhang wird jeweils aus dem Haushalt des nächsten Jahres abgedeckt. Um den Antragsberg abzubauen, hat die Regierung den Titel im Haushaltsentwurf 1986 auf 400 Mill. Mark erhöht.

Aus einem weiteren Topf, der erstmals in diesem Jahr zur Verfügung steht, gibt es Geld für solche Firmen, die ihr FuE-Personal durch Neueinstellungen erweitern. Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit weniger als 200 Mill. Mark Umsatz und 1000 Beschäftigten zahlt der Forschungsminister einen Lohn- und Gehaltszuschuß für die Neueinstellungen. Firmen mit weniger als 500 Mitarbeitern können 15 Monate lang 55 Prozent des Bruttolohns erhalten, größere Unternehmen bekommen 45 Prozent auf zwölf Monate befristet. Für diese Maßnahme stehen 1985 insgesamt 55 Mill. Mark bereit; eine Summe, die Bonn für das nächste Jahr verdoppeln möchte.

Ein staatlicher Anreiz, Forschungspersonal einzustellen, sei „für eine gewisse Zeit zu vertreten," meint dazu Kurt Fleckenstein vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) in Bonn. Dabei dürfe aber nicht vergessen werden, daß es sich um eine „ordnungspolitisch nicht unbedenkliche Lohnkosten-Subvention" handele.

Als wichtig stuft der DIHT ein, daß vom nächsten Jahr an Forschungs- und Regionalförderung zusammen in Anspruch genommen werden könnten. „Bisher kamen die Forschungsprogramme in benachteiligten Gebieten nicht zum Zuge," begründet Fleckenstein die geplante Aufhebung des Kumulierungsverbots. Weitere Sonderprogramme für den Mittelstand lehnt der DIHT ab.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street ist enttäuscht von der Blitzprognose

H.-A. SIEBERT, **Washington**

An den US-Aktienmärkten bleiben die Investoren in Wartestellung, nachdem auch die Blitzprognose des Handelsministeriums über die Entwicklung des amerikanischen Bruttosozialprodukts im dritten Quartal 1985, der „Flash", enttäuschend ausgefallen ist. Auf Jahresbasis liegt das reale Plus mit 2,8 Prozent weit unter der Voraussage des Weißen Hauses, das im zweiten Halbjahr mit kräftigen fünf und für das Gesamtjahr mit drei Prozent gerechnet hatte. Um dieses Ziel zu erreichen, müßte die Wertschöpfung im vierten Quartal um sieben Prozent in die Höhe schießen, was unwahrscheinlich ist.

Aus der Sicht der Wall Street ist die bange Frage, in welche Richtung die US-Wirtschaft marschiert, immer noch nicht beantwortet: Das Konjunkturtempo beschleunigt sich zwar, aber nicht genug, um eine spätere Rezession endgültig auszuschließen. Außerdem bremst das geringere Wachstum die Steuereinnahmen, so daß das riesige Haushaltsdefizit (1985: 211,3 Mrd. Dollar) nicht kleiner wird. Aber auch technische Faktoren wie auslaufende Termin- und Optionskontrakte drückten den Dow-Jones-Industrie-Index am Freitag um 8,85 (Wochenverlust: 9,74) auf 1297,94 Punkte, während sich der umfassende Nyse-Index, der nur um 0,61 (0,46) Punkte auf 105,39 Punkte fiel, besser behauptete.

Die Börse braucht verläßliche Daten und erhält sie nicht. Noch mehrfach korrigiert wird auch dieser „Flash" – vermutlich nach unten, wie Präsident Fords Chefökonom Alan Greenspan meint. Dafür spricht der Anstieg der persönlichen Einkommen im August um nur 0,3 Prozent, dem eine Zunahme der Verbraucherausgaben um 1,2 Prozent gegenüberstand. Hier wirkten sich wieder die Zinsofferten der Autohersteller aus. Die gleichzeitig auf 2,8 Prozent geschrumpfte Sparrate läßt auf künftige Kaufzurückhaltung schließen.

Für das zweite Quartal hat das Ministerium das Realwachstum von zwei auf 1,9 Prozent reduziert; in der Januar-März-Periode waren es 0,3 Prozent. Die Wirtschaft der Bundesrepublik wächst deutlich schneller als die amerikanische. Legt man die deutsche Berechnungsmethode zugrunde, dann nahm das US-Sozialprodukt gegenüber dem dritten Quartal 1984 um 2,3 und von Januar bis September um 1,2 Prozent zu.

In den USA steigen in diesem Quartal die realen Endverkäufe sowie die Verbraucherausgaben und die Regierungskäufe, während die Investitionen stagnieren und die Lager wie im zweiten weiter schrumpfen. Der Preisdeflator erhöht sich von 2,6 auf 3,1 Prozent. Die Unternehmensgewinne stiegen von April bis Juni nach Steuern um 0,3 Prozent. Vor diesem Hintergrund rechnet die Wall Street mit einer weiterhin „akkommodierenden" Geldpolitik. Freitag sanken die kurz- und langfristigen Zinsen.

Auszug aus dem Revier

Von JOACHIM GEHLHOFF

Der Imageverlust wiegt schwer, auch wenn vorerst kaum Arbeitsplätze verlorengehen dürften. Dieses Fazit ergibt sich für das seit 28 Jahren vom immer noch unbewältigten Montan-Strukturwandel geprägte Ruhrrevier aus dem Entschluß der ehrwürdigen Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH), im nächsten Jahr Firmensitz und Konzernzentrale von Oberhausen nach München zu verlagern. Ein in seinen Vorläufer-Anfängen schon mehr als 200 Jahre altes Großunternehmen, dessen Begründer Oberhausen zur vielbesungenen „Wiege des Ruhrgebietes" machten, schüttelt den Revierstaub nun von seinen Füßen.

München, bislang schon Heimat für die Zentralen des größten deutschen Elektrokonzerns (Siemens) und des größten Flugzeugbau/Raumfahrtunternehmens (MBB), bekommt nun auch den Schreibtisch des größten europäischen Maschinenbaukonzerns. Ein politisches Signal? An der GHH-Konzernspitze mag man das mit plausiblen Gründen konzerninterner Räson leugnen. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau wird mit gewohnter Herzlichkeit ins gleiche Nebelhorn blasen.

Und doch paßt dieser Auszug der GHH auf fatale Weise in das seit Jahren gesungene Unternehmer-Klagelied über die fortschrittsfeindliche Industriepolitik der Düsseldorfer Landesregierung. Die jüngste Strophe wurde gerade auf der Essener Schweißtechnik-Messe vom Verbandspräsidenten Mennen gesungen:

Im Radius von 30 Kilometern um Mühlheim/Ruhr herum findet man sämtliche Produzenten, die ein Kernkraftwerk, das derzeit gewiß anspruchsvollste „High-Tech-Produkt", bauen könnten. Auf dem Heimatmarkt vor der Haustür jedoch bekämen diese Leute (der GHH-Konzern gehört zumal mit seinem Reaktor-Druckbehälterbau dem Werk Oberhausen-Sterkrade dazu) wegen der überängstlichen Umwelt-Tuerei ihrer Landesregierung kein Bein auf die Erde. „Wir konnten es und durften es nicht anwenden", prophezeit da der Schweißtechniker-Präsident das Resultat einer traurig bleibenden Zu*kunft*.

Eindeutig diesseits solcher trüben Vision liegen die Gründe konzerninterner Räson, die man bei der GHH für die Revierflucht anführt. Erstens hat die zwei Jahrhunderte dabeigebliebene Montan-Gründerfamilie Haniel den Expansionskurs der früheren Familienfirma bei Kapitalerhöhungen schon seit gut einem Jahrzehnt nicht mehr begleiten können und wollen und 1985 das letzte Zehntel ihres Kapitalanteils an die neue Großaktionärsgruppe, den Münchner Allianz-Versicherungskonzern und die Commerzbank, verkauft. Auch 23 000 Kleinaktionäre sind mit von der Partie.

Zweitens hat der in früheren Glanzzeiten exzessiv dezentral geführte Konzern in seinen zwei vorletzten Geschäftsjahren so horrende Verluste bei seiner für das halbe Gesamtgeschäft aufkommenden Tochter MAN, Augsburg, erlitten, daß jetzt nach Chefwechsel und Verlustbereinigung eine komplett neue, mehr zentralistische Organisation für den Gesamtkonzern geschaffen wird. Dazu gehört die nun als Absicht beschlossene Verschmelzung der MAN (ein Viertel Kleinaktionärsbesitz) mit der Holding zu einer bislang „namenlosen" Firma. Drittens schließlich deutet ebenso wie der Fusionsakt auch die Tatsache „nach Süden", daß dort längst mehr als die Hälfte der 54 000 Konzern-Mitarbeiter beschäftigt wird.

Das alles klingt zwar aus der Sicht der Konzernführung recht glatt. Und es wird auch noch mit dem Trostpflaster garniert, daß man „zur Wahrnehmung der Führungsfunktionen im nördlichen Bereichsfeld des Konzerns" ein „Konzernbüro Nord" am Leben lasse. Die Weichen für das 18 Milliarden Mark Jahresumsatz schwere Weltgeschäft der gesamten GHH-Gruppe aber werden künftig an der Isar und nicht mehr an Rhein und Ruhr gestellt.

Das vielzitierte Süd-Nord-Gefälle, ein zweifelsfrei auch landespolitisch geförderter und somit verschuldeter Prozeß unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklung unserer Tage, hat seinen jüngsten Beleg. Als der „Wiege des Ruhrreviers" ist der früheren Montanstadt Oberhausen ohnehin nur noch ein *Thyssen-Ofen zur Stahlschmelze* aus Schrott geblieben.

AUF EIN WORT

„Wir müssen uns auf Güter und Dienstleistungen konzentrieren, bei denen wir unseren Wettbewerbern technologisch-qualitativ überlegen sind und nicht nur wechselkursbedingt-preislich, da wir mit dem letzteren Vorteil nicht auf die Dauer rechnen können."

Dr. Marcus Bierich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH FOTO: WOLF P. PRANGE

IAA war erneut Publikumsmagnet

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die Internationale Automobilausstellung (IAA), die am Sonntagabend in Frankfurt mit dem traditionellen Hupkonzert endete, hat sich erneut als Publikumsmagnet entpuppt. In den vergangenen elf Tagen strömten 1,2 Millionen Besucher durch die Messehallen. Mit dem Erfolg der IAA zog gleichzeitig auch der Verband der Automobilindustrie (VDA) als Veranstalter eine überaus positive Bilanz. VDA-Präsident Hans-Erdmann Schönbeck nannte den leichten Rückgang der Besucherzahlen – zur IAA im Jahr 1983 waren 1,238 Millionen Gäste gekommen – als ausgesprochen positiv und gewollt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Finanzminister einigten sich über Vorschläge an den IWF

AFP, **Luxemburg**

Die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich am Wochenende auf Vorschläge geeinigt, die sie gemeinsam mit den Vertretern der beiden Beitrittsländer Spanien und Portugal auf den Tagungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im Oktober in Seoul unterbreiten werden.

Nach einer informellen zweitägigen Sitzung kündigte der luxemburgische Finanzminister Jacques Poos an, die EG werde geschlossen eine Aufstockung der Finanzmittel beider Institutionen fordern. Sie werde außerdem verlangen, daß der IWF den sogenannten „Treuhänderfonds" in Höhe von 2,7 Mrd. Dollar, der sich aus den Rückzahlungen verschuldeter Entwicklungsländer in den kommenden fünf Jahren zusammensetzt, für neue Kredite verwendet. Gleichzeitig müßte für mindestens ein Jahr der „erweiterte Zugang" zum IWF, d. h. die Möglichkeit, unvorhergesehene Kreditanträge zu stellen, für die am meisten verschuldeten Staaten beibehalten werden. Gegen dieses 1981 geschaffene System haben die Vereinigsten Staaten bisher Einwände erhoben. Auf der Luxemburger Tagung haben die deutsche und britische Delegation jedoch ihren Widerstand gegen die Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte bekräftigt. Die anderen EG-Mitglieder befürworten einen entsprechend.n Vorschlag Frankreichs zugunsten der Dritten Welt.

Wie der niederländische Finanzminister Onno Ruding erklärte, ist die EG der Auffassung, den ärmsten Entwicklungsländern, insbesondere den afrikanischen, müßten ausreichende Kredite eingeräumt werden, um die Schuldentilgung zu ermöglichen.

MINERALÖLMARKT

Im Inland sind die Vorräte weiter abgebaut worden

PETER JENTSCH, **Bonn**

Die Netto-Ölimporte (Rohöl und Produkte) der Bundesrepublik sanken im ersten Halbjahr um 2,5 Prozent gegenüber der Vergleichszeit 1984. Dabei ging der Inlandsabsatz aber nur um 0,5 Prozent zurück. Daraus ergibt sich, so stellt das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Bericht über die Versorgunslage bei Mineralöl fest, daß Ölvorräte im Inland abgebaut wurden: Ende Juni 1985 lagen sie mit 35,3 Mio. Tonnen um 2,1 Mio. Tonnen niederiger als vor Jahresfrist.

In der Importstruktur ergibt sich eine gegenläufige Tendenz. Bei einer Abnahme der Rohöleinfuhren um 4,7 Prozent stieg der Import von Produkten um 2,4 Prozent. Da zugleich aber die Produktexporte im ersten Halbjahr um 6,7 Prozent zunahmen, ergibt sich insgesamt jedoch keine Verschiebung des Anteils zwischen Rohöl und Produkten.

Die Importpreise für Rohöl erreichten trotz der Schwäche der Weltmarktpreise aufgrund des Anstiegs des Dollarkurses im 1. Quartal 1985 mit 695 Mark je Tonne den höchsten Stand aller Zeiten. Erst im Juli sanken sie mit 593 Mark unter Vorjahresniveau (616 Mark/Tonne). Die Tankstellenpreis fielen von Juni bis Anfang September um rund 19 Pfennig auf einen Jahrestiefststand (1,25 Mark für Normalbenzin, 1,32 Mark für Super und 1,26 Mark für Dieselkraftstoff). Dieser Preisverfall habe insbesondere den unabhängigen Handel in Bedrängnis gebracht. Seit kurzem versuche die Industrie, sich durch Preisanhebungen dem Ertragsdruck zu entziehen. Die Preise für leichtes Heizöl fielen im März mit 80 Mark/100 Liter auf 64 Mark Anfang August und liegen jetzt bei 69 Mark.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Reagan erläutert seine Handelspolitik

Washington (rtr) – US-Präsident Ronald Reagan wird heute seine Leitlinien zur Handelspolitik darlegen. Präsidialsprecher Larry Speakes sagte, der Präsident werde „solche Maßnahmen, die von der Regierung zur Förderung amerikanischer Exporte und zur Sicherung eines international fairen Handelsklimas initiiert oder empfohlen werden", erläutern. Reagan hatte vor blindem Protektionismus gewarnt. Im Kongreß werden dennoch weiter „Schutzmaßnahmen" behandelt. So billigte der Senat die Einführung einer generellen Importabgabe von bis zu einem Prozent, *die im nächsten oder übernächsten* Jahr wirksam werden soll. Diese Abgabe soll in einen Fonds fließen, mit dem Arbeiter, die direkt oder indirekt durch ausländische Konkurrenz ihren Arbeitsplatz verloren haben, unterstützt werden.

Mehr Insolvenzen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Pleitewelle in der Bundesrepublik ebbt nicht ab. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, gab es im Juli 1687 Anträge auf Konkurs oder Vergleich. Das waren 23,5 Prozent mehr als im Juli 1984. Darunter stieg die Zahl der Unternehmenspleiten um fast 30 Prozent auf 1270. Alle Bereiche waren betroffen, wobei die Zunahme beim krisengeschüttelten Bau wegen der bereits hohen Vorjahreszahl verhältnismäßig klein (plus 21 Prozent) ausfiel. In den ersten sieben Monaten 1985 wurden 11 064 Insolvenzen gezählt, und damit nochmals 13 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. 8053 Unternehmen gingen von Januar bis Juli ein, 15 Prozent mehr als in den ersten sieben Monaten von 1984.

Streik beendet

Paris (AFP) – Die französischen Binnenschiffer, die seit Mitte August gegen den Rückgang ihres Frachtaufkommens protestieren, haben beschlossen, ihren Streik zu beenden. Die Binnenschiffer und das französische Verkehrsministerium waren übereingekommen, mit den staatlichen Eisenbahnen SNCF ein Abkommen über einen „lauteren Wettbewerb" auszuhandeln und den Schiffern einen Spezialfonds in Höhe von 50 Mill. Franc (etwa 16 Mill. Mark) zur Modernisierung der Lastkähne zu gewähren.

Mexiko: IWF will helfen

Washington (VWD) – Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank prüfen zur Zeit finanzielle Hilfen für Mexiko nach der Erdbeben-Katastrophe. Der Fonds erwägt dem Vernehmen nach einen Kredit von 300 Mill. bis 600 Mill. Dollar, der Mexiko bei der Behebung wirtschaftlicher Schäden unterstützen soll. Ähnliche Darlehen waren in der Vergangenheit anderen Ländern nach Naturkatastrophen zugestanden worden. Auch aus Kreisen der Weltbank verlautete, das Institut werde Mexiko möglicherweise mit einem Kredit beim Wiederaufbau unterstützen. Dementiert hat der Fonds am Wochenende Berichte, nach denen er die Auszahlung eines im Frühjahr 1983 bewilligten Milliardenkredits an Mexiko ausgesetzt haben soll, weil das Land vereinbarte Wirtschaftsmaßnahmen nicht eingehalten habe.

Londoner Kassapreise

	20.9.	13.9.
Kupfer(£/t)	978	1023,5
Blei(£/t)	289,75	296,50
Zink(£/t)	497,50	513
Zinn(£/t)	9137,50	9161
Gold($/Unze)	319,50	320,75
Silber(p/Unze)	443,15	453,55
Kakao[1](£/t)	1814,50	1775,50
Kaffee[2](£/t)	1674	1649,50
Zucker(£/t)	134,50	129
Kautschuk(p/kg)	60,75	61
Wolle(p/kg)	430	430
Baumwolle[3](cts/lb)	–	–

[1])Abladung Dezember; [2])Abladung November;
[3])A-Index-Preis Liverpool

GARTENFACHMESSE

Jetzt auch Katalysator für den Rasenmäher zu Haus

dpa, **Köln**

Rasenmäher mit Katalysator, Räubermücken im Postversand zur Schädlingsbekämpfung, Humus von Regenwürmern und Netze mit Schattenwirkung, die ohne Gift Schädlinge vom Gemüsegarten abhalten – das sind einige umweltfreundliche Neuheiten, die von Sonntag bis Dienstag auf der internationalen Gartenfachmesse in Köln vorgestellt werden. Auf der Kölner Leistungsschau des Grünen Marktes sind 787 Aussteller aus 26 Ländern vertreten.

Ob der Motorrasenmäher mit Katalysator (Aufpreis etwa 150 bis 200 Mark), der angeblich bis zu 60 Prozent der Schadstoffe schluckt, in Serie gehen wird, hängt nach Darstellung des deutschen Herstellers von der Nachfrage ab. Bei den bereits in Serie produzierten Gartengeräten wie Motormähern oder Häckslern ist die Tendenz zu einem möglichst geräuscharmen Betrieb unverkennbar. Eine Firma offeriert einen Handrasenmäher, der flüstert anstatt wie üblich zu rattern.

Wie die Industrievereinigung Gartenbedarf in Düsseldorf vor Eröffnung der Kölner Gartenfachmesse mitteilte, verfügen von den 25,5 Millionen Haushalten in der Bundesrepublik etwa zwölf Millionen über einen Garten, für den im Durchschnitt etwa 495 Mark im Jahr aufgewendet werden. Davon entfallen 108,30 Mark auf „lebendes Grün" (ohne Blumen), 131,70 Mark auf Gartengeräte, 166,70 Mark auf Gartenausstattung und 88,30 Mark auf biochemische Produkte, Erde und Torf. Vier Millionen deutsche Haushalte haben einen Balkon, weitere vier Millionen einen Fensterkasten.

BLEIFREIES BENZIN / Steuerdifferenz bald sieben Pfennig – Farbe gegen Panscherei?

Ab Januar billiger als normaler Sprit

HANS BAUMANN, **Essen**

Die Bundesminister für Wirtschaft, Innenpolitik und Finanzen haben sich darauf geeinigt, daß bleifreies Benzin vom 1. Januar 1986 an billiger als verbleites Benzin angeboten werden soll. Zu diesem Zweck wird die Mineralölsteuer auf Benzin ohne Blei um weitere drei Pfennig pro Liter auf 46 Pfennig gesenkt. Der Steuerabstand zum Bleibenzin wird dann sieben Pfennig betragen. Diese Spreizung der Steuer zwischen 46 und 53 Pfennig soll bleifreies Benzin billiger als verbleites machen und die Autofahrer bewegen, zügiger auf bleifreien Sprit umzusteigen.

Da bleifreies Benzin zur Zeit zwei Pfennig teurer ist als unverbleiter Vergaserkraftstoff, würde bei einer weiteren Senkung der Mineralölsteuer um drei Pfennig von Januar an bleifreies Benzin einen Pfennig weniger kosten als bleihaltiges. Die Mineralölindustrie wünscht sich als begleitende Aktion zur Steuersenkung eine Aufklärungskampagne der Automobilindustrie, die die Unsicherheit der Autofahrer abbauen soll, ob sie ihren Wagen mit Bleifrei fahren können oder nicht.

Ein Großteil der jüngeren Modelle, die Normalbenzin benötigen, kann Bleifrei fahren, weil die Oktanzahl für verbleiten wie für unverbleiten Kraftstoff bei 91 ROZ liegt. Falls erforderlich, können die Werkstätten mit wenigen Handgriffen den Zündzeitpunkt optimieren. Um den Schmiereffekt des Bleis im Benzin zu bewahren, könnte zwischendurch einmal verbleites Benzin getankt werden. Problematischer ist der Umstieg auf Bleifrei bei Super-Motoren, weil die Oktanzahl des verbleiten Superkraftstoffes bei 98 ROZ und die des unverbleiten bei nur 95 ROZ liegt.

Der Einigung der Minister ist ein längeres Gespräch mit Vertretern aller relevanten Verbände vorausgegangen. Dabei plädierte der Mineralölwirtschaftsverband dafür, der mit der Steuerspreizung zunehmenden Gefahr der Benzinpanscherei dadurch zu begegnen, daß bleifreier Kraftstoff eingefärbt wird. Die Verbände des Handels sprachen sich in Bonn gegen diesen Vorschlag aus, weil sie höhere Kosten befürchten und zum Teil nicht über die erforderlichen Mischaggregate verfügen, die dann erforderlich werden, wenn Benzin importiert wird.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden 89 500 Tonnen bleifreies Benzin abgesetzt, das sind 0,6 Prozent des gesamten Vergaserkraftstoffabsatzes. Bleifreies Normalbenzin wird zur Zeit an rund 3000 Tankstellen angeboten. Die geplante Steuersenkung soll vom 1. April 1987 an stufenweise wieder zurückgenommen werden.

TAIWAN / Der Konjunkturmotor Export ist ausgefallen

Auf den Boom folgte die Krise

HELMUT RÄTHER, Taipeh

Zu Beginn dieses Jahres, als die Regierung Taiwans das reale Wirtschaftswachstum für 1984 mit 10,9 Prozent berechnete und bekannt gab, war in Taipeh das Wort „Weltspitze" an der Tagesordnung. Diese Stimmung scheint inzwischen sehr weit zurückzuliegen und fast vergessen zu sein: „Flaute" und „Krise" werden dafür um so öfter gebraucht, wenn es um die Beschreibung der Situation geht.

Das allgemeine Unsicherheitsgefühl resultiert vor allem daraus, daß die Exporte stagnieren – sie waren in den vergangenen Jahrzehnten der entscheidende Wachstumsfaktor des Inselstaates mit 18,5 Millionen Einwohnern gewesen. Im 1. Halbjahr stiegen die Ausfuhren gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur noch um ein Prozent, im August lagen sie sogar um 9,7 Prozent unter denen des gleichen Monats 1984. Das Wirtschaftswachstum wird, glauben die meisten Experten, in diesem Jahr kaum fünf Prozent erreichen, viel weniger als die von der Regierung prognostizierten 8,5 Prozent.

Die Investitionen, schon seit dem Beginn der achtziger Jahre rückläufig, sind weiter gesunken: Sie lagen in der 1. Hälfte dieses Jahres bei weniger als einem Fünftel des Bruttosozialprodukts – längst nicht ausreichend für ein gesichertes Wachstum. Die Fähigkeit zur Konkurrenz mit anderen Schwellenländern sank dadurch, daß im vergangenen Jahr das Lohnniveau um 16 Prozent anstieg, die Arbeitsproduktivität aber nur um 3,3 Prozent zunahm.

Ein „wirtschaftliches Reform-Komitee", das Regierungschef Yu Kuohwa im Mai dieses Jahres einsetzte, war in erster Linie eine politische Antwort auf die Skandale, die seit Monaten das Land erschüttert hatten: Der Wirtschafts- und der Finanzminister mußten zurücktreten, nachdem das mehr als *100* Firmen umfassende Cathay-Konglomerat zusammengebrochen war. Noch kurz zuvor hatte die Regierung der Tenth Credit Cooperative, die zu dieser Gruppe gehörte, einen Kredit in Höhe von drei Mrd. Neuen Taiwan-Dollar (74,3 Mill. US-Dollar) gewährt. Immer noch wird in Taipeh darüber spekuliert, wieviel davon wohl als Bestechungsgeld in den Taschen hoher Staatsbediensteter gelandet ist.

Das Reform-Komitee hat bisher vor allem empfohlen, die Anreize für die Unternehmer zu erhöhen – die Körperschaftssteuer von gegenwärtig 22 bis 35 Prozent auf 15 bis 20 Prozent zu senken und den persönlichen Spitzensteuersatz, der jetzt bis zu 75 Prozent beträgt, auf 50 Prozent zu limitieren.

Professor Chive Chi, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Industrie im Komitee, wagt noch keine konkreten Prognosen über die *möglichen Wirkungen solcher Maßnahmen*. Ob die Unternehmer wirkliche Chancen sehen, wenn die Steuern niedriger werden, bleibt abzuwarten. Angesichts der politisch unsicheren Lage der Insel, die von der Volksrepublik China beansprucht wird, hat es auf Taiwan seit der Gründung des selbständigen „Nationalchinas" 1949 immer eine Vorliebe für das schnelle Geldverdienen gegeben. Zukunfts-Investitionen sind nicht gerade eine Spezialität gewesen. Und auch von *der Bedrohung durch die Kommunisten* auf dem Festland abgesehen, sieht die politische Situation nicht rosig aus.

Staatspräsident Chiang Ching-kuo, Sohn des 1949 vom Festland vertriebenen Staatsgründers und Generalissimus Chiang Kai-chek, ist 75 Jahre alt, leidet an Diabetes und tritt wegen seiner Gebrechlichkeit nur noch selten an die Öffentlichkeit. Regierungschef Yu, 71 Jahre alt, ist ein langjähriger Staatsbank-Gouverneur, dem Freunde und Gegner übereinstimmend jedes Charisma absprechen.

Vizepräsident Lee Teng-hui (62), der nach der Verfassung bei Chiangs Tod sein Nachfolger würde, ist gebürtiger Taiwan-Chinese und hat kaum Verbindung zum Führungskreis der Politiker und Militärs, die praktisch alle vom Festland stammen. Niemand kann im Augenblick abschätzen, wer wirklich nach Chiang die Macht übernimmt. (dpa/VWD)

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE / Aufsichtsrat beschließt „zeitgemäße" Struktur

Der Konzern wird neu geordnet

dpa/vwd, Oberhausen

Der Konzern der Gutehoffnungshütte wird neu geordnet. Nach Unternehmensangaben hat der Aufsichtsrat den Vorstand am Freitag beauftragt, 1986 die bisherige Muttergesellschaft GHH-Gutehoffnungshütte Aktienverein, Oberhausen, mit der Tochter MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG zu einer neuen Obergesellschaft zu verschmelzen. Wie in einem Teil der Auflage bereits gemeldet wurde, sollen gleichzeitig der Konzernaufbau gestrafft sowie die Organisations- und Führungsstruktur „zeitgemäß" ausgerichtet werden. Der aktienrechtliche Sitz wird von Oberhausen nach München verlegt.

Vor der Verschmelzung sollen die MAN-Unternehmensbereiche Nutzfahrzeuge, Maschinen und Anlagen und der Bereich neue Technologie in Kapitalgesellschaften ausgegliedert werden. Der derzeit mehrstufige Konzernaufbau mit nahezu völlig dezentralisierter Verantwortung wird aufgegeben.

Es ist vorgesehen, die noch auszugliedernden MAN-Unternehmensbereiche sowie die MAN-Roland Druckmaschinen AG, die MAN-B+W Diesel GmbH, die Ferrostaal AG, die Zahnräderfabrik Renk AG sowie die Deggendorfer Werft und Eisenbau GmbH einschließlich ihrer Beteiligungen in einem „Kernkonzern" zusammenzufassen.

Zur Obergesellschaft gehören außerdem als wesentliche Beteiligungen die SMS Schloemann-Siemag AG, die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG, die Schwäbische Hüttenwerke GmbH und die Deilmann-Haniel GmbH.

Für die Zusammenführung der Verwaltungen von GHH und M. A. N. in Oberhausen, Nürnberg und Augsburg wird ein längerfristiges Programm entwickelt. Für Führungsaufgaben im nördlichen Bereich soll ein „Konzernbüro Nord" bestehen bleiben. Vor der Verschmelzung von GHH und M. A. N. muß mit Hilfe von Bewertungsgutachten ein „angemessenes Verhältnis" für den Aktienumtausch ermittelt werden.

Nach Angaben des Vorstands wurde im Geschäftsjahr 1984/85 (30. Juni) nach Verlustausweisen für 1982/83 (84 Millionen DM) und 1983/84 (59 Millionen DM) erstmals wieder ein positives Konzern-Jahresergebnis erzielt. Nachdem in den beiden Vorjahren umfangreiche innere Reserven zur Reduzierung der Verluste mobilisiert worden waren, ließ 1984/85 das Ergebnis aus dem laufenden Geschäft (150 Millionen DM) die Wiederauffüllung der seit 1982 bei MAN verbrauchten Vorsorgen zu. Der bei der MAN angefallene a.o. Ertrag aus dem Verkauf der Beteiligung an der MTU Motoren- und Turbinen Union GmbH erlaubt darüber hinaus, die offenen Rücklagen um 375 Mill. DM anzureichern.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage haben den Angaben zufolge alle Konzernunternehmen beigetragen – besonders die MAN, die nach umfangreichen Strukturmaßnahmen erstmals wieder ein ausgeglichenes Ergebnis aus dem laufenden Geschäft erzielte. Umsatzzahlen für 1984/85 wurden nicht genannt. Im Jahr zuvor hatte der Konzern mit knapp 74 000 Mitarbeitern über 16,6 Milliarden DM umgesetzt.

Weniger private Handwerker in Polen

J. G. G. Bonn

Der Boom von Neueröffnungen von privaten Handwerksbetrieben ist in Polen abrupt gebremst worden, berichtet das KP-Zentralorgan „Trybuna Ludu". In den ersten sieben Monaten dieses Jahres haben etwa sieben Prozent der Betriebe geschlossen, die Tendenz ist weiterhin stark negativ. Während früher die Schließungen durch Neueröffnungen zumindest ausgeglichen oder meist übertroffen wurden, sind die Neuanmeldungen jetzt kaum nennenswert, heißt es. Zwanzig Prozent der Betriebe, die dieses Jahr schlossen, wurden erst zwischen 1981 und 1983 gegründet. Zu Jahresbeginn gab es in Polen noch insgesamt 315 000 private Handwerksbetriebe.

Als Gründe für die Schließungen *nennt das Blatt die hohen Umsatz-* und Einkommenssteuern, die miserable Material- und Rohstoffversorgung der Betriebe, die abnehmende Kaufkraft des Zlotys, die Preissteigerungen und die damit verbundene zunehmende Zurückhaltung der Kunden. Obwohl die Betriebe bis zu drei Jahren nach ihrer Gründung Steuerermäßigungen erhalten, sind sie dennoch nicht in der Lage, danach zu überleben, heißt es weiter.

Nigeria überprüft Handelsabkommen

AFP, Lagos

Die Militärregierung Nigerias hat zwei Sonderausschüsse geschaffen, die die Auswirkungen eines möglichen neuen Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Verpflichtungen des Landes im Kompensationshandel prüfen sollen. Dies wurde aus offizieller Quelle in Lagos bekannt. Präsident General Ibrahim Babangida hatte Ende August kritisiert, daß die Kompensationshandelsabkommen von gegenwärtig rund 2,2 Mrd. Dollar Nigeria verpflichten, ausländische Erzeugnisse zu einem zu hohen Preis zu erwerben. Die wichtigsten Partner Nigerias im Kompensationshandel sind Italien (Baumaschinen), Brasilien (Autoeinzelteile) und Frankreich und Österreich (Ausrüstungsgüter). Diese Lieferungen erfolgen im Austausch gegen Erdöl.

General Babangida hatte andererseits erklärt, er wolle Nigeria bei den seit zwei Jahren anhaltenden Verhandlungen mit dem IWF aus der Sackgasse führen. Die Militärregierung muß gegenwärtig 44 Prozent der Exporteinnahmen für den Schuldendienst einsetzen. Die wichtigsten Gläubiger lehnen weitere Kredite ab, solange Nigeria keine Einigung mit dem IWF erzielt hat.

Südafrika beschließt Importabgabe

rtr, Johannesburg

Mit einem von Zinssenkungen begleiteten Sonderprogramm für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Hilfen für kleine Unternehmen will die südafrikanische Regierung die Wirtschaft beleben. Zur Finanzierung des Programms wird nach den Worten von Finanzminister Barend du Plessis von Montag an auf alle Importe, die nicht in den Gatt-Bereich fallen, eine zehnprozentige Sonderabgabe erhoben. Zudem wird die Regierung 100 Mill. Rand (etwa 110 Mill. DM) in den Sonderfonds beisteuern. Die Notenbank wird von Montag an den Diskontsatz von 16 auf 15 Prozent ermäßigen.

Du Plessis sagte zu Journalisten, von der Sonderabgabe seien etwa 55 Prozent aller Einfuhren betroffen. *Der Rest falle unter die Bestimmungen* des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt). Er rechnete damit, daß hierdurch in den nächsten sechs Monaten 400 Mill. Rand (etwa 440 Mill. DM) aufgebracht würden. Mit Hilfe dieser Gelder sollten neue Arbeitsplätze geschaffen und kleineren Unternehmen Hilfen gewährt werden, sagte du Plessis weiter. Er kündigte zudem eine Lockerung der Beschränkungen bei Autokäufen an.

FRANKREICH / Das Echo auf den Haushaltsentwurf

Unternehmer sind unzufrieden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Finanzkommission der französischen Nationalversammlung hat den Haushaltsplan der Regierung für 1986 sehr kühl aufgenommen. Die Vertreter der Oppositionsparteien erkennen zwar an, daß dies kein „Wahlbudget" ist. Sie halten es aber vor allem wegen der ehrgeizigen Inflationshypothese (3,4 Prozent) für „unglaubwürdig". Die sozialistische Regierungspartei hält demgegenüber das Expansionsziel von real 2,1 Prozent für „zu wenig ehrgeizig".

Daß die Gewerkschaften mit dem Projekt nicht einverstanden sind, ist verständlicher. Denn zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Kaufkraft wird wenig getan. Die Regierung will vielmehr den Lohnanstieg unter den Preisanstieg halten. Sie glaubt allerdings, dank der neuen Einkommenssteuersenkung eine Verbesserung der Realeinkommen um 1,1 Prozent herbeiführen zu können.

Dagegen überrascht die sehr negative Stellungnahme des Patronats. Die Ermäßigung der Körperschaftssteuer erscheint den Unternehmen völlig unzureichend. Vor allem aber beklagen sie, daß die staatlichen Subventionen an die Wirtschaft gekürzt werden sollen. Genau dieser Schritt aber macht in internationalen Finanzkreisen einen sehr guten Eindruck: In den letzten Tagen zog der Franc gegenüber sämtlichen Devisen an.

Selbst die D-Mark wurde am Pariser Devisenmarkt deutlich schwächer notiert (zuletzt 3,0475 Franc bei einer offiziellen Parität von 3,0665 Franc), obwohl sie international wegen der Dollarbaisse attraktiver wurde und die Banque de France am Devisenmarkt D-Mark kaufte sowie ihren Leitzins am Geldmarkt am Donnerstag um ein Viertel auf 9¼ Prozent herabsetzte. Der Zinsabstand zur Bundesrepublik bleibt damit (in Punkten, aber nicht prozentual) immer noch etwas größer als der Inflationsabstand.

Zinspolitisch, insbesondere was die Staatsausgaben für den Schuldendienst betrifft, geht der Haushaltsplan davon aus, daß der Dollarkurs im Durchschnitt des nächsten Jahres 8,50 (zur Zeit 8,70) Franc erreicht, und daß für das Faß Rohöl 25 Dollar zu bezahlen sind. Unter diesen Hypothesen wird ein kleiner Außenhandelsüberschuß von fünf Mrd. Franc erwartet gegenüber einem auf zehn Mrd. Franc geschätzten Defizit für dieses Jahr. Mengenmäßig soll die Einfuhr 1986 um 3,7 Prozent und die Ausfuhr um 3,4 Prozent steigen, was eher pessimistisch erscheint.

Wie weit das Budget zur Ausführung gelangt, hängt allerdings von den nächsten Wahlen ab. Nach dem Wahlsieg der Linken vom Frühjahr 1981 war es zu einem Nachtragshaushalt der „Volksbeglückung" gekommen. Diesmal könnte die Rechte, wenn sie die Wahlen gewinnt, versucht sein, den Unternehmen zu einer stärkeren Expansion zu verhelfen.

KANALTUNNEL / Britische Seehäfen beteiligen sich

Drei Pläne stehen zur Wahl

WILHELM FURLER, London

Die Associated British Ports Holdings, die Betriebsgesellschaft von 19 britischen Häfen, hat für 250 000 Pfund (knapp 975 000 Mark) eine zehnprozentige Beteiligung an der Projektgruppe zum Bau einer festen Kanalverbindung, Euroroute, erworben. Wie ein Sprecher der Associated British Ports gegenüber der WELT betonte, ist die Entscheidung für eine Beteiligung an Euroroute wegen der *sich häufenden Hinweise darauf* getroffen worden, daß sich die Regierung Thatcher für dieses Kanalprojekt entscheiden wird.

Während Euroroute als feste Kanalverbindung eine Kombination aus Brücken und Tunnel vorsieht, deren Baukosten zu gegenwärtigen Preisen bei 4,5 Mrd. Pfund (17,5 Mrd. DM) liegen sollen, ist das Hauptkonkurrenzprojekt mit der Bezeichnung „Channel Tunnel" auf eine Tunnelversion ausschließlich für den Schienenverkehr ausgerichtet mit zwei parallelen Röhren zu Baukosten von entsprechend nur zwei Mrd. Pfund (7,8 Mrd. DM).

Ein drittes Projekt, dem aber kaum Chancen eingeräumt werden, sieht eine Autobahn-Hängebrücke mit 18 jeweils zwei Kilometer langen Segmenten für 2,5 Mrd. Pfund vor. Wie es heißt, favorisiert die Mehrheit im Thatcher-Kabinett das Euroroute-Projekt, sofern für die Finanzierung keine öffentlichen Gelder einzusetzen sind. Noch vor Ende dieses Jahres wird die Regierung entscheiden, ob sie für die feste Kanalverbindung grünes Licht gibt und welchem der Projekte der Vorzug gegeben wird. Für die Brücken-Tunnel-Version spricht insbesondere die Tatsache, daß eine reine Bahnverbindung der Willkür der Eisenbahner-Gewerkschaften auf beiden Seiten ausgesetzt wäre.

RENTENMARKT / Spekulative Positionen bereinigt

Zinsen leicht gestiegen

Die Zinsen sind weiter leicht gestiegen. Begründet wird das zwar immer wieder mit der Unsicherheit über die Zinsentwicklung in den USA; doch gegenüber dieser Erklärung ist Vorsicht angebracht. Was sich jetzt abspielt, ist eine Bereinigung von spekulativen Positionen, die im Sommer in der Hoffnung auf einen von den USA angetriebenen weiteren Zinsrückgang in der Bundesrepublik aufgebaut worden waren. Viele Profis am Rentenmarkt haben „kalte Füße" bekommen, als sich beim Dollar und bei den amerikanischen Zinsen ein „Dreh" ankündigte. Dieses Material drückt jetzt auf den Markt. Hinzu kommt, daß sich für die mit „Ausländerkonditionen" emittierten Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Nordrhein-Westfalens keine Käufer finden. *Inländern sind die gebotenen Renditen zu niedrig*, und Ausländer kaufen fast nur Bundesanleihen. Die Hoffnung auf eine Entspannung zum Kupontermin am 1. Oktober könnte sich als trügerisch erweisen. (cd.)

Emissionen	20.9. 85	13.9. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,90	5,88	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,16	6,14	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,02	5,87	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,35	6,38	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,04	5,96	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,67	5,58	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,70	6,62	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,04	5,96	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,74	6,75	7,20	8,08	8,45

ITALIEN / Bis 2000 soll die Verbindung zwischen Sizilien und dem Festland fertig sein

Ehrgeizige Großbauprojekte geplant

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italien wird noch vor der Jahrtausendwende über eine feste Verbindung zwischen Sizilien und dem süditalienischen Festland verfügen. Regierung und Parlament wollen noch vor Jahresende eine Entscheidung über die Art dieser Verbindung – Tunnel oder Hängebrücke – treffen und das Ausgabengesetz dafür verabschieden. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird die Wahl dabei auf die Brücke fallen, die von den Experten als beste Lösung vorgeschlagen wird.

Nach den Plänen der 1977 gegründeten Meerenge-von-Messina-Gesellschaft, deren Mehrheit bei der Staatsholding Iri liegt und an der unter anderem auch der private Fiat-Konzern beteiligt ist, soll bis spätestens Ende 1987 mit der konkreten Projektphase begonnen werden. Der Baubeginn ist für 1988/89 vorgesehen. Die Baukosten sind auf 4000 bis 5000 Mrd. Lire, die Bauzeit auf sieben bis acht Jahre veranschlagt. General-Unternehmen des Bauvorhabens wird die Iri-Anlagen-Baugesellschaft Italstat, die sich dabei hauptsächlich auf süditalienische Firmen und Lieferanten stützen wird. Für „besonders spezielle Arbeiten" sollen Iri-Präsident Romano Prodi zufolge auch ausländische Unternehmen herangezogen werden.

Die Verbindung der Meerenge von Messina gehört zu den großen öffentlichen Bauprojekten, die die italienischen Staatsbetriebe in den nächsten Jahren in Angriff nehmen wollen. Im Vierjahresplan (1985 bis 1988) der Staatsholding Iri ist vorgesehen, den Anteil der Investitionen für Infrastruktur- und Raumordnungsprojekte von bisher zehn auf 15 Prozent der Gesamtinvestitionen zu bringen.

Außer den Planungsausgaben für das Messina-Projekt gehört dazu vor allem der Bau neuer Autobahntrassen und -anschlußstücke. Insgesamt plant die Iri-Autobahngesellschaft Società Autostrade für den Autobahnbau in der Vierjahresspanne bis 1988 rund 8600 Mrd. Lire ein. Zu den wichtigsten Projekten gehört in diesem Zusammenhang der Bau einer neuen Autobahn auf der Apennin-Trasse, die westlich von Bologna abzweigen und weitgehend parallel zu der bestehenden Autobahn verlaufend östlich von Florenz in die Trasse nach Rom einmünden wird.

Von der insgesamt 160 Kilometer langen neuen Autobahnverbindung sollen die ersten 50 Kilometer auf dem zentralen Apennin-Stück schon fünf Jahre nach Baubeginn, das heißt 1991, dem Verkehr übergeben werden. Der Rest soll in den darauffolgenden fünf Jahren folgen. Zweck des Baus ist die Entlastung der heute völlig überlasteten Apennin-Strecke auf der in den Hauptverkehrszeiten die Fernlaster zermürbende Stauungen hervorrufen.

Voraussichtlich erst Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre werden dagegen die alten Durchstiche des Brenners und des Splügen zur Baureife gelangen. In diesem Fall sieht der Generalverkehrsplan der italienischen Regierung vor, daß für diese beiden Eisenbahntunnel die bisherige „Gesprächsphase" in die Projektphase übergeht. Vor allem von deutscher Seite – insbesondere vom Freistaat Bayern – sind in beiden Fällen schon seit Jahren starke Interessen angemeldet worden.

GETREIDE / Bericht des Internationalen Weizenrates

Weltweit schlechtere Ernte

AFP, London

Der Internationale Weizenrat (IWC) geht jetzt nach eigenen Angaben von einer Welternte von 515 Millionen Tonnen (MT) aus, nachdem 90 Prozent der Ernte eingefahren sind. Dieses Ergebnis liegt sechs Millionen Tonnen unter dem Rekordergebnis des Vorjahres. Noch im Juli war das Londoner Gremium davon ausgegangen, daß es mit 522 MT übertroffen werde.

In dem IWC-Bericht wird hervorgehoben, daß in den letzten zwei Monaten die Prognosen vor allem für Kanada, China und verschiedene Länder Osteuropas zurückgenommen werden mußten. Der erstmals seit sechs Jahren verzeichnete Ernteabfall wird in erster Linie auf ungünstige Witterungsbedingungen zurückgeführt. Andererseits müsse besonders in West- und Osteuropa mit geringerer Qualität des Weizens gerechnet werden, von dem größere Mengen als erwartet nur als Viehfutter verwendet werden können. Eine Ausnahme bilde die Sowjetunion, wo im Gegenteil mit besseren Qualitäten als im Vorjahr gerechnet wird. Die sowjetische Ernte werde mit erwarteten 86 MT um 11 MT über der von 1984 liegen, ohne jedoch den Rekord von 1978 (120 MT) auch nur annähernd zu erreichen. Die „DDR" dürfte ihr im Vorjahr erzieltes bisher bestes Ergebnis (11,3 MT) um etwa 0,4 MT übertreffen. Auch in Polen könne mit höheren Erträgen (6,2 MT) gerechnet werden, während Bulgarien (3,5 MT gegenüber 4,8 MT im Vorjahr) die schlechteste Weizenernte seit mehreren Jahren einbringen werde.

In den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft, wo die Anbauflächen um drei Prozent verringert wurden, sind nach Angben des IWC die durchschnittlichen Hektarerträge mit 52 Doppelzentnern geringer als 1984 (56 DZ). Die Ernte insgesamt werde mit 68 MT rund 11 Prozent unter der des Vorjahres liegen. In der Bundesrepublik wird der Ertrag (9,6 MT) sechs Prozent geringer sein, in Italien (8,9 MT) elf Prozent und in Frankreich (28,8 MT) zwölf Prozent. In Österreich wird ein etwa gleiches Ergebnis wie 1984 erwartet, während in der Schweiz eine 10prozentige Verringerung zu verzeichnen sei.

BEHRENS / Harter Wettbewerb beim Etikettendruck

Weiter im Aufwärtstrend

DOMINIK SCHMIDT, **Alfeld**

Bei der Ernst C. Behrens Verpakkungswerke Großdruckerei GmbH, Alfeld, hält *die günstige Entwicklung* des Vorjahres, wenn auch etwas abgeschwächt, weiter an. Ernst Martin Behrens, geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens, das in diesen Tagen auf das 125jährige Bestehen zurückblickt, rechnet für 1985 mit einem Umsatzzuwachs um rund 4 Prozent. Im Jahre 1984 hatte die Firma, die sich zu den führenden deutschen Herstellern von farbig bedruckten Verpackungen zählt, den Umsatz um fast 20 Prozent auf 53 (45) Mill. DM ausgeweitet. Preiserhöhungen, so Behrens, hätten dabei ebenso wie im laufenden Jahr keine Rolle gespielt.

Die Ertragsentwicklung bezeichnet Behrens als befriedigend, wobei jedoch konkrete Zahlen genannt werden. Das Unternehmen beschäftigt rund 350 Mitarbeiter. In Berlin wurde 1983 ein Zweigbetrieb errichtet, der bereits im laufenden Jahr die Gewinnschwelle erreichen dürfte. Die Investitionen werden in diesem Jahr wieder auf dem hohen Niveau des Vorjahres, als sie 2,5 Mill. DM erreichten, liegen.

Wichtigster Umsatzträger bei Behrens ist mit einem Anteil von rund 50 Prozent der Faltschachtelbereich. Gut 30 Prozent entfallen auf den Tiefdruck; dabei handelt es sich im wesentlichen um die Herstellung von Beuteln für die Nahrungsmittelindusterie. Beklagt wird auch der harte Wettbewerb auf dem Gebiet des Etikettendrucks.

Im Rahmen der Diversifikation betreibt das Unternehmen als Partner von IBM eine branchenfremde Fertigung, in der rund 60 Mitarbeiter Leiterplatten bestücken. Behrens rechnet *schon in naher Zukunft mit dem* weiteren Ausbau dieser Auftragsfertigung; eine Aufstockung der Belegschaft werde damit aber wahrscheinlich nicht verbunden sein.

RADMER BAU / Reduzierung des Wohnungsbaus ohne große Probleme bewältigt

Kapazitäten ausreichend ausgelastet

DANKWARD SEITZ, **München**

Für die Bauwirtschaft gibt es derzeit *nach Ansicht* von Thomas Radmer, Vorstandsvorsitzender der Münchner Wilhelm Radmer Bau AG, kaum Hoffnung, daß die nächsten Jahre leichter werden könnten. Angesichts der hohen Überkapazitäten von 15 bis 20 Prozent sei nicht vor 1987 mit einem Ende des harten Verdrängungswettbewerbs und des Schrumpfungsprozesses in der Branche zu rechnen. Kaum etwas ändern könnten daran auch die von der Bundesregierung beschlossenen Stützungsprogramme.

So düster dieser Blick in die Zukunft auch ist, so zuversichtlich zeigt sich Radmer doch selbst, gut über die Runden kommen zu können. Mit einem Kapazitätsabbau in „bescheidenem" Umfang habe man jetzt die „ideale Betriebsgröße" erreicht. Und zudem könne sein Unternehmen auf die jeweilige Entwicklung in einzelnen Sparten viel flexibler reagieren als die großen Baukonzerne. So sei man schon im vergangenen Jahr in der Lage gewesen, ohne große Probleme den Wohnungsbau zugunsten des Tief- und Ingenieurbaus zurückzunehmen, um hier die momentan besseren Marktchancen zu nutzen.

Für das laufende Jahr muß sich Radmer dennoch auf einen Rückgang der Jahresleistung in der Größenordnung von 5 bis 10 Prozent auf unter 200 Mill. DM einstellen. Einzig und allein ist dies eine Folge des harten Winters, der für das erste Halbjahr eine Einbuße von 15 Prozent brachte. Zufriedenstellend ist dagegen der Auftragsbestand per Ende August von etwa 180 Mill. DM – gegenüber Ende 1984 ein Plus von rund 20 Prozent –, womit die Kapazitäten für die nähere Zukunft ausreichend ausgelastet seien.

Im vergangenen Jahr dagegen konnte die Gesellschaft ihre Jahresleistung noch um 1,5 Prozent auf 207 Mill. DM steigern. Auf den Auslandsbau, der sich fast ausschließlich auf Libyen beschränkt, entfielen davon nach Angaben von Radmer unverändert etwa 25 Mill. DM. Die Niederlassungen und Beteiligungsfirmen erbrachten 60,7 (46,2) Mill. DM, darunter die Betzold Rohrleitungsbau in Nürnberg 7,5 (5,8) Mill. DM und die Emil Mayer GmbH & Co. KG in Ettringen 18,2 (9,8) Mill. DM.

Als „nicht berauschend" bezeichnete Radmer das Betriebsergebnis, doch habe man schwarze Zahlen schreiben können. Unter dem Strich wird denn auch ein etwas verringerter Jahresüberschuß von 3,28 (3,6) Mill. DM ausgewiesen.

Zur Stärkung des Eigenkapitals flossen daraus 1,56 (1,8) Mill. DM in die Rücklagen, die damit nach Entnahme von 3,5 Mill. DM zur Aufstokkung des Grundkapitals auf 12 Mill. DM Mitte 1984 nun 7,45 Mill. DM erreichen. Die Familienaktionäre erhalten diesmal eine Dividende von 13 (15) Prozent.

APPLE / Mit rasantem Wachstum nicht Schritt gehalten

Geniale Gründer resignierten

dpa/VWD, **Cupertino**

Als US-Präsident Ronald Reagan vor einiger Zeit einmal seinen jungen *Landsleuten Berufsberatung erteilte*, empfahl er ihnen legendäre Unternehmer als Beispiel: „Jene zwei College-Studenten, die aus der Garage heraus eine der großen Computer-Firmen Amerikas gegründet haben". Das Beispiel ist inzwischen veraltet. Die beiden Jungunternehmer, auf die Reagan anspielte, die Gründer der Firma Apple in Cupertino/Kalifornien, haben ihrem Unternehmen mehr oder weniger resigniert den Rücken gekehrt. Nach Stephen Wozniak, der Apple bereits im Februar verlassen und eine neue Elektronik-Firma aufgemacht hat, ging in dieser Woche auch Steven Paul Jobs, der zuletzt als Vorsitzender des Aufsichtsrates fungierte.

Die Abdankung des erst 30jährigen markiert das Ende einer Epoche im Computer-Zeitalter. Wie kaum sonst jemand standen Wozniak und Jobs, die „Computer-Genies", für den Aufstieg der elektronischen Industrie, für die wirtschaftlichen Möglichkeiten der USA und für das Phänomen Silicon Valley. Ihre Geschichte liest sich wie ein Märchen: Die beiden Schulfreunde beginnen 1976 in der Garage von Jobs die ersten Apple-I-Computer zusammenzubasteln. Schon ein Jahr später wird der Apple-II eingeführt, und Jobs legt sich seinen ersten Anzug zu. 1980 geht Apple an die Börse und macht innerhalb weniger Wochen eine Schar mutiger Anleger zu Millionären.

Streit der Partner

Mit technisch ausgefeilten Produkten, Gespür für die Entwicklung des Marktes und nicht zuletzt mit einer pfiffigen Werbung greifen Jobs und Wozniak respektlos den Branchenriesen IBM an, ohne ihn freilich erreichen zu können. 1984 klettert der Umsatz auf mehr als 1,5 Mrd. Dollar (rund 4,23 Mrd. DM).

Während Wozniak die technische Entwicklung bestimmt, gilt Jobs als der mitreißende, oft aber auch arrogante Visionär, der die Apple-Strategie entwirft. Der Jungunternehmer vertieft sich nebenbei in die Poesie Rimbauds und lebt vegetarisch. Zu Verhandlungen mit Bankern über Kredite erscheint er schon einmal in schmutzigen Jeans.

Doch auf der Höhe des Erfolges beginnt der Abstieg. Es gibt anhaltenden Krach mit dem Partner Wozniak, der die Firma schließlich verläßt. Im Frühjahr 1985 muß Apple erstmals kurzarbeiten, die Produktion des Lisa-Computers wird nach nur 60 000 verkauften Exemplaren eingestellt. An der Spitze entbrennt ein Machtkampf zwischen dem noch verbliebenen Apple-Gründer und dem Chefmanager John Sculley, den Jobs selbst vor zwei Jahren von Pepsi-Cola abgeworben hatte. Im Mai wird Jobs praktisch entmachtet.

„Unfähig, sich anzupassen"

Apple, die Firma, die in einer Garage begann, ist für den Visionär offensichtlich zu groß geworden. Jobs Abgang sei beispielhaft für eine nicht ungewöhnliche Situation in der Karriere dieser Art von Unternehmer, schrieb die New York Times: „Die Unfähigkeit, sich anzupassen, wenn das Unternehmen wächst und die Natur des Geschäfts sich verändert." Diese Vision, der Elan und das Ego, die Jobs befähigt hätten, Apple zu einer führenden Firma für Personal Computer zu machen, hätten ihn in einem Maß daran gehindert, dem Rat anderer zu folgen, daß die Firma heute in einem schlimmeren finanziellen Zustand sei als je zuvor.

Während die Börse mit einem Kursanstieg auf das Ausscheiden Jobs reagierte, machen sich Experten Gedanken darüber, wie die Firma, die heute rund 4500 Beschäftigte hat, den Verlust ihres Visionärs verkraften wird. Jobs selbst denkt nicht daran, sich auf seinen Millionen auszuruhen. Er will eine neue Computerfirma gründen, deren Produkte auf den Markt zielen, den auch Apple hofiert: die Hochschulen und Universitäten.

Seine Chancen für einen Neuanfang werden allerdings schlecht beurteilt. Im Computer-Geschäft hat sich Ernüchterung breit gemacht, das Silicon Valley ist schon lange keine Goldgrube mehr, und außerdem, schrieb die New York Times, „ist es nur wenigen Unternehmern je gelungen, zweimal auf Gold zu stoßen".

HAUX / Stromerzeugendes Textilunternehmen

Zum Jubiläum zuversichtlich

LOLA SCHAUFUSS, **Bonn**

Die Haux-Gruppe, nach eigenen Angaben eines der führenden Unternehmen der Textilindustrie auf der schwäbischen Alb sowie eines der größten privaten Stromversorgungsunternehmen Baden-Württembergs (Jahresproduktion: 100 Mill. KWh), feiert sein 100 jähriges Bestehen. Anläßlich dieses Jubiläums beurteilt das Familienunternehmen seine Entwicklung als äußerst positiv und geht mit Vertrauen in sein zweites Jahrhundert.

Haux erreicht mit rund 270 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von über 50 Mill. DM. Davon seien 93 Prozent auf dem Inlandsmarkt erworben worden, heißt es weiter. Das Textilunternehmen allein habe, bei einer Produktion von über 600 t pro Jahr, den Umsatz von 30 Mill. DM in diesem Jahr weit überschritten.

Mit Trikotwaren begann Friedrich Haux, als er 1885 die Firma gründete. Deren Produktion beschränkte sich auf Herrenunterwäsche aus wollgemischten Garnen. Inzwischen hat sich das Warenangebot dem Markt anpassend stark diversifiziert.

Heute bietet die Gruppe unter den Marken „Haux" und „Jacques X" ein Sortiment von Wäsche, Homewear- und Freizeitkleidung für die ganze Familie. Zwar sei das klassische „Chaineuse-Futter" noch immer aktuell, doch habe sich auch in den Materialien die Auswahl erweitert, betont das Unternehmen.

Das Stammhaus Ebingen und die drei Filialen produzieren jetzt neben Baumwolle und Wolle auch neue Fasern wie Acetat, Odenyl und Mischungen aus Synthetikgarnen mit Naturfasern. So wurde zum Beispiel in Zusammenarbeit mit einem Sporthersteller eine neue Garnkombination für das offizielle T-Shirt der Olympischen Spiele 1980 in Moskau hergestellt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

China-Auftrag für MAN

Augsburg (dpa) – Drei Kraftstationen mit zehn Großdieselmotoren und einer Gesamtleistung von rund 90 000 Kilowatt wird die MAN-B&W Diesel GmbH, Augsburg, in die Volksrepublik China liefern. Der Gesamtauftragswert beträgt knapp 50 Mill. DM. Nach einer Firmenmitteilung wurden jetzt die entsprechenden Verträge unterzeichnet. Mit dem Bau der Elektroanlagen will die Volksrepublik China den durch die zunehmende Industrialisierung bedingten gestiegenen Bedarf an elektrischer Energie decken. Die gesamte Elektronik wie Generatoren, Schaltanlagen und Trafos wird von der Siemens AG geliefert.

Kapitalschnitt angekündigt

Gerstetten (VWD) – Zur Deckung von Verlusten will die Walther Electronic AG, Gerstetten, einen Kapitalschnitt vornehmen und das Grundkapital anschließend wieder erhöhen. Wie aus der Einladung zu einer außerordentlichen Hauptversammlung am 4. November hervorgeht, soll das Grundkapital von 11,25 Mill. DM durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis 450 zu eins auf 25 000 DM herabgesetzt werden. Gegen Bareinlagen soll anschließend das herabgesetzte Kapital wieder auf 3,025 Mill. DM erhöht werden. Dies soll durch die Ausgabe von 60 000 neuen Inhaber-Aktien im Nennwert von je 50 DM zu pari erfolgen. Dabei soll das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden. Zur Übernahme der Aktien soll die Müller Industrie Management GmbH, Füssen, zugelassen werden. Walther hatte Anzeige über einen Verlust in Höhe der Hälfte des Grundkapitals gemacht.

Asbest-Institut schließt

Neuss (dpa) – Das Institut für angewandte Faserstaub-Forschung in Neuss – ein „Selbstkontroll-Organ der Asbest-Forschung" – schließt zum Jahresende nach elfjähriger Tätigkeit seine Pforten. Dies teilte eine Sprecherin des Instituts mit. Als Grund für die Aufgabe nannte sie, „ein finanzstarkes Unternehmen" habe seine Mitgliedschaft gekündigt.

Tochter in Düsseldorf

Düsseldorf (sas.) – Die Unternehmensgruppe Kode Internationale PLG, Swindon (Großbritannien), Anbieter von Informations- und Kommunikationstechnologie, ist jetzt auch in der Bundesrepublik duch die Gründung der 100prozentigen Tochter Kode Internationale GmbH, Düsseldorf, vertreten. Das Unternehmen, das den Absatz auf dem europäischen Kontinent erschließen soll, startet zunächst mit Vermarktungs- und Wartungsleistungen, wird aber sukzessive das gesamte Angebot der Mutter bis hin zur Produktion von Mikro-Computern übernehmen. Die Muttergesellschaft erzielte 1984 mit 860 Mitarbeitern eine Umsatzsteigerung um 65 Prozent auf 120 Mill. DM.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

A. Grass/H. Wehmeyer: Lohnsteuer leicht gemacht. Rudolf Haufe Verlag, Freiburg 1985, 247 S., 24,80 Mark.

Der Lohnsteuerjahresausgleich ist keineswegs der einzige Anlaß, diese bewährte Broschüre, die versucht, das Steuerdickicht aufzuhellen, zur Hand zu nehmen. Vielmehr findet der Leser auf nahezu alle Fragen klare und verständliche Antworten. Besonders hilfreich sind die vielen Rechenbeispiele zur unmittelbaren Ermittlung der Steuerersparnis. Darüber hinaus gibt es praktische Arbeitshilfen zur Berechnung der Sonderausgaben, der Vorsorgepauschale und des zu versteuernden Einkommens.

Horst-Günter Holl: Controlling, 2 Bände, Weka-Verlag, Kissing 1985, 2980 S., 198 Mark.

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in der Bundesrepublik weiter gestiegen. Um zu überleben, müssen in Zukunft besonders kleine und mittlere Unternehmen verstärkt ein Steuerungsinstrumentarium einsetzen, das durch die ständige Auswertung der entscheidungsrelevanten Zahlen aus allen Unternehmensbereichen die permanente Kontrolle der Kosten und den optimalen Einsatz der Mittel gewährleistet. Hier setzt Controlling als unternehmerische Aufgabe ein. Das Loseblattwerk verschafft einen problemlosen Einstieg in die verschiedenen Controllingaufgaben, und es ermöglicht gesicherte Aussagen über die zu erwartende Entwicklung des Betriebes.

M. Domsch/E. Jochum (Hrsg.): Personal-Management in der industriellen Forschung und Entwicklung, C. Heymanns Verlag, Köln 1985, 364 S., 80 Mark.

Den wirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte wird man wirksam nur begegnen können, wenn in der Industrieforschung bedarfsgerechte und international wettbewerbsfähige Produkte und Verfahren entwickelt werden. Die Industrieforscher sehen sich daher vor hohe Erwartungen gestellt. Ihnen fällt bei der langfristigen Absicherung der Unternehmen eine entscheidende Rolle zu. Das Buch vermittelt eine umfassende und in vieler Hinsicht aufschlußreiche Dokumentation zur Personalorganisation, Personalplanung, Personalauswahl und Personalentwicklung in der Industrieforschung.

F. M. Fisher/J. J. McGowan/J. Greenwood: Der Anti-Trust-Fall US gegen IBM, J. C. B. Mohr Verlag, Tübingen 1985, 376 S., 98 Mark.

Das Buch behandelt das sich über 13 Jahre erstreckende Antitrustverfahren der Vereinigten Staaten gegen IBM, in dem sich der Marktführer des Datenverarbeitungsmarktes gegen den Vorwurf wettbewerbswidrigen Verhaltens zu verteidigen hatte. Angesichts *der großen Bedeutung* dieses Marktes, seiner technischen Dynamik und der fortlaufenden Gestaltsveränderung durch das Auftreten neuer und das Ausscheiden alter Akteure ergab sich vielfach die Notwendigkeit, die bisherigen wettbewerbspolitischen und kartellrechtlichen Vorstellungen einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen.

Jörg Tietze: Die Informationsrechte des GmbH-Gesellschafters, Otto Schmidt Verlag, Köln 1985, 189 S., 48 Mark.

Im Rahmen der GmbH-Novelle wurde das bereits durch die Rechtsprechung entwickelte Informationsrecht der Gesellschafter einer GmbH Gesetz. Der Verfasser legt eine umfassende Kommentierung der Informationsrechte vor, wobei auf rein rechtspolitische Kritik verzichtet wird, wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Gesellschaften mit der gesetzlichen Regelung leben müssen. Es werden Vorschläge und Lösungsansätze aufgezeigt, die den Bedürfnissen der Praxis gerecht werden, wobei der Autor zunächst darstellt, wie weit der Informationsanspruch tatsächlich reicht und dann die gesetzlichen Verweigerungsgründe untersucht.

Rolf Hofmann: Unternehmensüberwachung, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1985, 262 S., 76 Mark.

Viele Unternehmen sind wegen ihrer Größe und Struktur so kompliziert geworden, daß das Management seine Überwachungsfunktion nicht mehr allein wahrnehmen kann. Zu ihrer Entlastung delegiert die Unter*nehmensführung die Überwachungs-* und Kontrollfunktion auf die Interne Revision. Die vorliegende Darstellung gibt Auskunft über Aufbau und Aufgaben dieser Abteilung.

Wochenschlußkurse

New York

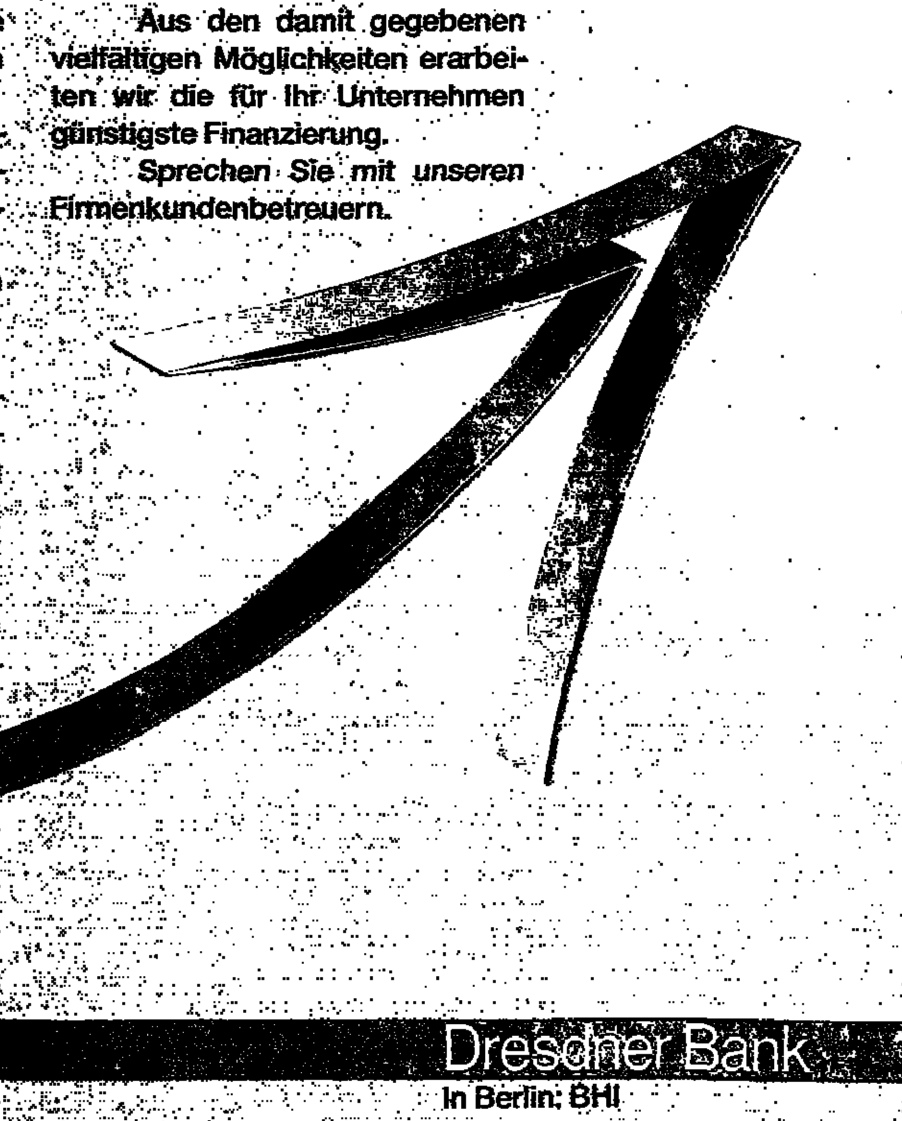
	20.9.	13.9.
Adv. Micro Dev.	27	26,25
Aetna Life	45,25	42,75
Alcan Aluminium	25,375	25,875
Alcoa	33,25	33,75
Allied Chemical	–	42,375
AMR Corp.	41,125	41,875
Amax	14,125	14,5
Am. Cyanamid	50,125	51,125
Am. Express	41,875	42
Am. Motors	3	3,125
Am. Tel. & Telegr.	21,25	21
Amoco Corp.	63,875	63,375
Asarco	20,625	22,25
Atlantic Richfield	59	59,125
Avon Products	23,375	23,25
Bally	17,5	17,25
Bk. of America	13,75	14
Bethlehem Steel	16,25	17
Black & Decker	17,5	17,875
Boeing	44,875	46,5
Brunswick	34,375	34,375
Burroughs	65,125	63
Caterpillar	34,125	33,5
Celanese	118,5	113,875
Chase Manhattan	51,625	51,875
Chrysler	35,625	37
Citicorp	41,125	42,125
City Investing	–	7,375
Clorox	39,625	40,75
Coca-Cola	67,75	68,375
Colgate	26	26,125
Commodore	9,375	9
Comwlth. Edison	29,5	29,125
Comm. Satellite	32,5	32,5
Control Data	18,5	20,375
CPC Int.	43,75	44
Curtiss Wright	36,25	36,25
Deere	26,25	25,75
Delta Airlines	42,75	43,25
Digital Equipm.	108,875	105,375
Dow Chemical	35	34,75
Du Pont	56,5	56,125
Eastern Gas-Fuel	22,375	22,625
Eastman Kodak	45,125	43,25
Exxon	49,75	51,25
Firestone	18,75	19,125
Fluor	14,75	15,125
Ford	43	44,25
Foster Wheeler	11,5	11,75
Fruehauf	23,625	23,625
GAF Corp.	36,5	34,625
General Dynamics	71	73,375
General Electric	58,875	60
General Foods	82,75	85,375
General Motors	67,5	68,25
Gen. T. & E.	39,25	39,25
Goodrich	31	31,25
Goodyeartire	27,875	27,25
Grace	48,5	42,25
Halliburton	25,875	27
Heinz	53,875	54,75
Hewlett Packard	32,375	32,875
Homestake	24,875	24,5
Honeywell	64	62,25
IBM	126,75	127,5
Int. Tel. & Tel.	32,875	32,75
Int. Harvester	7,625	8,25
Int. Paper	47,75	48,125
Int. North. Inc.	40,625	42,25
Jim Walter	34	34,75
Litton Industries	78	78,75
Lockheed Corp.	48,625	49,75
Loew's Corp.	44,75	45,25
Lone Star	26,125	26
Louisiana Land	32	33,125
LTV Corp.	6,75	7,375
Mc Dermott	22	23,25
Mc Donnel Doug.	73,125	73,5
Merck & Co.	108	111,25
Merrill Lynch	29	28,625
Mesa Petroleum	16,625	16,875
MGM (Film)	24,75	26,625
Minnesota M.	74,75	75,875
Mobil Oil	28,375	29
Monsanto	45,5	47,75
Morgan J.P.	44,875	46,625
Nat. Semiconductor	12,5	11,875
National Steel	26	26,375
NCR	31,625	32
Newmont	41,875	45,125
PanAm World	7,25	7,75
Pfizer	45,25	45,625
Phibro	37	34,125
Philip Morris	76,25	75,625
Phillips Petroleum	11,625	11,625
Pittston	13,875	12,875
Polaroid	31,25	38,625
Prime Computer	17,875	17,625
Procter & Gamble	57,125	54,5
RCA	42,5	43
Revlon	40,625	43,25
Reynolds Ind.	25,75	25,75
Rockwell Int.	37	38,5
Rorer Group	41,25	39,25
Schlumberger	33,75	34
Sears Roebuck	33,75	34,5
Singer	34,125	33,375
Sperry Corp.	48,75	49
Stand. Oil Calif.	34,75	34,625
Storage Techn.	2	1,875
Tandy	33,875	33,75
Teledyne	238,625	238,75
Telex Corp.	44,625	43
Tesoro	9,125	9,5
Texaco	35,25	35,375
Texas Instrum.	94,5	95,625
Tosco	3,5	3,75
Trans World Corp.	37,75	39
Transamerica	27,75	28,5
Travellers	40,75	40,5
UAL	49,5	52,125
Ucal Corp.	14,625	15,125
Union Carbide	52,75	53
Union Oil of Calif.	27,625	28,875
US Gypsum	38,125	39
US Steel	30,25	29,875
United Technologies	37,375	38,5
Walt Disney	85,5	85,875
Warner Comm.	31,25	30,25
Westinghouse El.	38	38,375
Weyerhaeuser	26,5	27
Whittaker	22,5	22,875
Woolworth	48	47,5
Xerox	51,25	50,5
Zenith Radio	17	17,875
Dow Jones Index	1297,94	1307,68
Stand. & Poors	182,05	182,91

Toronto

	20.9.	13.9.
Abitibi-Price	20,5	20,625
Alcan Alu.	35	35,375
Bk. of Montreal	29,875	30,375
Bk. of Nova Scotia	13,25	13,125
Bell Cda Enterprises	41,5	42,25
Bluesky Oil	3,6	3,75
Bow Valley Ind.	14,625	15,625
Brenda Mines	8,875	–
Brunswick M & Sm.	13,375	13,75
Cdn. Imperial Bk.	36,625	37,375
Cdn. Pacif. Enterpr.	27,5	27,5
Cdn. Pacific Ltd.	17	17
Cominco	12,625	12,625
Coseka Res.	2,9	3
Denison Mines	11,875	11,75
Dome Petroleum	2,8	2,84
Dofasco	18,625	18,625
Falconbridge Ltd.	17,875	18,75
Great Lakes Forest	18,75	17,5
Gulf Canada	19,875	19,875
Gulfstream Res.	1,15	1,3
Hiram Walker Res.	31,5	31,625
Hudson Bay Mng. Sp.	6,25	6,375
Husky Oil	9,5	9,625
Imperial Oil -A-	49,875	49,625
Inco	18,125	18
Inter City Gas Ltd.	15,5	16,125
Interprov. Pipeline	43,125	42,25
Kerr Addison	–	–
Lac Minerals	33,875	33,875
Massey Ferguson	3,15	3,25
Moore Corp.	24,875	25,625
Noranda Mines	15,25	15,375
Norcen Energy Res.	16	16,75
Northgate Expl.	4,65	4,9
Northern Telecom.	45,875	48,375
Nova An Alberta 'A'	6,125	6,125
Nu West Group	0,41	0,48
Oakwood Petrol	6,875	4,75
Placer Development	23	24,25
Provigo Inc.	25,5	25,75
Ranger Oil	4,65	4,85
Revenue Properties	2,24	2,37
Rio Algom	22,875	22,25
Royal Bk. of Can.	30,125	31,75
Seagram	53,75	52,125
Shell Canada	24	25,125
Sherritt Gordon	7,75	7,875
Stelco -A-	20,875	21
TransCdn. PipeLines	25,375	25,75
Westcoast Transm.	15,875	16,5
Index TSE 300	2672,18	2710,20

Tokio

	20.9.	13.9.
Alps.	1310	1300
Bank of Tokyo	780	780
Banyu Pharma	714	750
Bridgestone Tire	551	548
Canon	1020	1010
Daikin Kogyo	638	635
Daiwa House	885	858
Daiwa Sec.	885	900
Eisai	1250	1270
Fuji Bank	1580	1590
Fuji Photo	1950	1960
Fuji Radio	2440	2570
Hitachi	665	672
Honda	1320	1350
Ikegai Iron	357	345
Isetan	719	725
Ito Yokado	2700	2720
Japan Air	5070	5490
Japan Met.	338	339
Japan Syn. Rubber	369	361
Kajima	522	495
Kansai Sec. P.	1870	1790
Kao Soap	870	850
Kawasaki H.	238	217
Kawasaki S	151	146
Kirin Brewery	708	690
Komatsu	560	569
Kubota Iron	369	380
Kyocera	3530	3600
Makita El.	1030	1000
Marui	1500	1470
Matsushita El. Ind.	1220	1250
Matsushita El. Wks.	905	871
Mitsubishi CP	650	620
Mitsubishi El.	342	345
Mitsubishi Estate	997	974
Mitsubishi Heavy I.	444	419
Mitsui Co. Ltd	413	414
Mitsukoshi	680	675
Mitsumi El.	681	720
Nichicon	–	680
Nihon Cement	330	315
Nikko Sec.	780	787
Nippon El.	955	986
Nippon Kokan	146	141
Nippon Oil	789	755
Nippon St.	171	167
Nippon Yusen	332	380
Nissan Motor	606	617
Nomura Sec.	1150	1180
Olympus	1090	1080
Penta-Ocean	416	397
Pioneer	1670	1800
Renown	749	755
Ricoh	870	878
Sankyo	1100	1070
Seiyu Stores	706	725
Sekisui Pref.	925	915
Sharp	786	815
Shiseido	1130	1110
Sony	3580	3720
Sumitomo Bank	1710	1720
Taisei Corp.	380	337
Tokio Marine	565	558
Takeda Chem.	880	865
Teijin	501	479
Tokyo Elec.	1910	1078
Tokyo Gas	245	234
Tokio Marine	878	885
Tokyo El. Power	2200	2080
Toray Ind.	547	535
Toshiba Elec.	334	347
Toto	876	876
Toyo Kogyo	428	412
Toyota Motor	1160	1150
Yamaichi	765	790
Yamanouchi	3190	3050
Yamaha	685	651
Yamazaki	804	820
Index	1012,90	1009,30



ERGEBNISSE

Dortmund – Frankfurt	4:2	(0:1)
Leverkusen – Bochum	4:2	(3:0)
München – Nürnberg	2:1	(1:1)
Bremen – Mannheim	2:2	(1:1)
K'lautern – Uerdingen	5:1	(2:0)
Hannover – Saarbrücken	2:0	(1:0)
Schalke – Hamburg	1:0	(1:0)
Stuttgart – Köln	5:0	(2:0)
M'gladbach – Düsseldorf	5:1	(1:0)

DIE SPIELE

Dortmund – Frankfurt 4:2 (0:1)

Dortmund: Immel – Zorc – Hupe, Kutowski – Storck, Bittcher, Loose, Raducanu, Anderbrügge (46. Hrubesch) – Wegmann, Schüler. – **Frankfurt:** Gundelach (19. Pahl) – Theiss – Körbel, Conrad – Sievers, Berthold, Trieb, Svensson, Falkenmayer (47. Krämer) – Sarocca, Bühler. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 0:1 Berthold (28.), 1:1 Falkenmayer (47., Eigentor), 2:1 Hrubesch (63.), 3:1 Wegmann (88.), 4:1 Wegmann (89.), 4:2 Bühler (89.). – **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karten:** Zorc (2), Kutowski (3). – **Rote Karte:** Trieb.

Leverkusen – Bochum 4:2 (3:0)

Leverkusen: Vollborn – Hörster – Zechel, Reinhardt (63. Geschlecht) – Schreier, Röber, Götz, Patzke, Giske (77. Bast) – Waas, Tscha. – **Bochum:** Kleff – Tenhagen – Oswald, Kree (39. Wieler/55. Leifeld) – Schulz, Woelk, Lameck, Benatelli, Kempe – Wegmann, Kuntz. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tore:** 1:0 Tscha (7.), 2:0 Götz (25.), 3:0 Patzke (45.), 4:0 Zechel (60.), 4:1 Kuntz (68.), 4:2 Leifeld (74.). – **Zuschauer:** 8700.

Bremen – Mannheim 2:2 (1:1)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Ruländer, Kutzop (68. Wolter) – Schaaf, Sidka, Votava, Okudera, Meier – Ordenewitz, Völler. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Kohler, Tsionanis, Dickgießer, Schlindwein, Scholz, Schön – Gaudino (62. Walter), Bührer, Remark (79. Török). – **Schiedsrichter:** Broska (Gelsenkirchen). – **Tore:** 0:1 Remark (2.), 1:1 Kutzop (23., Foulelfmeter), 2:1 Meier (72.), 2:2 Walter (88.). – **Zuschauer:** 19 300. – **Gelbe Karten:** Völler (2), Dickgießer, Zimmermann (2), Tsionanis (3).

Stuttgart – Köln 5:0 (2:0)

Stuttgart: Roleder – Zietsch – Schäfer, K.-H. Förster – Müller, Allgöwer, Buchwald, Sigurvinsson (82. Fritz), Nushöhr – Klinsmann, Wolff (73. Reichert). – **Köln:** Schumacher – van de Korput – Hönerbach, Steiner – Geils, Hartwig (61. Häßler), Pisanti, Gellenkirchen, Engels – Littbarski, Dickel (46. Görgens). – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 Sigurvinsson (3.), 2:0 Klinsmann (30.), 3:0 Klinsmann (61.), 4:0 Klinsmann (79.), 5:0 Allgöwer (86.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** van de Korput (3), Geils (2).

M'gladbach – Düsseldorf 5:1 (1:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Borowka, Drehsen – Winkhold, Herlovsen (75. Herbst), Rahn, Hochstätter, Frontzeck (80. Pinkall) – Mill, Lienen. – **Düsseldorf:** Greiner – Dusend – Bunte, Grabotin – Bockenfeld, Kaiser, Keim, Thomas (70. Demandt), Weikl – Thiele, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tore:** 1:0 Bruns (43.), 2:0 Mill (47.), 3:0 Hochstätter (62.), 4:0 Rahn (64., Foulelfmeter), 5:0 Mill (76.), 5:1 Demandt (87.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Borowka (3), Kaiser (3), Dusend (2), Bunte.

München – Nürnberg 2:1 (1:1)

München: Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler – Winklhofer (75. Beierlorzer), Dremmler (35. Hartmann), Lerby, Rummenigge, Willmer – Hoeneß, Wohlfarth. – **Nürnberg:** Grüner – Güttler – T. Brunner, Grahammer – Reuter, Geyer, Dorfner, Bittorf, Wagner – Stenzel (68. H. Brunner), Eckstein. – **Schiedsrichter:** Jupe (Mühltal). – **Tore:** 0:1 Reuter (21.), 1:1 Lerby (24.), 2:1 Rummenigge (55.). – **Zuschauer:** 74 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Lerby (3), Pfaff, Grahammer (4).

Hannover – Saarbrücken 2:0 (1:0)

Hannover: Raps – Hellberg – Kuhlmey, Vjetrovic – Giesel, Thomas (46. Fleer), Heidenreich, Baier, Ronge – Reich (73. Schaub), Gue. – **Saarbrücken:** Kellner – Boysen – Kruszinsky (46. Foda), W. Müller (67. Mohr) – Szesni, Muntubila, Jambo, Blättel, Jusufi – Hönnscheidt, D. Müller. – **Schiedsrichter:** Weber (Essen). – **Tore:** 1:0 Gue (19.), 2:0 Schaub (78., Handelfmeter). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Gue, Jusufi (2), W. Müller (2), Blättel, Hönnscheidt. – **Rote Karte:** Vjetrovic.

Schalke – Hamburg 1:0 (1:0)

Schalke: Junghans – Dietz – Schipper, Roth – Dierßen, Kleppinger, Hartmann, Opitz, Thon – Regenbogen, Täuber (89. Kruse). – **Hamburg:** Stein – Plessers – Kaltz, Jakobs – Wehmeyer (63. McGhee), Lux, Rolff, Kroth, Magath – Gründel, von Heesen. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tor:** 1:0 Täuber (23.). – **Zuschauer:** 19 460. – **Gelbe Karten:** Schipper (2), Jakobs (2).

K'lautern – Uerdingen 5:1 (2:0)

K'lautern: Ehrmann – Dusek – Wolf, Majewski – Moser (78. Melzer), Geye, Eilenfeldt, Schupp (78. Hoos), Brehme – Trunk, Allofs. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Wöhrlin, Klinger – Bommer, W. Funkel, F. Funkel, Brinkmann, Buttgereit (24. Raschid) – Edvaldsson, Gudmundsson. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 1:0 Trunk (9.), 2:0 Allofs (41.), 3:0 Trunk (49.), 3:1 Bommer (70., Foulelfmeter), 4:1 Allofs (71.), 5:1 Allofs (89.). – **Zuschauer:** 13 278. – **Gelbe Karten:** Brehme (3), Wolf (2), Herget (3), Brinkmann (2), Raschid, Bommer.

VORSCHAU

Freitag, 27. 9., 20 Uhr:

Uerdingen – Saarbrücken	(-:-)

Samstag, 28. 9., 15.30 Uhr:

Düsseldorf – München	(0:2)
Nürnberg – Stuttgart	(-:-)
Köln – Schalke	(4:1)
Hamburg – Hannover	(-:-)
K'lautern – Dortmund	(5:0)
Frankfurt – Leverkusen	(2:0)
Bochum – Bremen	(1:3)
Mannheim – M'gladbach	(1:3)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Beckenbauer vor dem Schweden-Spiel: „Wir tun viel für die Abwehr"

ULFERT SCHRÖDER, **München**

Am Samstag abend zog er, zünftiger Münchner durch und durch, hinaus zum Oktoberfest. Am Sonntag morgen dann, nach bayerischen Schmankerln, ein paar Maß und viel Rumtata, begann für Franz Beckenbauer der Ernst des Lebens. Flug von München nach Frankfurt. Mittags um eins Training im Stadion. Und dann ab nach Stockholm.

Noch einen Punkt brauchen die Nationalelf und ihr Chef, um den Weg nach Mexiko zur Weltmeisterschaft frei vor sich zu haben. Deshalb flogen sie, entgegen der Gepflogenheit, schon am Sonntag an den Ort des Spiels. „Damit wir genug Zeit zu intensiver Vorbereitung haben", sagte Beckenbauer.

Aber Mexiko? Wird es überhaupt Mexiko sein? Von Stunde zu Stunde wird es wahrscheinlicher, daß die Weltmeisterschaft des nächsten Jahres vielleicht in der Bundesrepublik gespielt wird. „Darüber", sagt Beckenbauer, „denke ich noch nicht nach. Wirklich, es interessiert mich nicht. Heute und morgen, bis Mittwoch abend, sehe ich nur unser Spiel in Stockholm."

Tierisch ernst ist ihm dieses Spiel. Und wie's am Samstag abend und am Sonntag morgen ausschaute, wird er – bis auf Lothar Matthäus natürlich – *die stärkste Mannschaft* auf den Rasen des Rasunda-Stadions bringen. Die Meldungen über den Gesundheitszustand seiner Leute jedenfalls waren zufriedenstellend.

Die anderen hielten sich, was den Gehalt an Erfreulichem betraf, einigermaßen in Grenzen. „Ja, ich hab's gehört und gesehen, auf dem Bildschirm, wie der Rudi Völler dem Schlappi den Hut vom Kopf gerissen hat", sagt Beckenbauer, „natürlich gehört sich das nicht. So was darf halt nicht passieren. Andererseits: Manchmal ist einer so verärgert, daß ihm mal der Kragen platzt."

Die Angelegenheit, sagt Beckenbauer, sei erledigt für ihn, „weil sich Völler ja bei Schlappner später entschuldigt" habe...

Toni Schumachers *Frust* – wieder kein Sieg und gleich fünf Tore im Kasten – hält Beckenbauer für nicht so schwer oder so bedenklich, daß der Kölner Schonung seiner Nerven bedürfe. „Wie mir Horst Köppel berichtet hat", sagt Beckenbauer, „hat Schumacher eine zweistellige Kölner Niederlage verhindert. Er hat also sehr stark gespielt, er hat eigentlich gar keinen Grund, frustriert oder nervös zu sein."

Auf Littbarski freilich wirft die miserable Leistung der Kölner lange Schatten. „Er war nicht gut, habe ich gehört, wir werden sehen, was mit ihm geschieht", sagte Beckenbauer. Hinter Littbarski steht also noch ein ziemliches Fragezeichen. Ansonsten hat der Teamchef seine Mannschaft *fest umrissen auf dem Papier*. Auch der nach dem Moskauer Länderspiel arg gerügte Berthold gehört dazu. „Natürlich auch", sagte Beckenbauer, „weil Matthäus fehlt."

Beckenbauer bietet eine Elf mit stark defensivem Charakter auf. Jakobs und Förster im Abwehrzentrum als Gegner der beiden schwedischen Sturmspitzen, unterstützt von Libero Herget. Dann, gemischt als Mittelfeld und Außenverteidiger, Berthold, Brehme, Briegel, Magath und Littbarski oder der Stuttgarter Allgöwer. Und vorne, als Spitzen, Rudi Völler und Karl-Heinz Rummenigge.

Beckenbauer liebäugelt mit Allgöwer, weil der „in der Offensive stark ist und in der Defensive mehr bringt als Littbarski und weil er außerdem *aus großer Distanz ganz gefährlich* schießen kann".

Von seinen Eindrücken beim Training, sagt Beckenbauer, werde er seine endgültige Entscheidung abhängig machen. Das Arbeitsprogramm ist ganz auf das Spiel abgestimmt. „Wir werden viel für die Abwehr tun", sagt Beckenbauer, „wir werden das Zweikampfverhalten schulen, Standardsituationen üben und taktische Manöverspielchen treiben."

*

Das Aufgebot: Schumacher (Köln), Stein (Hamburg) – Augenthaler (München), Berthold (Frankfurt), Brehme (Kaiserslautern), Buchwald, Förster (beide Stuttgart), Herget (Uerdingen), Jakobs (Hamburg) – Allgöwer (Stuttgart), Briegel (Verona), Magath (Hamburg), Meier (Bremen), Thon (Schalke) – Littbarski (Köln), Mill (Gladbach), Rummenigge (Mailand), Völler (Bremen).

FUSSBALL / Zehn Tore kassierten Fortuna Düsseldorf und der 1. FC Köln diesmal, da stellte Karl-Heinz Thielen fest:

„Diese Mannschaft ist klinisch tot, da helfen keine Strafen"

Von HEINZ STUMM

Düsseldorf am (Tabellen-)Ende, der 1. FC Köln auf dem Wege nach unten – zehn Tore kassierten die rheinischen Nachbarn und provozierten die Frage, ob so etwas Zufall, mentalitätsbedingt oder die logische Folge von Fehlern in der Vergangenheit ist.

Sehr schnell, vor allem bei der „Primadonna vom Rhein", dem 1. FC *Köln also, sind die Experten geneigt,* das Sprichwort vom Hochmut, der vor dem Fall kommt, zu bemühen. Doch als den immer mal wieder möglichen Seitensprung der Geißböcke möchte Kölns Chefdenker und Cheflenker **Karl-Heinz Thielen** (42) das 0:5-Ereignis von Stuttgart nicht abtun, das Trainer **Hannes Löhr** (41) als das schlechteste FC-Spiel bezeichnet, „seitdem ich Trainer bin".

Die WELT sprach mit Thielen.

WELT: Was besorgt Sie am meisten nach dem 0:5 in Stuttgart?

Thielen: Am wenigsten das Ergebnis, am meisten der Zustand der Mannschaft. Er ist schlicht gesagt katastrophal.

WELT: Was oder wen vermissen Sie am meisten?

Thielen: Natürlich hätte ich lieber Klaus Allofs dabeigehabt. Aber das ist nicht der Punkt. Ich habe weder Ordnung im Spiel gesehen, weder Flanken noch einen Doppelpaß. Kurz: Unsere Mannschaft spielt ohne Konzept.

WELT: Was werden Sie jetzt tun beziehungsweise nicht tun?

Thielen: Ich werde nicht herumbrüllen und einzelnen Spielern drohen, daß sie rausfliegen, denn das hat überhaupt keinen Sinn. Ich war nach dem Debakel im Neckarstadion in der Kabine, und da habe ich gesehen: Diese Mannschaft ist klinisch tot, da helfen keine Strafen.

WELT: Was ist also der Ausweg?

Thielen: Gegen Schalke am Samstag sollen alle Spieler und Trainer die *Chance haben, sich zu rehabilitieren.*

WELT: Und wenn alles so bleibt?

Thielen: Dann muß gehandelt werden.

WELT: Konkret, bitte.

Thielen: Vielleicht müssen wir uns dann von einigen Herren trennen.

WELT: Kommen auch Neueinkäufe in Betracht?

Thielen: Ich gebe zu, uns fehlt ein Stürmer. Aber wo ist der Mann, der zu haben ist?

WELT: Sie hätten ja Thomas Allofs kaufen können, der die Mannschaft torgefährlicher und attraktiver gemacht hätte.

Thielen: Der Spieler wollte vielleicht, aber bei den Verhandlungen wurde mir klar, die Lauterer wollen ihn gar nicht verkaufen.

WELT: In Köln, so sagt man, stimmt die Mischung nicht. Wenigen erstklassigen Spielern steht viel Mittelmaß gegenüber. Und auch die Altersstruktur hat einen Bruch.

Thielen: Wie meinen Sie das?

WELT: Sportlich fehlt das gute Mittelmaß und außerdem das Mittelalter.

Thielen: Wenn Sie meinen, wir hätten zuviel junge Spieler, dann verweise ich auf Nürnberg, wo die jungen Hüpfer einen guten, erfrischenden Fußball spielen. Warum kann das nicht auch bei uns der Fall sein? Und eine Zweiklassengesellschaft akzeptiere ich schon gar nicht.

WELT: Aber der Leistungsunterschied *zwischen* wenigen guten und den anderen ist doch nun mal da.

Thielen: Gegen Leistungsträger habe ich auch nichts einzuwenden. Aber wir dürfen die Mannschaft nicht



auseinanderdividieren, und merkwürdig ist es wohl doch, daß wir mit **Michel van de Korput** und **David Pisanti** zwei Ausländer ausgegraben haben, die bislang zu den Besten zählten, und trotzdem spielt die Mannschaft schlechter und ängstlicher als je zuvor.

WELT: Wäre es angesichts der schrumpfenden Zuschauerzahlen jetzt nicht besser, in der Preispolitik dem Publikum entgegenzukommen? Denn in einem vollen Stadion, sagt nicht nur **Harald Schumacher**, spielt sich's nun mal besser als vor leeren Rängen.

Thielen: Das ist für mich ein völlig *nebensächlicher* Aspekt. An den Preisen liegt es doch nicht, wenn die Leute wegbleiben. Bei uns ist einfach das Produkt schlecht, und deshalb kommen die Leute nicht.

*

Die Vokabel Trennung ist auch für Düsseldorfs Präsidenten **Peter Förster** (39) ein lockendes Reizwort. Doch der Fleischwarengrossist zieht mit solchen Drohungen in Düsseldorf gleich Grenzen. „Wir können uns das nicht erlauben, wir haben einfach zuwenig Spieler und sind auf jeden angewiesen", sagt der Präsident. Vielmehr hat man sich in Düsseldorf auf einen Weg begeben, der, wie der Fall **Ralf Dusend** (25) zeigt, das gewünschte Resultat brachte. Förster: „Wir haben dem Spieler gesagt, wenn du keine Leistung bringst, setzen wir dich für vier oder fünf Spiele auf die Bank." Das zog, denn am Portemonnaie sind die Bundesliga-Profis noch immer am ehesten zu packen. Förster zur Gehaltspolitik in Düsseldorf: „Wer bei uns seine hundertprozentige Leistungsprämie haben will, muß 31 Spiele machen. Wer die nicht erreicht, bekommt nur 70 Prozent. Und das merken die Spieler dann." Förster meint, daß in Düsseldorf immer noch Spuren des Schlendrians zu beseitigen seien, der unter dem alten Präsidium eingerissen sei und viele Beobachter zu dem Schluß kommen ließ, in Düsseldorf gehe es zu wie in der Bösewichterserie „Dallas". Deshalb habe es ein umgänglicher und allzu menschlicher Trainer wie **Willibert Kremer** (45), heute beim Zweitliga-Absteiger Eintracht Braunschweig tätig, so schwer gehabt, die Mannschaft in den Griff zu bekommen.

Förster: „Bei uns haben die Spieler den Trainer erst gelobt, und als die Siege nachließen, hinter dem Rücken gegen den Trainer Politik gemacht. Das darf nicht mehr passieren." Nachfolger **Dieter Brei** (39) zeige da mehr Härte. Im übrigen hält Förster das 1:5 auf dem Bökelberg und den Rutsch an das Tabellenende für eine durchaus zu korrigierende Angelegenheit. „Ich bin überzeugt, daß die Mannschaft, die nicht schlecht gespielt hat, am Samstag gegen Bayern sich voll reinhängt."

*

Klaus Schlappner (45), das Traineroriginal des SV Waldhof, gerät auf fremden Plätzen immer mehr zum Ärgernis, auch wenn er sich weiter mit dem Publikum kurzschließt und so seine Possen reißt. Der Verfechter schönen Angriffsfußballs wird langsam zum Tribünenfeger, denn dort, wo Mannheim auftaucht, geht der gute Fußball vor die Hunde. „Ich bin froh, daß wir das Spiel gegen diese Holzhacker hinter uns haben", polterte Bremens sonst so vornehmer Präsident **Franz Böhmert** (54), der im Hauptberuf als Chefarzt tätig ist.

Sogar Nationalmittelstürmer **Rudi Völler** (25), sonst so schnell nicht in Rage zu bringen, gingen das Spiel der „Betonfacharbeiter", wie sich die Waldhof-Buben schon schimpfen lassen müssen, und ihr Trainer Klaus Schlappner auf den Geist. Kurz vor dem Abpfiff des 2:2-Endstandes war der Torjäger noch einmal durch ein Foul von den Beinen geholt worden und anschließend ärgerlich darüber. Deshalb platzte dem Torjäger der Kragen, als „Schlappi" den Vorgang wortreich herunterspielen und den Bremer Auge in Auge so beruhigen wollte. Völler – Millionen sahen es am Bildschirm – zog dem Trainer den kleinkarierten Hut vom kahlen Haupte und warf ihn mit verächtlicher Geste zu Boden.

Später entschuldigte sich der Werder-Star und rannte damit offene Türen bei Schlappi ein: „Ich finde es ganz toll, daß sich Völler nach dem Spiel bei mir in der Kabine entschuldigt hat", schwadronierte der Mann, der auch in Zukunft keine Rücksicht auf die Zuschauer nehmen will. „Wenn ich anders spiele, hauen mir die Gegner die Bude voll. Ich muß so spielen, wie es die Spieler können", versucht er das Potential als Alibi für den ungeliebten Defensiv-Fußball heranzuziehen.

Hoeneß: „Wir sind nur so weit oben, weil die anderen so erbärmlich sind"

ULFERT SCHRÖDER, **München**

Die Sonne lachte, und auf der Wies'n war „o'zapft". München in Oktoberfestlaune. Und wieder ein Tag für die Bayern. 74 000 im Olympiastadion. Noch eine Million für den reichsten aller Klubs. Und noch ein Sieg, 2:1 gegen den 1. FC Nürnberg. Alles wie gehabt: Die Bayern siegen und kassieren.

Doch Manager Uli Hoeneß droht der Konkurrenz: „Das war nix. Wir sind schlecht. Das muß besser werden. Sonst verlier ich die Lust. Nächstes Jahr will ich eine Spitzenmannschaft haben. Und zwar europäische Spitze. Um jeden Preis will ich das. Und wenn wir Millionen investieren müssen."

Das Interview, das Uli Hoeneß gibt, derweil sich die meisten Angestellten des Klubs in Siegeslaune auf die Wies'n verkrümeln, wird der Konkurrenz einen gehörigen Schrecken einjagen. Hoeneß will es außerdem grundsätzlich verstanden wissen.

„Ob wir Berthold kaufen? Als Ersatz für Lothar Matthäus? Ein Gerücht. Gar nichts dran. Gut, Geld haben wir. Aber das hat mit Geld nichts zu tun. Im Januar oder Februar werden wir über Transfers nachdenken. Jetzt noch nicht." Was Uli Hoeneß von sich gibt, sind „Gedanken, noch keine Entschlüsse, aber viele von den Gedanken werden zu Entschlüssen werden". Er entwickelt diese Gedanken Stück für Stück, folgerichtig. „Wir spielen nicht gut. Wir sind schwächer als im vergangenen Jahr. Wir haben Punkte geholt, gut. Aber wer ist denn unsere Konkurrenz? Die sind noch schlechter. Wir stehen doch nur so weit oben, dicht hinter Bremen schon, weil die anderen so erbärmliche Leistungen bringen."

Hoeneß packt die ganze Branche beim Schlips: „Sie sind zufrieden, wenn sie gewonnen haben. Was sie bieten, kümmert sie offenbar nicht. Sie belügen sich selbst. Sie denken nur von Samstag zu Samstag. Von einem Spiel zum anderen. Und diese Augenwischerei, dieser Selbstbetrug, die müssen aufhören."

Einen „klaren Rückschritt" hat er festgestellt. „In der gesamten Bundesliga. Und auch bei uns, beim FC Bayern. So katastrophale Spiele wie in diesem Jahr habe ich noch nie gesehen. Noch nie in der ganzen Geschichte der Bundesliga. Auf zwei gute Spiele kommen zehn Pleiten."

Vor einer Woche, am Freitag, hatte Hoeneß ein Schlüsselerlebnis. „Ich habe das Spiel Fortuna Düsseldorf gegen Werder Bremen gesehen. Erschütternd. Ich war so deprimiert wie noch nie. Für einen kurzen Augenblick war ich entschlossen, alles hinzuwerfen, einfach aufzuhören. Ich habe mir gedacht: Wenn das unser Bundesliga-Fußball ist, habe ich hier nichts mehr zu suchen."

In der Woche seither ist sein Entschluß gereift, eine „Spitzenmannschaft zu kreieren um jeden Preis, und wenn es Millionen kostet".

„Wir müssen aufhören, uns an anderen zu messen", sagt Hoeneß, und mit „wir" meint er in diesem Fall seinen Klub. „Wir müssen uns unseren eigenen Maßstab schaffen. Und daran müssen wir uns ausrichten."

Das Ziel, oder der Maßstab, den er anpeilt, hat er klar vor Augen: „Ich will, daß wir zu den drei, vier stärksten Mannschaften Europas aufschließen, zum FC Everton, zum FC Liverpool, zum FC Barcelona, zu Juventus Turin." Hoeneß weiter: „Nur wir, nur der FC Bayern, ist dazu imstande. Kein anderer Klub. Wir haben die Zuschauerzahlen, wir haben das Stadion, wir haben das Hinterland. Und wir haben die Basis in der Mannschaft."

Noch schränkt er ein: „Wenn wir das Ziel mit eigenen Spielern erreichen, um so besser." Deshalb will er seine Leute „mächtig unter Druck setzen. Mathy und Wohlfarth haben nur noch dieses Jahr Zeit. Dann ist Schluß. Vielleicht werden wir künftig 13 gleich starke Leute haben. Die müssen um die Plätze im Team kämpfen. Und der Rest sind Wasserträger." Nur auf diese Weise, meint Hoeneß, sei die „Hauptsache-gewonnen-Mentalität" auszumerzen. „Millionen, auf jeden Fall kräftig investieren" will Hoeneß, und das bedeutet: Mindestens zehn Millionen, wenn nicht fünfzehn werden die Bayern von Januar an auf den internationalen Transfermarkt werfen. „Wir brauchen eine Nummer neun", sagt Hoeneß, „einen richtigen Mittelstürmer, Rudi Völler oder irgendeinen anderen."

Von der Nationalelf, habe er geglaubt, „komme einiges rüber, strahle ab auf die Bundesliga", sagt Hoeneß, aber das sei wohl ein Trugschluß gewesen. „Warum laufen denn die Leute zu Boris Becker und Bernhard Langer über", fragt Hoeneß und gibt die Antwort: „Weil sie dort Leistungen von Weltklasse erleben. Und was sehen sie bei uns?"

Gesichter aus der Fußball-Bundesliga



Gesichter der Bundesliga: Ob von Heesen, Plessers, Magath, Lux oder Jakobs, keiner der Hamburger Spieler traf in Gelsenkirchen das Tor – Trainer Ernst Happel (links oben) verzweifelte von Minute zu Minute mehr. – Grenzenlose Freude hingegen bei einem Torwart, weil einer seiner Mitspieler eines von fünf Toren gegen Fortuna Düsseldorf erzielt hat:



Ulrich Sude von Borussia Mönchengladbach (rechts oben). – Schieres Entsetzen spiegelt sich angesichts des sich abzeichnenden Debakels hingegen in den Gesichtern der Düsseldorfer wider: Dieter Brei, Präsident Peter Förster, Gerd Zewe, Karl del' Haye (unteres Foto, von rechts nach links).

FOTOS: SIMON/GEBEL



Tabelle und Statistik vom achten Spieltag

1.Bremen	8	5	3	0	23:10	13:3
2.M'gladbach	8	5	2	1	20:10	12:4
3.München	7	4	2	1	11:5	10:4
4.K'lautern	8	4	2	2	14:10	10:6
5.Mannheim	8	3	4	1	11:8	10:6
6.Stuttgart	8	4	1	3	16:10	9:7
7.Leverkusen	7	3	2	2	13:9	8:6
8.Bochum	8	4	0	4	18:17	8:8
9.Uerdingen	8	3	2	3	12:18	8:8
10.Hamburg	7	3	1	3	11:8	7:7
11.Nürnberg	8	3	1	4	15:14	7:9
12.Frankfurt	8	1	5	2	8:10	7:9
13.Köln	8	1	5	2	9:13	7:9
14.Hannover	7	1	3	3	13:20	5:9
15.Schalke	8	2	1	5	8:14	5:11
16.Saarbrücken	8	1	3	4	7:14	5:11
17.Dortmund	8	1	3	4	10:20	5:11
18.Düsseldorf	8	2	0	6	14:23	4:12

● Von italienischen Verhältnissen mit mageren Resultaten kann in der Bundesliga keine Rede mehr sein – die 39 Tore des achten Spieltages bedeuten Saison-Rekord. Erfolgreichste Torschützen waren Jürgen Klinsmann (Stuttgart) und Thomas Allofs (Kaiserslautern) mit je drei Treffern. Stefan Kuntz (Bochum) erzielte ein Tor – das 200. der Saison – und belegt mit sieben Treffern weiterhin Rang zwei der Torschützenliste hinter Rudi Völler. Der Bremer National-Mittelstürmer blieb bei seinen acht Toren. Je sechs Treffer verzeichnen Günter Thiele (Düsseldorf) und Karl Allgöwer (Stuttgart). Dem Frankfurter Falkenmayer unterlief *in Dortmund* ein Eigentor.

● Auch die Zuschauerzahlen bleiben erfreulich: 213 000 Besucher am Wochenende, insgesamt 1,64 Millionen in der Saison – eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 150 000. In erster Linie ist dies das Resultat der Fußball-Begeisterung bei den Neulingen Nürnberg und Hannover. Den Rahm schöpfte wieder München ab. Mit 74 000 Zuschauern war das Olympiastadion im bayerischen Duell mit Nürnberg ausverkauft. Erneut wurden zwei Spieler des Feldes verwiesen: Wegen Foulspiels sahen Trieb (Frankfurt) und Vjetrovic (Hannover) rot. Die Schiedsrichter verwarnten 32 Mal. Grahammer (Nürnberg) sah die *vierte gelbe Karte und ist damit für* ein Spiel gesperrt.

2. Liga

Ein Sieg rettete Achterbergs Trainer-Position

dpa, Kassel

Die Tabellenspitze der zweiten Fußball-Bundesliga bleibt eine hart umkämpfte und unsichere Position, hinter der sich zahlreiche Vereine mit nahezu ausgeglichenem Punktekonto drängeln. Am zehnten Spieltag übernahm Arminia Bielefeld mit einem 7:1-Sieg über Eintracht Braunschweig die Führung vor dem punktgleichen Team von Fortuna Köln, das gegen Rot-Weiß Oberhausen bereits am Freitag mit 3:0 gewonnen hatte.

Der Mannschaft von Hessen Kassel genügten sechs Minuten, um den bisherigen Spitzenreiter Stuttgarter Kickers zu stürzen. Ein Blackout in der Hintermannschaft der Schwaben ermöglichte dem keineswegs überragend spielenden hessischen Gastgeber zwischen der 30. und 36. Minute die Tore zum 3:0-Sieg.

Den Torreigen hatte Hobday mit einem Eigentor eröffnet, Scott ließ in der 34. Minute das 2:0 folgen, und Cestonaro setzte zwei Minuten später den Schlußpunkt. Vor der enttäuschenden Kulisse von 5000 Zuschauern konnte Hessen Kassel selbst gegen die äußerst schwachen Stuttgarter erneut nicht überzeugen.

In den unteren Tabellenregionen konnten sich die Aufsteiger SpVgg Bayreuth und Tennis Borussia ein wenig Luft verschaffen. Schon am Freitag war den Bayreuthern ein 3:2-Sieg über den SC Freiburg gelungen.

Bei Tennis Borussia dürfte die Stellung des Trainers Gerd Achterberg wieder gefestigt sein. Seine Mannschaft gewann 3:0 gegen Union Solingen – gegen das Team, dessen Trainer Eckhard Krautzun als möglicher Nachfolger Achterbergs genannt worden war.

Solingen, das auswärts noch ohne Sieg ist, erwischte zwar den besseren Start. Doch im weiteren Verlauf der Partie im Berliner Mommsenstadion waren die Borussen ihrem Gegner klar überlegen und stellten durch Tore von Reisinger (22. und 53. Minute) und Wiesner (65.) den Erfolg sicher. Nach dem Spiel wollten zumindest die 1500 Berliner Zuschauer nichts mehr von einem Trainer-Wechsel wissen. Sie feierten Gerd Achterberg mit lautstarken Zurufen.

Schlußlicht der zweiten Liga bleibt die Mannschaft des ehemaligen Bundesligaklubs MSV Duisburg, die ihre Negativserie nach dem Sieg am ersten Spieltag fortsetzte. Die Duisburger verloren gegen den SV Darmstadt 98 deutlich mit 0:4. Für die Hessen aus Darmstadt, die sich in der Tabelle erheblich verbessern konnten, war es nach 3:5 Zählern ohne Sieg der erste doppelte Punktgewinn.

DIE ERGEBNISSE

TB Berlin – Solingen	3:0	(1:0)
Darmstadt – Duisburg	4:0	(1:0)
Kassel – Stuttgart	3:0	(3:0)
Bayreuth – Freiburg	3:2	(3:0)
Köln – Oberhausen	3:0	(1:0)
BW Berlin – Hertha BSC	2:2	(2:2)
Bielefeld – Braunschw.	7:1	(3:0)
Homburg – Aachen	0:2	(0:1)
Wattenscheid – Osnabrück	2:4	(1:3)

DIE TABELLE

1.Bielef.	10	6	2	2	23:12	14:6
2.Köln	10	6	2	2	21:13	14:6
3.Darmst.	10	4	4	2	19:10	12:8
4.Kassel	10	6	0	4	18:11	12:8
5.Aachen	10	4	4	2	15:9	12:8
5.Stuttg.	10	5	2	3	18:13	12:8
7.W'scheid	10	5	2	3	17:17	12:8
8.Karlsruhe	9	4	3	2	13:10	11:7
9.Homburg	10	5	0	5	18:12	10:10
10.BW Berlin	10	3	4	3	16:13	10:10
11.Solingen	10	3	4	3	12:18	10:10
12.Br'schw.	10	3	3	4	18:19	9:11
13.Osnabrück	10	2	5	3	14:20	9:11
14.Oberh.	10	3	3	4	9:15	9:11
15.Bayreuth	10	4	1	5	15:23	9:11
16.Aschaffenb	9	4	0	5	13:17	8:10
17.TB Berlin	10	3	2	5	16:17	8:12
18.Hertha	10	2	4	4	17:21	8:12
19.Freiburg	10	1	3	6	12:21	5:15
20.Duisburg	10	1	2	7	6:19	4:16

DIE VORSCHAU

Freitag, 27. 9., 20 Uhr: Osnabrück – Darmstadt, Solingen – BW Berlin, Aachen – Duisburg. – **Samstag, 28. 9., 15.30 Uhr:** Freiburg – Karlsruhe, Stuttgart – TB Berlin, Braunschweig – Köln. – **Sonntag, 29. 9., 15 Uhr:** Hertha BSC – Bayreuth, Aschaffenburg – Wattenscheid, Homburg – Bielefeld, Oberhausen – Kassel.

GALOPP / In überlegener Manier gewann Lirung das Elite-Rennen in Köln-Weidenpesch unter dem Jockey Georg Bocskai

Bald soll der Hengst auch im Ausland starten

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Als der Jockey Georg Bocskai eine halbe Stunde nach dem deutschen Galopp-Derby am 7. Juli 1985 in Hamburg-Horn beim Ehepaar Ingeborg und Walther Jacobs erschien, um artig zum Derby-Sieg des Fuchshengstes Acatenango zu gratulieren, tröstete ihn Ingeborg Jacobs: „Sie werden mit Lirung noch viele große Rennen gewinnen. Aber auf einer anderen Distanz." Bocskai hatte sich für den Derby-Ritt auf Lirung entschieden und war hinter den Trainingsgefährten Acatenango und Pontiac nur Dritter geworden.

Am Samstag konnte Bocskai im Sattel von Lirung buchstäblich ein Bad in der Menge nehmen. Auf dem „Gebirge von Pferd" siegte er im Kölner Elite-Preis (102 000 Mark, 60 000 Mark dem Sieger, 1600 m, Europa-Gruppe III), einem der wichtigsten Meilen-Rennen im deutschen Turf-Programm. Das Vertrauen des wettenden Publikums war enorm: Auf Sieg gab's nur die Quote von 16:10, entsprechend groß war der Jubel der über 12 000 Zuschauer, die Lirung auf den letzten Metern anfeuerten, fast eine Stimmung wie auf einem Fußballplatz. Die Uhren der Kölner Rennbahn zeigten nach Lirungs Sieg die Zeit von 1:34,12 Minuten, eine Leistung, die auf dieser Bahn noch nie erreicht wurde. Allerdings sind die Zeitmessungen gerade in Köln leider nicht sonderlich ernst zu nehmen. Im Ziel hatte Lirung 1¾ Längen Vorsprung vor dem in England trainierten Hengst Hajef mit Gerard Mosse, als zweitbestes deutsches Pferd wurde Diu Star mit Patrick Gilson Dritter, eine achtbare Leistung des Hengstes aus dem Gestüt Röttgen.

Der Kölner Richter Heinz Faßbender, Vorstandsmitglied des Rennvereins, wollte Georg Bocskai nach dem Erfolg gratulieren: „Na, das war ja ein hartes Stück Arbeit." Der Jockey konterte: „Ja, aber nur vor dem Start." Probleme gibt es mit dem Galopper-Koloß Lirung stets vor den Rennen. Einmal, vor dem Berberis-Rennen im Vorjahr in Mülheim/Ruhr, entledigte er sich seines Reiters und wurde von Trainer Heinz Jentzsch zurückgezogen. Am Samstag vor dem Elite-Preis demonstrierte Lirung wieder seine unbändige Kraft, als man ihm die Kapuze überstreifen wollte, um ihn in die Startbox zu führen. Fast wäre Georg Bocskai bei der Aktion wieder aus dem Sattel gekommen. Als Lirung in die für ihn viel zu enge Startbox geführt worden war, befreite Bocskai ihn blitzschnell aus der Dunkelheit. Dann raste Lirung los, teilweise hatte er einen Vorsprung von über 50 Metern. Trainer Heinz Jentzsch später: „Aber 300 m vor dem Ziel hatte er einen toten Punkt. Das war sowieso nicht der beste Lirung, den es gibt. Er war bei dem schwülen Wetter einfach nicht gut beieinander und hat schon beim Satteln stark geschwitzt. Vor dem schmalen Loch an der Startmaschine hat er einfach Angst."

Im nächsten Jahr plant Jentzsch mit Lirung auch Auslandsstarts, gedacht ist an die 1600 m lange Gerade im französischen Deauville. 428 331 Mark hat der Hengst jetzt nach neun Starts und acht Siegen auf seinem Konto. Nicht ausgeschlossen ist in diesem Jahr auch noch ein Start in Italien.

Auf alle Fälle hat der deutsche Turf in Lirung ein Zugpferd. Wenn das Muskelpaket läuft, strömen die Besucher. Ein Rennen von Lirung, das ist jedes Mal eine große Schau. Trainer Heinz Jentzsch: „So wie früher, wenn Lombard lief." Der erste deutsche Millionen-Galopper Lombard war Anfang der 70er Jahre der deutsche Turf-Heros.

*

241 020 Mark wurden in Köln allein im Elite-Preis an den Wettschaltern umgesetzt, 1,5 Millionen Mark in den elf Rennen des Samstags insgesamt.

Der amtierende Derby-Sieger Acatenango zählte nicht zum Aufgebot des Puma-Preises von Europa, dem 400 000-Grand-Prix gestern in Köln (das Rennen war bei Redaktionsschluß noch nicht gelaufen), nun scheint auch sein geplanter Start am nächsten Sonntag im klassischen St. Leger nicht mehr sicher. Der normalerweise bestens informierte Kölner Buchmacher Peter-Heinz Göser jun. bot für den Sieg Acatenangos im St. Leger einen Kurs von 25:10. Bei der zu erwartenden, fast lächerlichen Konkurrenz normalerweise ein Geschenk. Mehr aber ein Hinweis darauf, daß mit Acatenango etwas nicht in Ordnung sein kann, denn normalerweise würde Göser bestenfalls 15:10 offerieren. Die Buchmacher als eine Art Wohlfahrtsverband, das ist kaum vorstellbar.

Die Auskünfte von Acatenangos Trainer Heinz Jentzsch und Besitzer Walther Jacobs waren dann auch nicht so überzeugend, daß man an einen völlig intakten Acatenango glauben mag. Jentzsch: „Wenn er gesund ist, läuft er im St. Leger." Der Trainer bestritt, daß der Derby-Sieger aus irgendwelchen gesundheitlichen Gründen mit dem Training ausgesetzt habe. Heinz Jentzsch, in diesem Jahr mit unbeschreiblicher Überlegenheit auf dem Weg zum 25. Championat: „Vielleicht weiß der Buchmacher mehr als ich."

Im Kölner Rahmenprogramm des Samstags setzte sich die fast sagenhafte Erfolgsserie der Pferde der Ostwestfälischen Besitzergemeinschaft Stall Auetal fort. Auentreue und Cherusker gewannen zwei Rennen, für den nächsten Jahrgang ist man mit dem bisher in zwei Rennen ungeschlagenen Hengst Westfale wieder bestens gerüstet.

STAND ● PUNKT / *Aktuelles Sportstudio?*

Das Europa-Meeting auf der Galopprennbahn in Köln zählt, das ist sicher unstrittig, zu den bedeutendsten Veranstaltungen im bundesdeutschen Turf-Programm – zusammen mit der Hamburger Derby-Woche und den beiden Meetings in Baden-Baden. Zwischen den beiden Renntagen präsentierte das „Aktuelle Sportstudio" des Zweiten Deutschen Fernsehens am Samstagabend Traber-Weltrekordler Heinz Wewering, den Derby-Sieger Diamond Way und die beiden Brüder Alwin und Werner Schockemöhle. Wie heißt die Sendung doch: Aktuelles Sportstudio?

Wewering ist derzeit außer Form wie nie, Diamond Way hat vor einer Woche das St. Leger verloren. Fragesteller Dieter Kürten vergaß (oder wußte er nicht?) von den Problemen zu sprechen, die es derzeit um Alwin Schockemöhle bei den Trabern gibt. Der Springreiter-Olympiasieger wehrt sich gegen angeblich schikanöse Doping-Proben seiner Perde. Kürten schwieg dazu beharrlich. Eigentlicher Retter des Auftrittes der Traber am großen Galopper-Wochenende war Werner Schockemöhle mit seinen unterhaltsamen Sprüchen („Die Deckställe macht meine Frau!"). Nichts gegen die Traber. Sie werden medienmäßig oft genug schlecht behandelt – weil sie auch eine mäßige Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Daß Lirung ungefähr sechs Stunden vor dem Beginn der Sendung den Elite-Preis gewann, war den ZDF-Redakteuren nicht einmal eine Meldung wert, vom Preis von Europa kein Wort. Aktuelles Sportstudio ... KLAUS GÖNTZSCHE

BOXEN / Las Vegas: Zum ersten Mal ist ein Halbschwergewichtler Profi-Weltmeister aller Klassen geworden: Michael Spinks

Verlierer Holmes: „Alles geht nun einmal zu Ende. Ich muß aufhören"

sid/dpa, Las Vegas

„Nur wenn ich jetzt losziehe und mich besaufe, kann Spinks mich schlagen", hatte Larry Holmes am Abend vor dem Fight getönt. Danach zog er leisere Töne vor: „Ich muß nun aufhören. Ich habe heute die Auswirkungen von 18 Jahren im Ring gespürt. Alles geht einmal zu Ende, das passiert uns allen irgendwann. Ich schäme mich für nichts." Dazwischen lag eine Neuauflage des ewig reizvollen Duells zwischen David und Goliath, mit dem gleichen Ausgang wie zu biblischen Zeiten. Larry Holmes, Schwergewichts-Weltmeister der Boxprofis seit sieben Jahren, drei Monaten und elf Tagen und in 48 Kämpfen ohne Niederlage, verlor am Samstag (Ortszeit) in Las Vegas gegen den krassen Außenseiter Michael Spinks.

Sechs Wochen vor seinem 36. Geburtstag wollte sich der aus ärmsten Verhältnissen stammende Holmes ein Denkmal setzen. Mit einem Erfolg über den 29jährigen Halbschwergewichts-Champion Spinks, der eigens für diesen Kampf zehn Kilo zugelegt hatte und dennoch zehn Kilo weniger als Holmes auf die Waage brachte, hätte der Titelverteidiger den Weltrekord des Rocky Marciano eingestellt, der nach 49 Fights unbesiegt abgetreten war.

Doch nach 15 Runden in der Freiluft-Arena beim Riviera-Casino gehörten die Rekorde dem Herausforderer. „Ich bin der Champion, ich bin der Champion", schrie Michael Spinks nach der Urteilsverkündung, während Diana Holmes ihren Mann in der anderen Ecke trösten mußte.

Zum ersten Mal in acht Anläufen hatte ein Halbschwergewichts-Boxer einen Weltmeisterschafts-Kampf gegen ein Schwergewicht gewonnen. Zum ersten Mal hatten zwei Brüder die wertvollste aller Box-Kronen zu verschiedenen Zeiten erobert; denn im Februar 1978 war Leon Spinks gegen den damaligen Weltmeister Muhammad Ali eine ähnliche Sensation gelungen. Der Sieg für Spinks fiel einstimmig aus, alle drei Punktrichter hatten den nunmehr in 29 Kämpfen unbesiegten neuen Schwergewichts-Weltmeister auf ihren Wertungszetteln vorn (143:142, 143:142, 145:142).

„Das ist nicht der Holmes, den wir kennen", wunderte sich der frühere Supertechniker Sugar Ray Leonard als einer von 11 200 Augenzeugen in Las Vegas. Trotz wochenlanger, gründlicher Vorbereitung wirkte der 102,5 kg schwere Champion im Ring wie gelähmt. Wie eine welke Blume hing seine Linke, mit der er sonst alle Gegner zermürbt hatte, an seiner Seite. Zu selten ließ er guten linken Haken seine gefürchtete Rechte folgen. Schwerfällig trottete der Champion zwischen den Seilen hin und her. Kaum ein gezielter Treffer gelang ihm. „Wach auf!", rief sein Betreuer Richie Gachetti immer wieder aus der Ecke, doch vergeblich.

Michael Spinks war nur wenig besser, aber beweglicher. Erst mit einer furiosen Schlußrunde sicherte er sich den Titel, bis dahin stand er bei zwei Punktrichtern auf Unentschieden. „Larry hat mir nie wehgetan, aber ich habe trotzdem in keiner Phase an meinen Sieg geglaubt. Erst als mein Name als Sieger ausgerufen wurde, wußte ich, was passiert war", meinte der Mittelgewichts-Olympiasieger von 1976 nach dem Gefecht, für das er mit einer Million Dollar seine bisher höchste Börse erhielt.

Und dann überraschte Michael Spinks mit der Aussage: „In welcher Gewichtsklasse ich meine nächsten Kämpfe bestreiten werde, kann ich heute noch nicht sagen." Doch wird Spinks wohl seinen Halbschwergewichts-Titel zurückgeben, weil als Weltmeister aller Klassen die lukrativeren Kämpfe und vor allem Börsen winken.

Michael Spinks wurde 1977 Berufsboxer. Vier Jahre später gewann er den WBA-Halbschwergewichts-Titel von Eddie Gregory und wird seit 1983 neben dem Mittelgewichts-Boxer Marvin Hagler als einziger Weltmeister von allen drei Weltverbänden anerkannt.

Bei der Pressekonferenz nach seiner Niederlage erwies sich der verbitterte Larry Holmes zunächst als schlechter Verlierer. „Der Titel wurde mir gestohlen, das Urteil ist ungerecht", schimpfte er über die Punktrichter. Angriffsfreudiger als im Ring zeigte er sich auch bei Fragen zum Rekord Rocky Marcianos: „Der hat doch nur alte Leute geschlagen, während ich als alter Mann gegen einen jungen verloren habe." Auch die Fans und Reporter bezogen eine Tracht Prügel: „Sie haben mir nie den Respekt gezollt, den ich verdient habe." Doch die erste Erregung legte sich, und Larry Holmes freundete sich mit seiner neuen Rolle als Ex-Boxer an.

Trotz zwanzig erfolgreicher Titelverteidigungen war er zwar nie ein großer Volksheld wie viele seiner Vorgänger; dafür fehlte es ihm an Intelligenz und an der Fähigkeit, sich zu verkaufen. Doch gelohnt haben sich die 18 Jahre im Ring für Holmes auf jeden Fall. Und das nicht nur wegen der Gage von 3,5 Millionen Dollar, die er am Samstag in Las Vegas kassierte. Holmes hatte zuletzt 1972 als Amateur verloren, war 1973 Profi geworden und hatte sich den Titel 1977 von Ken Norton geholt.

Nun brauche er das Boxen nicht mehr, sagte Holmes. „Ich habe 65 Millionen Dollar mit meinen Fäusten verdient, ich habe zwei bezahlte Rolls- Royce in der Garage, mir gehört ein Hotel im Wert von sechs Millionen Dollar, und auf der Bank habe ich 99 Millionen Dollar." In der Tat eine Grundlage, auf der es leicht fällt, sich festzulegen. Holmes: „Es wird keinen Rückkampf geben."

*

Im Rahmenprogramm der Veranstaltung von Las Vegas verteidigte der Mexikaner Julio Cesar Chavez erfolgreich seinen Weltmeistertitel im Superfedergewicht des World Boxing Council (WBC). Chavez, der nach der Erdbeben-Katastrophe in seiner Heimat mit Trauerflor antrat, errang gegen den Amerikaner Dwight Pratchet in zwölf Runden einen klaren Punktsieg.



Der stolze Sieger präsentiert den Gürtel des Weltmeisters aller Klassen: Halbschwergewichts-Boxer Michael Spinks FOTO: AP

NACHRICHTEN

Timmermann: Weltrekord

Berlin (dpa) – Der Ost-Berliner Ulf Timmermann stellte mit 22,62 m einen Weltrekord im Kugelstoßen auf. Er verbesserte damit die alte Marke seines Landsmannes Udo Beyer vom 25. Juli 1983 um 40 Zentimeter.

Erneuter Tribünenbrand

Towbridge (sid) – Vier Monate nach der Brandkatastrophe von Bradford wurde in England erneut ein Stadion durch einen Brand verwüstet. In Towbridge zerstörte ein Feuer die hölzerne Haupttribüne sowie die Geschäftsstelle, das Vereinslokal und die Umkleideräume des Amateurklubs. Der Schaden beträgt rund 400 000 Mark. Menschen wurden nicht verletzt.

Schwimmfest gefährdet

München (dpa) – Die Zukunft des international hochklassigen Arena-Schwimmfestes in Bonn ist gefährdet. Der Deutsche Schwimmverband (DSV) erhielt vom Münchner Finanzamt eine Steuernachforderung von 30 000 Mark für das Schwimmfest von 1983, weil nur 25 Prozent der Sponsorengelder als steuerlich abzugsfähig anerkannt wurden. Die restlichen 75 Prozent der Gelder will das Finanzamt mit einer 54prozentigen Körperschaftssteuer berechnen. Der DSV hat Einspruch eingelegt, befürchtet jedoch weitere Nachforderungen für 1984 und 1985.

Schwestern gewannen Gold

Groningen (dpa) – Die Duisburger Schwestern Gabriele Bahr und Beate Kruswicki gewannen bei den Europameisterschaften im Trampolinturnen überraschend die Goldmedaille im Synchronturnen.

Hinault gab auf

Cannes (sid) – Überlegener Sieger des „Grand Prix des Nations" in Cannes, des schwersten und längsten Einzelzeitfahrens für Radprofis und Amateure, wurde der französische Profi Charles Mottet. Vorjahressieger Bernhard Hinault gab vorzeitig auf.

Steudte/Hass: Weltmeister

Rimini (dpa) – Bei den Rollkunstlauf-Weltmeisterschaften in Rimini gewannen die Kieler Andrea Steudte/Martin Hass die Goldmedaille im Rolltanz. Mit einer begeisternden Kür im ausverkauften Sportpalast von Rimini besiegten sie die nach der Pflicht führenden Amerikaner Anna-Marie Danks/Scott Meyers.

Brasilien fordert Absage

Düsseldorf (sid) – In einem Telegramm an Jean-Marie Balestre, den Präsidenten des Automobil-Weltverbandes, hat die brasilianische Regierung offiziell die Absage des für den 19. Oktober im südafrikanischen Kyalami geplanten Formel-Eins-Rennens gefordert.

Spende von Boris Becker

Berlin (sid) – Im Rahmen einer Feierstunde überreichte Wimbledon-Sieger Boris Becker in Berlin an den „Bundesverein Lebenshilfe für geistig Behinderte" einen Scheck über 182 776 Mark. „Ich habe bisher Glück gehabt und möchte davon ein bißchen für einen guten Zweck weitergeben", erklärte Becker.

Heidelberg ist Meister

Heidelberg (sid) – Mit einem 7:2-Endspielsieg gegen den TEC Waldau Stuttgart gewann der HTC Heidelberg zum drittenmal in Folge die Deutsche Mannschaftsmeisterschaft im Damen-Tennis. Für Heidelberg spielt unter anderem die 16jährige Weltranglisten-Siebte Steffi Graf.

WM in der Westfalenhalle

Frankfurt (dpa) – Die Tischtennis-Weltmeisterschaften 1989 sollen in der Dortmunder Westfalenhalle ausgetragen werden. Das beschlossen Vorstand und Präsidium des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB) einstimmig. Dortmund erhielt wegen geringer Kosten sowie der guten räumlichen und technischen Voraussetzungen den Vorzug gegenüber Mitbewerber Stuttgart.

SCHACH / Nach der siebten Partie der WM führt der Weltmeister Anatoli Karpow mit 4:3 Punkten

Garri Kasparow rettete sich mit heftigen Attacken

LUDEK PACHMANN, Bonn

Ein viertes Unentschieden, aber eine Partie, bei der sich sicherlich niemand langweilen konnte, sahen die Zuschauer diesmal bei der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und seinem Herausforderer Garri Kasparow im Tschaikowsky-Saal in Moskau.

Obwohl mit einem Punkt im Rückstand, suchte Kasparow in der 7. Partie gleich in der Eröffnung Komplikationen, opferte im 19. Zug einen Bauern und erreichte eine chancenreiche Druckstellung. Aber auch Weltmeister Karpow spielte sehr präzise und aktiv, wehrte die taktischen Drohungen geschickt ab und schien sogar im Vorteil zu sein. Im 31. Zug erzwang jedoch der Herausforderer mit einem Qualitätsopfer ein Remis.

In dem auf 24 Partien angelegten Turnier führt Karpow derzeit mit 4:3 Punkten. Sieger ist, wer zuerst sechs Punkte für sich verbuchen kann. Die achte Partie wird morgen gespielt.

So verlief die in theoretischer Hinsicht interessante siebte Partie:

Weiß: Kasparow – Schwarz: Karpow

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sc3 Lb4, 4.Sf3 0-0(!?)

Diese Erwiderung galt bisher als weniger gut – offenbar zu Unrecht. In der ersten Partie, die Karpow verloren hatte, bewährte sich der Aufbau 4. ... c5, 5.Sf3 Se4, 6.Dd3 Da5!?, 7.Dxe4 Lxc3+, 8.Ld2 Lxd2+, 9.Sxd2 Db6!?, 10.dxc5 Dxb2 nicht besonders.

5.Lg5 d6(!)

Jedoch nicht c5, 6.e3! Da5, 7.Lxf6 Lxc3+, 8.bxc3 Dxc3+, 9.Sd2 gxf6, 10.Tb1! nebst 11.Tb3 – Weiß kommt zum Angriff.

6.e3 Sbd7, 7.Dc2 b6, 8.Ld3 Lxc3+, 9.bxc(!?) ...

Ruhiger wäre 9.Dxc3 aber nach h6, 10.Lh4 Lb7, 11.Dc2 De8, nebst e5 hat Weiß nun wenig Vorteile erarbeiten können.

9. ... h6, 10.Lh4 Lb7, 11.Sd2(!) ...

Die erste Überraschung: Nach Lxg2, 12.Tg1 Lb7, 13.0-0-0 will Kasparow rücksichtslos auf Angriff spielen.

11. ... g5, 12.Lg3 Sh5, 13.Dd1(!) Sg7(!), 14.h4 f5, 15.hxg hxg, 16.f3 ...

Auf den ersten Blick steht Weiß ausgezeichnet. Aber nun wählt Karpow einen tief durchdachten Plan, mit dem er die offene h-Linie für sich ausnützt:

16. ... De7, 17.Db3 Kf7(!), 18.0-0-0 Th8, 19.e5(!) dxc, 20.Sc4 cxd, 21.cxd f4(!)

Schwarz mußte mit der Drohung 22.Txh8 Txh8, 23.Lxc7 rechnen. Passive Verteidigung wie 21. ... Txh1, 22.Txh1 Sf8 wäre wegen 23.Se5+ Kg8, 24.Th6 ungünstig.

22.Lf2(!?) ...

Interessant wäre hier das Qualitätsopfer 22.exf4 Sh5, 23.Txh5! Txh5, 24.f5, es scheint jedoch, daß nun Ld5, 25.Dc2 Tah8 ausreichende Verteidigungsmöglichkeiten bieten würde. Nach dem Zug in der Partie ist Schwarz allerdings außer Gefahr.

22. ... Sh5, 23.Lc2(!) fxe, 24.Lxe3 Ld5, 25.Dd3 Tag8, 26.Se5+ ...

Nach 26.g4? folgt Sf4, 27.Lxf4 gxf4, 28.Txh8 Txh8, 29.Dg6+ Kf8 und der Angriff ist zu Ende.

26. ... Sxe5, 27.Dxe Sf4(!?)

Erlaubt den Remis-Abschluß. Der schwarze König steht exponiert, und so ist es unklar, ob Schwarz mehr versuchen konnte. *Falls zum Beispiel* 27. ... La2, so wäre 28.Db5! Ld5, 29.Txd5! exd5, 30.Dxd5+ Kg7, 31.e6 sehr gefährlich. Nach 27. ... Ke8 folgt 28.La4+ und c6 wird nun mit 29.Dc3! beantwortet.

28.Lxf4 gxf, 29.Txh8 Txh8, 30.Dg6+ Kf8, 31.Txd5(!) Remis.

Die Partie wurde danach auf Vorschlag von Kasparow Remis gegeben. Nach exd5, 32.Df5+ kann Schwarz das Dauerschach nicht verhindern.

HANDBALL / Großwallstadt wieder in Form

Der Jugoslawe Elezovic war nicht zu bremsen: elf Tore

dpa, Frankfurt

Großwallstadt ist wieder da, Gummersbach auf dem Weg zur Besserung und Aufsteiger OSC Dortmund auf dem Vormarsch: Nach dem Motto „Auswärts wieder aufwärts" ließ sich das Trio in der Handball-Bundesliga auch in fremder Umgebung nicht aus dem Konzept bringen.

Die geringsten Schwierigkeiten hatte dabei der TV Großwallstadt mit dem 23:19-Sieg bei den Reinickendorfer Füchsen. Berlins jugoslawischer Neuzugang und überragender Alleinunterhalter Elezovic sorgte mit insgesamt elf Toren dafür, daß die Berliner noch bis zum 15:15 mithalten konnten, dann jedoch dem abwehrstarken und ausgeglichen besetzten Ex-Meister (Schwalb/6) nichts mehr entgegenzusetzen hatten. Den Füchsen fehlte die Feinabstimmung, der Zufall führte zu oft Regie.

Ähnliches gilt für Grün-Weiß Dankersen, das bei der 19:22-Niederlage gegen den OSC Dortmund schon zur Pause (5:10) entscheidend in Rückstand geriet. Ausgerechnet der zu Saisonbeginn nach Dortmund gewechselte Torwart Niemeyer wurde zum Alptraum für die Gastgeber, die sich allerdings gut auf den ungarischen Torjäger Kovacs (nur ein Feldtor) eingestellt hatten. Für ihn sprang Kring mit sieben Toren in die Bresche.

Zittern mußte dagegen Meister VfL Gummersbach bei seinem 21:20-Sieg in Hofweier. Eine Woche nach der 10:27-Schlappe von Großwallstadt strapazierten die Südbadener das Nervenkostüm des Titelfavoriten, der nach der Auftaktniederlage gegen Essen unter großem Erfolgszwang spielte. Allein den großartigen Reflexen von Nationaltorwart Andreas Thiel und der Formsteigerung des Dänen Rasmussen (acht Treffer) verdankte der Titelverteidiger seinen glücklichen Sieg. „Eine Niederlage, die Mut macht. Hofweier hat auch nach dem Weggang von Arno Ehret das Handballspielen nicht verlernt", zeigte sich Hofweiers Rechtsaußen Arnulf Meffle über die Leistungssteigerung erfreut.

Dennoch: Sowohl auf Hofweier wie auf die Reinickendorfer Füchse und Grün-Weiß Dankersen werden noch schwere Zeiten im Kampf gegen den Abstieg zukommen.

BASKETBALL / Überraschungen zum Auftakt

Favorit BSC Köln unterlag mit Pauken und Trompeten

dpa, Frankfurt

Krösus Köln k. o. – Hagener Husarenstreich – Leverkusen und Langen langten hin: Die Basketball-Bundesliga setzte am ersten Spieltag kräftige Ausrufezeichen hinter den Beginn der Weltmeisterschafts-Saison.

Buchstäblich mit Pauken und Trompeten ging der mit großen Erwartungen gestartete Ex-Meister BSC Köln bei der überraschenden 62:78-Heimniederlage gegen den SSV Hagen unter. Den Ton bei der musikalischen Sport-Show in der Kölner Sporthalle gaben vor fast 4000 Zuschauern die Schützlinge des früheren Kölner Coaches Peter Krüssmann an. Der Vorgänger des tief enttäuschten Kölner Trainers Ralph Klein warnte jedoch vor vorzeitigen Vorschußlorbeeren. Krüssmann: „Ein guter Start ist wichtig. Aber Köln hatte im Vorjahr auch eine gute Frühform, um später einzubrechen."

Auf den umgekehrten Effekt hofft nun Kölns Trainer Ralph Klein, der den Integrationsprozeß der Neuzugänge Phillips (19 Punkte), Jackel (16), Baeck (5) und Wolf (1) erst noch vollziehen muß. Auch die Maßnahme, den in den USA studierenden Nationalspieler Uwe Sauer (7) aus dem Heimaturlaub kurzfristig von Karlsruhe nach Köln zu holen, hatte nicht den erhofften Effekt. Hagen war homogener, hatte in Hillebrand (13) einen treffsicheren Spielmacher, in Nationalspieler Risse (12) den besten Dekkungsspieler und in dem farbigen Amerikaner Warner (25), der im Vorjahr wegen seines umstrittenen Profistatus für Schlagzeilen gesorgt hatte, den überragenden Akteur.

Mit dem einzigen dreistelligen Sieg (110:51 beim Aufsteiger TSV 1860 Hagen) meldete dagegen Meister TSV Bayer 04 Leverkusen nachhaltige Titelansprüche an. Auf Anhieb schlugen die Neuerwerbungen Johnson (23) und Reuss (18) ein, während der Ex-Kölner Pappert (6) weniger auffiel. Daß Ex-Meister ASC Göttingen nach dem Verlust einer fast kompletten „ersten Fünf" in diesem Jahr kleinere Brötchen backen muß, wurde schon bei der 55:60-Heimniederlage gegen den MTV Gießen deutlich. Göttingens Neuzugänge Collins (4), Barnes (2) und Apeltauer (2) kamen zusammen auf magere acht Punkte.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, fünfter Spieltag: Dresden – Karl-Marx-Stadt 3:2, Dynamo Berlin – Lok Leipzig 1:0, Brandenburg – Rostock 3:1, Erfurt – Magdeburg 1:1, Zwickau – Aue 3:3, Frankfurt – Union Berlin 0:2, Jena – Riesa 5:1. Tabellenspitze: 1. Dresden 10:0, 2. Dynamo Berlin 9:1, 3. Jena 7:3, 4. Erfurt 6:4. – **Erste englische Division,** neunter Spieltag: Birmingham – Leicester 2:1, *Chelsea – Arsenal 2:1, Everton – Liverpool 2:3,* Ipswich – Aston 0:3, Luton – Queens Park 2:0, Manchester City – West Ham 2:2, Newcastle – Oxford 3:0, Nottingham – Watford 3:2, Southampton – Coventry 1:1, Tottenham – Sheffield 5:1, Bromwich – Manchester United 1:5. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 26:3 Tore/27 Punkte, 2. Liverpool 21:10/18, 3. Chelsea 13:7/7. – **Europapokal der Pokalsieger,** erste Runde, Hinspiel: Reykjavik – Glentoran Belfast 3:1. – **WM-Qualifikation,** Ozeanien-Gruppe in Auckland (Neuseeland): Neuseeland – Australien 0:0; Asien-Zone, zweite Runde: Syrien – Bahrein 1:0, Hongkong – Japan 1:2. **Länderpokal,** Damen, 1. Vorrunden-Spieltag: Saarland – Württemberg 0:1, Niedersachsen – Hamburg 4:1, Bremen – Westfalen 0:7, Berlin – Schleswig-Holstein 2:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, erster Spieltag: Bayreuth – Oldenburg 77:49, TSV Hagen – Leverkusen 51:110, Köln – SSV *Hagen 62:78, Langen – Bamberg 79:72,* Göttingen – Gießen 55:60, Osnabrück – Charlottenburg 79:85.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, zweiter Spieltag: Dankersen – Dortmund 19:22, Reinickendorf – Großwallstadt 19:23, Hofweier – Gummersbach 20:21. – **Damen,** erster Spieltag: Oldenburg – Jarplund-Weding 21:17, Leverkusen – Guts Muths Berlin 22:13, Engelskirchen – Auerbach 23:17, Frankfurt – Hannover 22:14, Lützellinden – Nürnberg 24:18.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Leverkusen – Gladbach 1:1, Großflottbek – Club an der Alster 1:5, SW Köln – Hannover 3:3, Mülheim – RW Köln 2:0, Club an der Alster – Gladbach 1:1. – Gruppe Süd: Berlin – Limburg 3:1, München – Rüsselsheim 1:0, Frankenthal – Dürkheim 1:0, Stuttgart – Heidelberg 3:0.

RINGEN

Bundesliga, sechster Kampftag, *Gruppe West: Köllerbach – Goldbach* 15:23, Witten – Aldenhoven 17:21, Mömbris-Königshofen – Bonn-Duisdorf 16:19, Aschaffenburg – Schifferstadt 20:19,5. – Gruppe Süd: Nürnberg – Reilingen 10:27,5, Wiesental – Bad Reichenhall 27:10, Aalen – Freiburg-St. Georgen 40:0, Freiburg-Haslach – Urloffen 16:22.

TENNIS

Bundesliga, Endrunde: Neuss – Bamberg 5:4, Amberg – München 4:5. – Abstiegsrunde: Hamburg – Essen 5:4, Ravensburg – Großhesselohe 3:6. – **Schaukampf** in Berlin: Becker (Deutschland) – Zivojinovic (Jugoslawien) 6:3, 7:6. – **Grand Prix** in Los Angeles (315 000 Dollar), Einzel, Halbfinale: Edberg (Schweden) – Kriek (USA) 6:2, 6:3, McEnroe – Annacone (beide USA) abgesagt, gewertet für Annacone. – **Grand Prix der Damen in Chicago** (150 000 Dollar), Einzel, Halbfinale: Rinaldi – Jordan (beide USA) 6:0, 7:5, Gadusek (USA) – Turnbull (Australien) 7:6, 6:2.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, vierter Spieltag: Düsseldorf – Saarbrücken 6:9, Reutlingen – Bremen 9:3, Steinhagen – *Jülich 9:5, Heusenstamm – Grenzau* 3:9, Altena – Berlin 9:0. – **Damen,** dritter Spieltag: Donauwörth – Saarbrücken 3:9, Ahlem – Kaiserberg 2:9, Frankfurt – Reinickendorf 9:6, Stuttgart – Saarbrücken 5:9, Soest – Kaiserberg 3:9, Großen-Linden – Reinickendorf 1:9. – **Europacup,** Herren: Essen-Dellwig – Tronche/Frankreich 5:3.

WASSERBALL

Bundesliga, Meisterschaftsrunde: Hamm – Duisburg 98 8:11, ASC Duisburg – Spandau 5:9. – Abstiegsrunde: Hamburg – Hohenlimburg 8:12, Würzburg – Offenbach 6:9, Hannover-Linden – Esslingen 9:6, Hamburg – Würzburg 5:12.

LEICHTATHLETIK

Drei-Länderkampf Japan – USA – UdSSR in Tokio, Männer: 100 m: 1. Lewis (USA) 10,12 Sek. – 400 m: 1. Franks (USA) 45,06 Sek. – 4 x 100 m: 1. USA (Glance, Baptiste, Smith, Lewis) 38,28 Sek. (Jahres-Weltbestzeit). – Kugelstoßen: 1. Smirnow (UdSSR) 22,01 m, 2. Laut *(USA) 21,40 m. – Frauen,* 100 m: 1. Shirowa (UdSSR) 11,14 Sek. – 400 m: 1. Wladykina (UdSSR) 49,18 Sek. – 3000 m: 1. Knisley (USA) 8:49,97 Min. – 4 x 100 m: 1. UdSSR 42,37 Sek. – 100 m Hürden: 1. Gussarowa (UdSSR) 12,76 Sek. – Hochsprung: 1. Bykowa (UdSSR) 2,00 m. – Weitsprung: 1. Kokonowa 7,10 m, 2. Tschistjakowa (beide *UdSSR) 7,10 m, 3. Lewis (USA) 6,95 m.* – Diskus: 1. Sawinkowa (UdSSR) 70,40 m.

RAD

50. „Grand Prix des Nations" in Cannes (für Profis und Amateure offen). Einzelzeitfahren (89 km): 1. Mottet 2:01:03 Std., 2. Marie (beide Frank*reich) 4:43 Min. zur., 3. Vandenbroucke* (Belgien) 4:56. – Hinault Frankreich) gab bei Hälfte der Distanz auf. – **Deutsche Hallen-Meisterschaften** in Baunatal, Einer-Kunstradfahren Männer: 1. Bodmer (Herrenzimmern/-Rottweil) 328,15 Punkte, 2. Keßler (Weinheim) 327,55, 3. Ingelfinger (Erlenbach/Heilbronn) 322,75. – Zweier-Kunstfahren, Frauen: 1. Wesche/Mües (Neuenkirchen) 280,40, 2. Kiefer/-Meyer (Herken) 275,65, 3. Kramp/-Teuber (Lemgo/Lieme) 273,50. – Radball: 1. King/King (Bad Lauterbach) 187:87 Tore/48:6 Punkte, 2. Steinmeier (Lemgo/Lieme) 139:87/44:10, 3. Müller/Geilert (Hannover) 156:105/36:18.

MOTORRAD

13. Lauf zur deutschen Meisterschaft in St. Wendel, 51,3 km, Klasse bis 80 ccm: 1. G. Waibel (Schorndorf) Seel-Real 26:57,61 Min., 2. Prein (Wuppertal) MBA 27:04,05, 3. Gschwander (Willstätt) Casal 27:29,53, 4. Kunz (Mühlakker) Ziegler 27:29,70. – Klasse bis 125 ccm: 1. A. Waibel (Winterbach) Waibel-Spezial 25:23,66, 2. Hupperich (Gutach) Seel 25:23,86, 3. Stadler (Obing) MBA 25:26,02, 4. Lichtenberg (Waldkraiburg) Seel 25:57,56. – Klasse bis 350 ccm: 1. Schmidt (Lebach) Yamaha 24:23,81, 2. Besendorfer (Reinzell) Yamaha 24:28,11, 3. Gächter (Schweiz) Yamaha 24:44,45, 4. Wellmann (Wartmannsroth) Yamaha 24:53,99.

TURNEN

Zweite Qualifikation der Kunstturnerinnen in Obernburg (Main): 1. Wilhelm (Wolfsburg) 37,45 Punkte, Lospichl (Weilheim) 37,45, 3. Wetzel (Hittfeld) 37,40. – Kür: 1. Wilhelm 77,15, 2. Lospichl 74,30, 3. Tautz 73,05.

SCHACH

13. Internationale Dortmunder Schachtage, letzte Runde: Hort – Lau (beide Deutschland) 1:0, Gutman (Israel) – Bischoff (Deutschland) Remis, Razuvajev (UdSSR) – Kindermann (Deutschland) Remis, Garcia-Palermo (Argentinien) – Suba (Rumänien) 1:0, Bohm (Deutschland) – Rogers (Australien) Remis, Polgar (Ungarn) – Benjamin (USA) Remis. – Endstand: 1. Razuvajev, 2. Kindermann, 3. Hort (alle sieben Punkte), 4. Garcia-Palermo, 5. Benjamin, 6. Sugar, 7. Bischoff (alle 6,5), 8. Rogers (6), 9. Gutman (4), 10. Böhm, 11. Polgar, 12. Lau (alle 3).

REITEN

CSIO in Salzburg, Großer Preis (32 000 Mark), Stechen: 1. Simon (Österreich) The Freak 0 Fehler/50,63 Sek., 2. Schewe (Deutschland) Walster 4/40,60, 3. Collard-Bovy (Argentinien) Fly Away 8/44,61. – **Springturnier** in Lanaken (Belgien), „Preis der Nationen": 1. Deutschland 0 Fehlerpunkte (Beerbaum auf Saloniki, Schockemöhle auf Deister, Reinacher auf Windus, Luther auf Lasall), 2. Holland 4, 3. England 8, 4. Belgien 17,75, 5. Luxemburg 24.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Auentreue (K. Woodburn), 2. Innovator, 3. Adelszweig, Toto: 28/16, 122, 22, ZW: 336, DW: 5312, 2. R.: 1. Danae (P. V. Gilson), 2. Night Line, 3. Quadrille, Toto: 24/13, 19, 21, ZW: 148, DW: 872, 3. R.: 1. Argonaut (P. Belau), 2. Silando, 3. Prince Northy, Toto: 84/30, 18, 30, ZW: 412, DW: 6180, 4. R.: 1. Perou (M. Hofer), 2. Lillebonne, 3. Usance, Toto: 52/17, 14, 19, ZW: 260, DW: 1440, 5. R.: 1. Agimo (R. Suerland), 2. Newcomer, 3. Soto-Grande, Toto: 28/18, 26, 26, ZW: 296, DW: 2076, 6. R.: 1. Kyros (M. Hofer), 2. Nuebo, 3. River Mark, Toto: 28/14, 22, 30, ZW: 192, DW: 1388, 7. R.: 1. Cherusker (T. Kelleher), 2. Konigsfarm, 3. Tonleiter, Toto: 46/21, 30, 30, ZW: 652, DW: 6436, 8. R.: 1. Lirung (G. Bocskai), 2. Hajes, 3. Diu Star, Toto: 16/13, 22, 18, ZW: 112, DW: 434, 9. R.: 1. Chico (J. Orihuel), 2. Aripino, 3. Donna Vita, Toto: 300/66, 22, 36, ZW: 1728, DW: 15 088, 10. R.: 1. Ulanka (P. V. Gilson), 2. Shardik, 3. Chopper im Toten Rennen. Toto: 60/21, 22, 66, ZW: 184 1246, DW: 10 532/8424, 11. R.: 1. Contrast (B. Seile), 2. Winterliebe, 3. Las Minas, Toto 48/22, 26, 58, ZW: 308, DW: 13 246.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 7, 12, 19, 24, 37, 39, Zusatzzahl: 2. – **Spiel 77:** 5 4 6 4 1 5 4 – **Glücksspirale:** Endziffern: 6, 99, 408, 9536, 74543, 938858. – Los-Nummer: 9567154, 3606013, 3518066. – Prämienziehung: 710551, 688449, 981711. (Ohne Gewähr)

Pankraz, Schütze und der Skandal-Baukasten

Christian Schützes Buch „Skandal. Eine Psychologie des Unerhörten", soeben erschienen im Münchner Scherz-Verlag, kommt den professionellen Skandalnudeln (oder Skandalnudelmachern) als Geschenk des Himmels. Sie dürfen sich nun darauf berufen, daß sie aus purer Notwehr handeln, denn so definiert Schütze den Skandal: „Ein modernes Notwehrinstitut, zu dem eine Gesellschaft ihre Zuflucht nimmt, wenn die Institutionen der Rechtswelt, die berühmten Mühlen der Justiz, zu langsam oder gar nicht mahlen wollen".

Das ist natürlich eine Definition *pro domo*, die Meinung eines „kritischen Journalisten", der glaubt, von Skandalen leben zu müssen. Sie entwertet sein Buch nicht unbeträchtlich, das im übrigen gar nicht so apologetisch wirkt, wie es gemeint ist. Es erzählt in epischer Breite berühmte „Skandale" der Geschichte und der Gegenwart, vom Prozeß der Athener gegen Sokrates bis zum „Dioxin-Skandal" unserer Tage, sinnt kurz über eine „Theorie des Skandals" nach und liefert am Ende, nicht unwitzig, eine Art Baukasten zum Selberbasteln von Skandalen.

Diese selbst schneiden dabei, sobald es ins einzelne geht, keineswegs so gut ab, wie es die pompöse Definition nahelegt. Schütze ist ehrlich genug, auch die heiklen und undemokratischen, die lächerlichen und die schlichtweg widerlichen Aspekte der Skandalmacherei zu schildern, nur fragt er sich an keiner Stelle, ob sich denn der Aufwand an Schmutzaufwühlen und (echter oder gespielter) Entrüstung, mit dem ein Skandal in Gang gebracht werden muß, im Hinblick auf das Resultat auch wirklich lohne. Dabei geht aus dem von ihm vorgelegten Material eindeutig hervor, daß man gar nicht von sicheren, einigermaßen voraussagbaren Resultaten sprechen kann. Es gab Skandale, die eine Revolution auslösten, und solche, die ein Regime in seinem Bestand festigten, es gab politische Skandale, die den Linken, und solche, die den Rechten zugute kamen. Die meisten versikkerten folgenlos im Sande und hinterließen allenfalls einen schalen Nachgeschmack.

Was macht überhaupt einen Skandal aus? Ab wann weitet sich ein simples punktuelles Ärgernis zum handfesten, das allgemeine Gerede beherrschenden Skandal aus? Weder Schütze noch sein Vorgänger Marcel Aymé (mit dem Buch „Silhouette du scandal" von 1936) geben darüber verläßlich Auskunft. Wahrscheinlich ist so etwas auch gar nicht möglich. Allzu viele subjektive Komponenten sind hier im Spiel; die einen sprechen bereits von Skandal, wenn die anderen noch nicht einmal leisen Anstoß genommen haben, so daß man im Grunde immer erst *post festum* sagen kann, ob man nun wirklich einen Skandal oder nur ein sanftes Meinungssäuseln erlebt hat.

Konstitutiv für den Vorgang ist auf jeden Fall, daß etwas „ans Licht" gezerrt wird; insofern war der Prozeß gegen Sokrates nichts weniger als ein Skandal, weil hier alles von Anfang an im klarsten Licht des Tages lag. Auch die Einführung des „Oben ohne" an den Stränden oder die künstlerischen Exhibitionen eines Salvador Dali (um zwei weitere Beispiele Schützes zu nennen) passen nicht recht ins Schema. Sie verkörpern den Sondertyp des bewußt vom Zaune gebrochenen Skandals, der öffentlich inszenierten Tabu- und Regelverletzung, die zwar Anstoß und Ärgernis erregt, den Tabuverletzer jedoch von vornherein in scharfe, gewollte Frontstellung zur epatierten Öffentlichkeit rückt.

Beim wahren Skandal hingegen verschanzen sich die Sünder hinter der Öffentlichkeit. Sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein, und eben diese Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit macht die Meute scharf. In der Regel erfährt man zunächst nur Andeutungen. Die Betroffenen, statt „die Karten sofort voll auf den Tisch zu legen", üben sich in Schweigen und Täuschungsmanövern, lassen sich „die Wahrheit" häppchenweise entreißen und steigern so ungewollt die Empörung von Phase zu Phase.

Besonders hoch schlagen die Wellen, sobald das sprichwörtliche Opferlamm ins Spiel kommt. Um sich selbst zu entlasten, schickt der Sünder, wenn er dazu in der Lage ist, einen anderen vor, der „die Schuld" oder wenigstens „die Verantwortung" auf sich nimmt. Aber wiederum erzielt er damit just den gegenteiligen Effekt. Statt abzuwiegeln, putscht er auf. Die Empörten wollen nun „reinen Tisch machen". Der Sünder braucht übrigens durchaus nicht immer eine einzelne Person zu sein, im Gegenteil, der Skandal wird extrafett, wenn eine ganze Institution, eine Firma, eine *Regierung oder gar „Das System"* am Pranger stehen. Dann kommt die Stunde der vollmundigen „Moralisten" und der ewigen Rechthaber, die ihr flammendes „J'accuse!" in die Arena schleudern.

Der Leser ersieht schon aus der Wortwahl und aus der Zahl der hier verwendeten Gänsefüßchen, daß Pankraz nicht zu den Liebhabern von Skandalen gehört. Die übliche Skandalrhetorik erscheint ihm höchst verdächtig. „Der Skandal ist die Rache der Wahrheit für die Heuchelei der Welt", sagt Marcel Aymé, doch es verhält sich wohl gerade umgekehrt: Der Skandal ist die Rache der Heuchler an der Wahrheit der Welt. Die Skandalaufrührer sind in der Regel kein Gran moralischer als die Skandalverursacher. Genau wie diese wissen sie meistens von Anfang an „die volle Wahrheit", lancieren sie jedoch ebenfalls häppchenweise, um die Hysterie systematisch zu steigern und sich selbst dadurch eine goldenen Nase zu verdienen. Über diese Seite der Angelegenheit erfährt man bei Schütze bezeichnenderweise nichts.

Es mag sein, daß die Massengesellschaft hin und wieder einen ausgewachsenen Skandal zur Unterhaltung braucht. Es mag auch sein, daß Skandale ein Beweis für die Existenz von Meinungsfreiheit sind und daß manche von ihnen der Demokratie gute Dienste tun. Im allgemeinen aber gilt, daß durch sie ganz überwiegend unreine Affekte aktiviert und stark gemacht werden. Die Gesellschaft wird davon nicht besser, sondern schlechter.

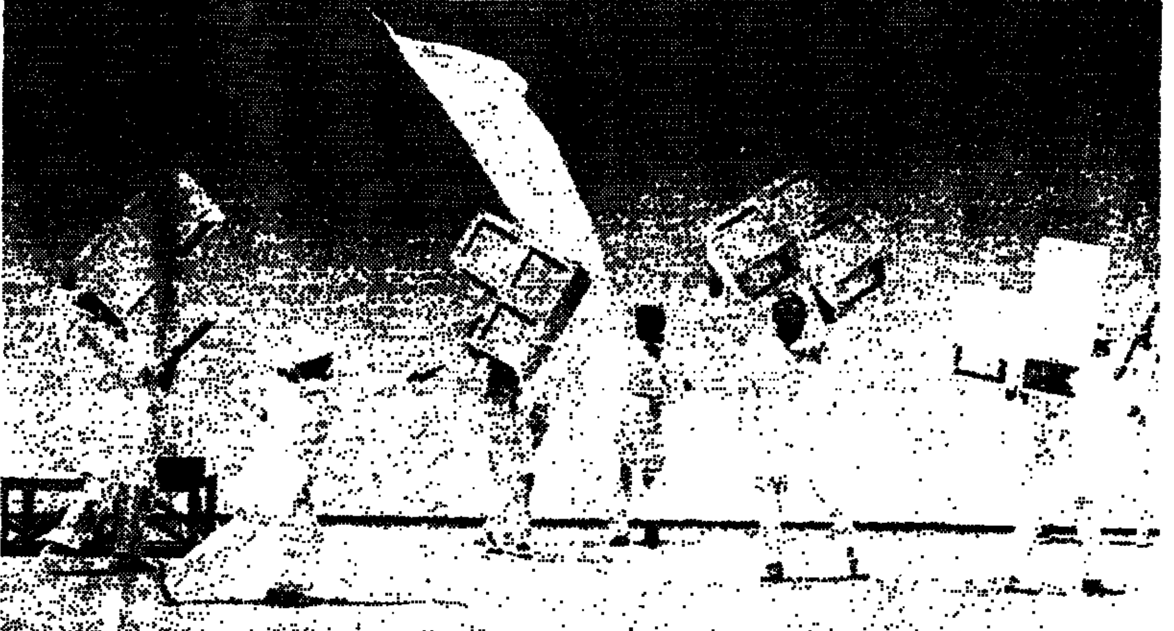
Pankraz

Auftakt mit Robert Wilsons „Knee Plays" – In Frankfurt begann das Festival „Theater der Welt"

Und aus dem Jenseits lächelt Aristoteles

Ausblicke in eine schöne Zukunft: „In wenigen Jahren, wenn die fortschreitende Mittelmäßigkeit an ihrem mittelmäßigen Höhepunkt angelangt ist, werden wir das Theater wieder als die himmlischste aller Künste feiern. Gott sei Dank ist es bald so weit." So steht es im Programm zum Festival „Theater der Welt", das am Wochenende mit einer Produktion des amerikanischen Performance-Künstlers Robert Wilson eröffnet wurde und bis zum 6. Oktober 29 Arbeiten der internationalen Theateravantgarde vorstellt.

Bis es so weit ist, daß die Schrekken der Telekommunikation vollends über uns hereingebrochen sind und uns in einer tiefgreifenden Katharsis zu jenem Erkenntnisglück geführt haben (Aristoteles lächelt fröhlich aus dem Jenseits herüber), müssen wir uns also dem Leidensdruck beugen und mit „bedenkenlos uneingeschränkter Theaterarbeit" zu trösten versuchen.





Der Faszination des japanischen Theaters erlegen: Szene aus Robert Wilsons „Knee Plays" beim Frankfurter Festival „Theater der Welt" FOTO: MANJIT JARI

Es ist immerhin ungewiß, ob alle Theaterkünstler, die diesmal in Frankfurt versammelt sind, so verzweifelt arbeiten, wie uns die Programmdirektoren weismachen wollen. Da freilich, wo das Festivalprogramm an seinen Diktionen überprüft werden kann, sind die Zweifel an der Übereinstimmung von Idee und Wirklichkeit schon weitaus handfester. Laut schriftlicher Bekundung wollte „Theater der Welt '85" weitgehend „Autorentheater" bieten, das heißt Bühnenkunst, die so weit von der Regie geprägt ist, daß man vom Regisseur als Autor sprechen kann.

Beflissen, wie man in Deutschland seinen Helden gegenüber nun mal ist, hat man auch Claus Peymanns Salzburger Festspiel-Inszenierung von Thomas Bernhards „Theatermacher" eingeladen. Mit Autorentheater hat das natürlich nichts zu tun. Aber hier verbreitet sich immerhin ein Autor über Theater. Und wie! Ein heruntergekommener Schmierenkomödiant erleidet den Schiffbruch seiner eigenen verfehlten Ansprüche. „Himmlischste aller Künste" oder auch Teil der Heimsuchung als Seelenrettung?

Gott sei Dank gibt auch das Frankfurter Theaterfestival nicht bloß Erklärungen zum besten. Der Auftakt jedenfalls war weitaus besser als die Veranstalter-Lyrik. Robert Wilsons „Knee Plays" waren ursprünglich einmal gedacht als Verbindungsstükke jenes gewaltigen Welttheater-Projekts „CIVIL warS", das zu den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles aufgeführt werden sollte. Man erinnert sich vielleicht: In Japan, Holland und Deutschland (Köln) hatte Wilson bereits die meisten Teile der Gesamtvorstellung produziert. Dann ging ihm das Geld aus. Das Projekt blieb Fragment. Nach Ansicht jener 13 Verbindungsstücke – kurze, selbständige Szenen, die das große Welttheater pointiert *reflektieren – muß* man das Scheitern des großen Vorhabens noch einmal nachhaltig bedauern.

Die „Knee Plays", sozusagen die Gelenke des Stückes, sind zwar in den USA herausgekommen, stehen aber nachhaltig unter dem Eindruck, den Wilson aus der Beschäftigung mit dem japanischen Theater empfing. Kabuki, Bunkraku und No haben Wilsons Repertoire an Darstellungsmitteln deutlich erweitert. Mitunter erliegt er sogar der Faszination der neuen Mittel. Da wird zum Beispiel ein skelettierter riesiger Vogel marionettenhaft über die Bühne bewegt. Die weißen Gestalten, die den Vogel bewegen, passen sich seiner Charakteristik an. Mensch und Gegenstand werden eins. Die Individualität verliert sich im Strukturellen.

Das ist zwar immer Bob Wilsons Ansatz gewesen, Theater neu zu definieren. Aber hier verengt das neue Medium das freie Spiel der Phantasie und die Assoziationshorizonte. Wilson bleibt zu sehr bei der Beschäftigung mit den Bewegungsmöglichkeiten des Vogels. Das wirkt nach kurzer Zeit banal und formalistisch.

Welche Bereicherung diese japanischen Theaterelemente sein können, wenn Wilson sie in seine westlichen Vorstellungen integriert, das zeigt zum Beispiel Szene Nr. 10: Stille eines Kriegsmorgens im Winter – nur evoziert mit marionettenhaften, extrem verlangsamten Bewegungen, Lichtern hinter transparenten Zelten, Schnee aus der Theatermaschine, die ein Schauspieler über seinem Kopf bewegt. Dazu eine kitschige Fanfare, die in schmalziger Schönheit zur Schlacht ruft. Ganze Bürgerkriegs-Western sieht man im Geiste an sich vorbeiziehen. Krieg wird in extremer Schönheit stilisiert, zeigt jenes Faszinosum, das ihn letztlich wohl überhaupt erst begründet.

Man hat Wilson gelegentlich vorgeworfen, er ästhetisiere den Schrekken. Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Schrecken ist – auch! – ein ästhetisches Phänomen. Wilson zeigt das und macht ihn damit erst in seiner eigentlichen Schrecklichkeit deutlich. Wilson erlöst die Dinge von den Tabus und Verdrängungen. Das ist durchaus nicht immer leicht zu ertragen. Da wird ein Schiff von einer Kanone versenkt – bei Wilson ein hochstilisierter, hinreißend schöner Vorgang, bei dem die lichten blauen Tücher, die dem Meer das Gesicht geben, in einen reizvollen *Untergangstanz geraten. Und getrieben* wird das – wie in vielen Szenen – von einer adretten Zirkusmusik.

Erst dieser überzogene Dynamisierungsprozeß mittels banalster Unterhaltungsmusik entkleidet den Vernichtungsvorgang seiner scheinbaren Ästhetik. Das Banale wird zum Mittel einer Umwertung der Vorgänge durch unser Bewußtsein. Darin ist Robert Wilson ein unübertroffener Meister: Er zeigt uns, daß Katastrophen selten im schäbig-schmutzigen Gewand selbsternannter Moralapostel daherkommen. Die Widerhaken der Schönheit sind nicht selten sehr viel schmerzhafter als häßliche Geschwüre.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

„Nach Preußen gingen die Ärmsten und Fleißigsten" – Ein Kongreß in Berlin über die Hugenotten

In Nantes aufgehoben, in Potsdam bekräftigt

Als ein Ereignis von europäischem Zuschnitt mit einer spezifischen deutsch-französischen Dimension charakterisierte der Historiker Frédéric Hatweg von der Universität Paris-Nanterre auf einer internationalen Historiker-Konferenz in Berlin den Widerruf des Toleranzedikts von Nantes im Jahre 1685. Aber daß der nach Nantes einsetzende Exodus von an die 300 000 Hugenotten, die nach der Aufkündigung des Edikts vor 300 Jahren in den benachbarten europäischen Ländern Zuflucht vor Verfolgung und Drangsalierung in der Heimat suchten, einen tiefen Einschnitt in der europäischen Geschichte markiert, ist bis vor wenigen Jahren noch kaum beachtet worden.

Die Hugenotten-Historiographie habe sich bislang im wesentlichen auf regional- und familiengeschichtliche Forschung beschränkt, wurde auf der Tagung hervorgehoben, zu der die Historische Kommission zu Berlin eingeladen hatte. Eine systematische Hugenotten-Forschung habe erst in den letzten Jahren eingesetzt. Die Berliner Tagung war daher in erster Linie darauf ausgerichtet, erst einmal konkrete Forschungsschwerpunkte zu setzen und die Geschichte der Hugenotten von Legenden und Verklärungen zu befreien.

Zu dieser Legendenbildung zählt z. B. die Vorstellung, daß die Hugenotten in den europäischen Aufnahmeländern die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend vorangetrieben hätten. Demgegenüber wurde von Tagungsteilnehmern hervorgehoben, daß besonders in den Niederlanden und in England die wirtschaftliche Bedeutung der zugewanderten Hugenotten eher ephemer gewesen sei.

Die Bedeutung der Hugenotten für die einzelnen Aufnahmegebiete in Deutschland war unterschiedlich. Frankfurt am Main war die große Drehscheibe der ersten Hugenotten-Generation. Hier machten die über die Schweiz und aus dem Elsaß Geflüchteten erste Station und wurden von der recht ansehnlichen alteingesessenen französischen Gemeinde betreut, bevor sie die Weiterreise in die nördlicheren Aufnahmegebiete antraten.

Die spezifisch deutsch-französische Dimension der Hugenotten-Auswanderung, die Hatweg in seinem Referat andeutete, wird vor allem dadurch verdeutlicht, daß der Aufkündigung des Toleranzedikts von Nantes das Potsdamer Toleranzedikt des Großen Kurfürsten folgte, das den französischen Réfugiés nicht nur Glaubensfreiheit zusicherte, sondern die Ankommenden auch mit zahlreichen Privilegien ausstattete, um ihnen den Start in ein neues Leben zu erleichtern.

Die nach Preußen geflüchteten Hugenotten waren allerdings, wie auf der Tagung hervorgehoben wurde, „zweite Wahl". Die Qualifizierten zogen andere Länder, eben Großbritannien und die Niederlande, vor. Doch die Hugenotten, die den Weg nach Brandenburg-Preußen antraten, waren – Hatweg zitierte Friedrich den Großen – zwar „die Ärmsten, aber die Fleißigsten".

Der Historiker Rudolf von Thadden führte die aktive Einwanderungspolitik der Hohenzollern gegenüber den Hugenotten vor allem auf ein „Prestige-Bedürfnis" des wirtschaftlich und kulturell rückständigen brandenburg-preußischen Staates nach den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zurück. Die Hoffnungen wurden, wie Hatweg in seinem Eröffnungsreferat aufzeigte, nicht enttäuscht. Die Hugenotten errichteten Manufakturen, brachten die Goldschmiedekunst nach Berlin und betätigten sich als Uhrmacher und Bildhauer. Bald beherrschten sie auch das Textilgewerbe. Die einengende merkantilistische Politik der Hohenzollern behinderte freilich die volle Entfaltung ihrer Wirtschaftskraft.

Nach der großen Hugenotteneinwanderung stammte bald ein Drittel aller Berliner aus Frankreich. Etwas von dem damals eingeströmten „Esprit" hat zweifellos die Berliner Volksmentalität mitgeprägt, abgesehen davon, daß besonders in der Literatur, von Chamisso und de la Motte Fouqué bis zu Fontane, der hugenottische Einfluß sich höchst fruchtbringend auswirkte. Darauf spielte auch der französische Botschafter in Bonn, Jaques Morizet, in einer Grußadresse an den Kongreß an.

AXEL SCHÜTZSACK

Finale beim ARD-Musikwettbewerb in München

Die Pauker sind die Stars

Zum 34. Mal fand jetzt in München der ARD-Musikwettbewerb statt. Doch obwohl sich 400 Musiker aus 35 Ländern um die Palme in den Fächern Klavier, Kontrabaß, Flöte, Schlagzeug und Bläserquintett stritten, war am Ende die Ausbeute enttäuschend mager: Zwei jeweils mit 12 000 Mark dotierte erste Preise bei den Pianisten und Schlagzeugern, über die man geteilter Meinung sein kann. Ansonsten Mittelmaß, solides Handwerk.

Was die Jury veranlaßte, den ersten Klavierpreis dem 29jährigen Russen Kalle Randalu zuzuerkennen, blieb im dunkeln. Im Schlußkonzert spielte Randalu zusammen mit dem Sinfonieorchester des Bayerischen Rundfunks unter dem auf ärgerliche Weise oberflächlichen Dirigenten Hanns-Martin Schneidt Mozarts „Jeunehomme"-Konzert: zickig, mit spitzem Ton und einem unerklärlichen Hang zur Dämonie, der hier nun wirklich unangebracht ist.

Jury-Präsident Leonard Hokanson freilich glaubt an Randalus Begabung: „Schon beim ersten Mozart-Pflichtstück fiel er durch seine künstlerische Intelligenz auf." Mir jedenfalls scheint der 20jährige Israeli Daniel Gortler die weitaus größeren Talente zu besitzen. In München reichte es für ihn nur zum zweiten Platz.

Zur Pauke als Solo-Instrument hat man als normaler Konzertgänger nur wenig Beziehung. Wohl deshalb wählte Peter Sadlo (23) aus Nürnberg, derzeit Solo-Pauker bei den Münchner Philharmonikern, das eingängige Concerto für Marimba, Vibraphon und Orchester von Milhaud, um im Schlußkonzert seinen ersten Preis zu rechtfertigen. Souverän und nicht ganz uneitel setzte er die farblichen und rhythmischen Effekte mit der Sicherheit eines Profis.

Sadlo kommt wie seine jeweils mit einem dritten Preis ausgezeichneten Kollegen Michael Ort (Passau) und Markus Christopher Lutz (USA) aus der Meisterklasse des Würzburger Hochschullehrers Siegfried Fink, dem derzeit einzigen „ordentlichen" Professor für Schlagzeug an einer bundesdeutschen Musikhochschule.

Vor allem Markus Christopher Lutz versetzte das Publikum des Schlußkonzerts mit einer jazzigen Blues-Ballade für Vibraphon von Mark Glentworth in Begeisterung. Warum er „nur" Dritter wurde, weiß sicher die Jury am besten. Ihr gehörte übrigens auch Siegfried Fink an, der allerdings bei der Abstimmung über seine Schüler den Raum verließ.

Als bestes von zwölf Bläser-Ensembles wurde das Ost-Berliner Bläserquintett mit einem zweiten Preis bedacht. Zu seinen Tugenden zählen klangliche Balance, Stilgefühl, technische Sicherheit. Einer von zwei dritten Preisen ging an das Hamburger „Albert-Schweitzer-Quintett": Vielleicht nicht ganz so homogen wie die mitteldeutsche Konkurrenz, scheinen die Hamburger aber doch ein deutliches Plus an Temperament und Spontaneität zu haben.

Im nächsten Jahr stehen Gesang, Cello, Oboe, Trompete und Klavier-Duo auf dem Wettbewerbs-Programm.

VOLKER BOSER

Gehemmter Attentäter: Peter Kremer als Hugo in Sartres „Schmutzigen Händen" FOTO: BINDER/THIELE

Berlin: Sartres „Die schmutzigen Hände" unter Sasse am Schillertheater

Ein Eiferer, von der Partei zermalmt

Als Sartres philosophischer Politreißer, 1948, in Berlin zum ersten Mal auf die Bühne kam, wirkte er (und sollte er sicher wirken) wie ein Wurfgeschoß im gerade kulturell heiß ausgebrochenen „kalten Krieg". Ost-Berlins „Deutsches Theater" hatte die Kampfhandlung mit einem böse antiamerikanischen Stück von Konstantin Simonow entfesselt. In West-Berlin schlug man mit Sartres unvergleichlich besseren „Schmutzigen Händen" zurück. 1 zu 0 für Sartre. Die Ostpresse heulte damals gegen den Autor auf.

Heribert Sasse, der das deutlich reißerische Denkdrama jetzt wieder inszeniert, läßt den krassen Antikommunismus, den es damals für den Zuschauer enthielt (und den Sartre nach eigenen Bekundungen so doch wohl nicht gemeint hatte) – den läßt er jetzt kaum mehr vermutbar werden. Er will das „Problema" (sozusagen in Lessings Sinne) herausarbeiten. Das ist die Untauglichkeit jugendlich idealistischer Eiferer für die Härte der Politik.

Der Kader der Partei zermalmt den jungen Eiferer. Er hatte seinen Auftrag, einen hohen Funktionär, der mit dem Klassenfeind scheinbar kokelte, zu ermorden. Die Partei, nachdem er, sozusagen durch Zufall, seinen mörderischen Auftrag erfüllt hat, läßt den hektischen Mörder fallen. Jetzt ist er nicht, wie er hoffte, der Held. Er steht inzwischen selber auf der Abschußliste. Die Partei hat immer recht. Er ist eine tragische Figur.

Die Neuaufführung im Schillertheater eröffnet sozusagen die ausgeruhteren Aspekte des heiklen Denkstückes. Es ist dadurch schwieriger, es ist grundsätzlicher, ist weiter anwendbar geworden. Heiß ist es noch immer.

Heribert Sasse läßt es wie ein krasses Denkstück ablaufen. Es wird eine durchaus sehenswerte Repetition, ein dramatisches Parabelstück vom Standpunkt einer höheren Einsicht. Dadurch wird es in Teilen abstrakter. Aufregend ist es immer noch.

Diese Neuinszenierung ist sicher kompetent und wirkungsvoll geraten. Sasse hat für den „Wallenstein-Typ" des Hoederer den Darsteller Friedhelm Ptok. Der spielt die politische Vaterfigur, die sich vor schmutzigen Händen keineswegs ekelt, mit einer schönen, gebrochenen Menschlichkeit vor. Ptok wird am Ende geradezu triumphal gefeiert. Peter Kremer ist der jugendliche, gehemmte Eiferer Hugo. Er trägt die immanente Tragik des Parts mit viel Einsicht und Erkennbarkeit.

Friedrich W. Bauschulte und (vorzüglich) Lothar Blumhagen stellen die bürgerlichen oder feudalen Gegentypen, mit denen sich Höderer, sehr wider den Willen der Partei, anlegt, um sie später unterzubuttern. Die restlichen Figuren erfüllen jeweils ihre Funktionen und Farben. Die Aufführung ist, wenn auch nicht gerade überragend, so doch auf eine so ruhige wie logische Weise erregend.

Für zusätzliche Erregung sorgte in der Premiere ein eher alberner Zwischenfall. Vom Rang kamen Schreie der Ungeduld. Weltanschaulich waren sie sicher nicht motiviert. Sie waren eher deutlich nur krawallustig. Sasse trat vor den Vorhang, kalmierte das Parkett: „Ich bitte Sie, eine Vorstellung, die gut gearbeitet ist, auch anzusehen. Es ist ein Stück, bei dem man zuhören sollte. Wir können doch nicht so weit sein, daß wir das Zuhören verlernt haben", sagte Sasse. Das Spiel konnte in aller hitzigen Ruhe zu Ende gehen, bis zu seinem heiklen, bitteren Ende.

Dann aber langer, fast einmütiger Beifall, der sich, jedesmal, wenn sich Friedhelm Ptok wieder zeigte, zu Ovationen steigerte. Fazit: Sartres frühes, schlimmes Denkstück ist immer noch wirksam, ist strikt politisches Theater mit den Mitteln der bürgerlichen Bühne. Es ist immer noch heiß.

FRIEDRICH LUFT

JOURNAL

Audi läßt Münchner Philharmoniker reisen

SAD, New York

Finanziert von Audi, reisen die Münchner Philharmoniker zu einer Konzerttournee in die Vereinigten Staaten. Sie geben, dirigiert von Lorin Maazel, ihr erstes Konzert am 19. Oktober im Kennedy-Center von Washington. Während ihrer zwölftägigen Tournee gastieren die Münchner auch in New York, Boston, Albany, Ann Arbor, Chikago, Philadelphia sowie in den kanadischen Städten Ottawa und Toronto.

HA Schult: Berliner Mauer in Manhattan

dpa, Berlin

Der Aktionskünstler HA Schult plant am 7. Dezember eine Satellitenübertragung zwischen New York und der Berliner Mauer am Potsdamer Platz. Innerhalb einer Veranstaltungsreihe vom 15. November bis zum 15. Dezember, bei der in Zusammenarbeit mit dem Museum of Modern Art und dem Berliner Senat die frühere Reichshauptstadt sich in New York präsentiert, will Schult vor der Skyline von Manhattan ein „gewaltiges Fragment der Berliner Mauer in Originalgröße" aufbauen. In beiden Städten sollen einige hundert Zuschauer dabeisein und zusammen mit einem Tenor der Metropolitan Opera und der Berliner Oper „Arien von Richard Wagner über die Mauer hinweg zum UNO-Gebäude und nach Ost-Berlin" singen. Der „Satelliten-Dialog der Mauern" soll live in amerikanische und europäische Fernsehprogramme eingespielt werden.

Rudolf Augstein verkauft Filmverlag der Autoren

dpa, München

Rudolf Augstein hat seine Mehrheitsbeteiligung am Münchner Filmverlag der Autoren verkauft. Käufer ist der Geschäftsführer der Münchner Filmgesellschaft Futura, Theo Hinz. Hinz will den Filmverlag als das Produktions- und Verleihunternehmen für den „neuen deutschen Film" fortführen. Eine Verschmelzung der beiden Unternehmen sei „irgendwann" durchaus denkbar, sagte Hinz. Augstein hatte bei seinem Einstieg in den Filmverlag 1977 erklärt, er wolle versuchen, auf diesem Weg die weitgehend fehlende Absatzförderung zu ersetzen. Obwohl er bereits damals sein Engagement auf vier bis fünf Jahre begrenzt habe, gehe die Veräußerung der Anteile jetzt auch auf die Auseinandersetzung über den Verleih von Wim Wenders' Film „Paris, Texas" zurück.

Schwegler ist Präsident des Künstlergremiums

dpa, Saarbrücken

Das Internationale Künstlergremium hat auf seiner Mitgliederversammlung in Saarbrücken Fritz Schwegler, Professor an der Kunstakademie Düsseldorf, für zwei Jahre zum neuen Präsidenten gewählt. Er tritt die Nachfolge von Daniel Spoerri an.

„Kogge"-Literaturpreis an Schweizer Autor

dpa, Minden

Der Literaturpreis der Autorenvereinigung „Die Kogge", der mit 10 000 Mark dotiert ist und alle vier Jahre „für besondere Leistungen" vergeben wird, ist in Minden dem Autor Erwin Jaeckle aus Zürich zuerkannt worden. Neuer Träger des „Kogge"-Ehrenringes, der von der Stadt Minden seit 1953 zugesprochen wird, ist der Schriftsteller Rudolf Otto Wiemer aus Göttingen.

Malaparte-Preis für Nadine Gordimer

AP, Capri

Aus der Hand des italienischen Schriftstellers Alberto Moravia hat die südafrikanische Romanautorin Nadine Gordimer auf Capri den vor drei Jahren geschaffenen Malaparte-Preis für ihr schriftstellerisches Werk entgegengenommen. Die 62jährige, in Johannesburg lebende Schriftstellerin erhielt den Preis wenige Wochen vor Erscheinen ihres neuen Buches „A Guest of Honour".

Guillermo Sarabia †

DW. Amsterdam

Der aus Mexiko stammende Bariton Guillermo Sarabia ist im Alter von 49 Jahren in Amsterdam gestorben. Über Düsseldorf führte ihn sein Weg 1973 an die Met in New York, *wo er auch seinen Wohnsitz* hatte. An der Hamburgischen Staatsoper hat Sarabia entscheidend zur Wiederentdeckung der Zemlinsky-Opern „Eine florentinische Tragödie" und „Der Kreidekreis" beigetragen. An der Wiener Staatsoper war er ein trotz aller (natürlichen) Leibesfülle köstlich graziöser Falstaff in Verdis Oper. Seine Domäne aber waren wohl die „Schurken" des veristischen Repertoires, Scarpia in der „Tosca", Gerard im „Andre Chenier", die er mit seiner groß und dunkel tönenden Stimme in aller Schauerlichkeit vorstellen konnte.

Umfrage: Jeder dritte will keinen Wein mehr

Nea. **Frankfurt**

95 Prozent aller Erwachsenen in der Bundesrepublik Deutschland wissen etwas über Diethylenglykol im Wein. Dies ergab die erste gründlichere Untersuchung der psychologischen Auswirkungen des Weinskandals in der Bevölkerung. Unklar und widersprüchlich fallen dagegen die Antworten auf die Frage aus, wie stark diese Wirkungen den Weinkonsum beeinflussen werden.

Schon die Frage, worum es sich bei der Affäre konkret handele, verursacht offenbar Unsicherheit. 73 Prozent nennen das Stichwort „Frostschutzmittel", 25 Prozent sprechen von „Zusätzen", 15 Prozent von „Gift". Wo das Zeug gefunden wurde, ist schon eher bekannt. 95 Prozent nennen Österreich, 66 Prozent wissen, daß auch deutsche Weine betroffen sind, elf Prozent erwähnen auch Italien.

Dennoch bejahen nur 20 Prozent die Frage, ob man deutschem Wein deshalb nicht mehr trauen könne. Das ist nur ein Prozent mehr als bei einer ähnlichen Umfrage im Jahr 1981. Damals bot der sogenannte Flüssigzuckerskandal Anlaß für die Untersuchung.

Daß die Spur der Verunsicherung des Verbrauchers diesmal tiefer ist, zeigt der Vergleich mit einer anderen Frage. Den Satz „Auch unter den Winzern gibt es halt schwarze Schafe, das ist aber noch kein Grund für allgemeines Mißtrauen" bejahten 1981 noch 84 Prozent, jetzt sind es nur mehr 71 Prozent.

Immerhin 42 Prozent der Befragten meinen jetzt, daß die Affäre ihr Trink- und Kaufverhalten beeinflussen werde. Etwa ein Drittel davon will „überhaupt keinen Wein mehr trinken", ein Fünftel will den Konsum reduzieren.

„Was speziell werden Sie weniger trinken?" wurden letztere gefragt. Die Hälfte antwortete: „Keinen Wein aus Österreich mehr." Ein Viertel nannte, obwohl Firmennamen in der Umfrage nicht vorgegeben waren, den Namen eines bestimmten deutschen Großunternehmens. 15 Prozent wollen künftig „keine süßen Weine", zwölf Prozent „keine Spät- und Auslesen" mehr trinken.

Tröstlich für die deutschen Winzer *ist, daß aufgrund des Skandals im*merhin 65 Prozent der Befragten jetzt erklären, daß man für wirkliche Weinqualität auch einen entsprechenden Preis zahlen müsse.

Die Einzelauswertung der Ergebnisse dieser Untersuchung eines Frankfurter Instituts steht noch bevor. Die Untersuchung lief über drei Wochen.

Ins Gerede gekommen ist auch die von einigen Erzeugern eingesetzte Werbung mit dem Zertifikat „garantiert glykolfrei". Auf einer Tagung des Schutzverbandes Deutscher Wein e. V. in Mainz wurde von Fachleuten erklärt, daß eine solche Werbung gegen das Verbot unlauteren Wettbewerbs verstoße.







Auf der Wies'n purzeln die Rekorde

Bei strahlender Sonne und sommerlichen Temperaturen zogen gestern über 7000 Trachtler durch Münchens Innenstadt zur Theresienwiese (Mitte und rechts). Sieben Kilometer lang war der Trachtenumzug, der im 175. Jubiläumsjahr der Wies'n zum 150. Mal stattfand. Am Samstag hatte Oberbürgermeister Kronawitter Punkt zwölf Uhr das erste Faß mit drei Schlägen angezapft und das Oktoberfest mit dem traditionellen „O'zapft is" eröffnet. Bereits die ersten zwei Tage brachten mit 1,2 Millionen Besuchern einen Rekord. In den Festzelten herrschten gestern Saunatemperaturen, die den Bierdurst ansteigen ließen. Die Festwirte schätzten, daß an diesem Wochenende nicht weniger als eine Million Liter Bier durch die durstigen Kehlen der Wies'n-Gäste rannen – die Maß zum stolzen Preis zwischen 5,90 und 6,30 Mark. FOTO: DIETRICH/WEREK/AP

Versöhnlicher Abschied des Sommers

AP, **Offenbach**

Mit einem versöhnlichen Ausklang hat der diesjährige Sommer am Wochenende zumindest im südlichen und mittleren Teil Deutschlands die zuvor vom Wetter arg enttäuschten Deutschen etwas getröstet. In Norddeutschland fiel der Trost jedoch recht schwach aus, denn es regnete wieder. Grau in grau mit vereinzelten Regenschauern verabschiedete sich der Sommer auch in Berlin. Die Temperaturen kletterten auf 20 Grad. Das beständige Wetter soll nach Angaben der Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach bei etwas sinkenden Temperaturen in dieser Woche anhalten. Allerdings könne es am Wochenanfang in Norddeutschland wieder zu Regenschauern kommen. Für die übrigen Regionen erwarten die Wetterkundigen Höchsttemperaturen von 22 bis 23 Grad und Nachttemperaturen von zehn bis 15 Grad.

Tausende evakuiert

dpa, **Turin**

Mehrere tausend Menschen mußten in der Nacht zum Sonntag ihre Wohnungen in einem Industrieviertel Turins vorübergehend verlassen, weil eine Giftwolke die Luft in dem Gebiet verpestet hatte. Aus einer Fabrik war Ammoniak entwichen.

Lourdes versiegt

rtr, **Lourdes**

Die Quelle von Lourdes droht nach den Worten des Vorstehers der Pilgerstätte, Joseph Bordes, wegen anhaltender Trockenheit in den Pyrenäen zu versiegen. Die von der Wunderquelle Heilung suchenden Pilger seien aufgefordert worden, sparsam mit dem Wasser umzugehen. Mehrere Heilbäder der Stadt hätten geschlossen werden müssen, da Teile der Quelle bereits versiegt seien.

Wrack aus Loch Ness

dpa, **London**

Das Wrack eines im Zweiten Weltkrieg abgestürzten britischen Bombenflugzeuges ist aus dem durch das angebliche Seeungeheuer berühmten schottischen See Loch Ness geborgen worden. Die Maschine vom Typ Vikkers Wellington lag in rund 75 Meter Tiefe. Nach einer Restaurierung soll der Bomber in ein Museum kommen.

Leichen verbrannt

AP, **Davao**

In dem Dorf Sinasa auf den Philippinen haben Soldaten die verwesenden Leichen von mehr als 60 Stammesangehörigen verbrannt, die von ihrem Medizinmann am 9. September gezwungen worden waren, vergiftetes Essen zu sich zu nehmen. Er hatte ihnen erzählt, sie könnten so „die Götter sehen".

Lob aus England

SAD, **London**

Hamburg und München wurden jetzt in der englischen Presse mit dikkem Lob bedacht. Während die „Times" München als „eine grandiose Stadt" feierte, würdigte der „Guardian" Hamburg als „eine Stadt mit Stil". Es ist ein „ausgesprochen englischer" Stil, befand Autor John Ardagh im „Guardian" und zitierte die Redensart: „Wenn es in London regnet, spannen die Hamburger ihren Regenschirm auf." Und die „Times" über München: Hier ist Deutschlands Hollywood, sein Mayfair und seine Madison Avenue, mit Boutiquen so elegant wie in Paris.

LEUTE HEUTE

Berühmt

Der Schläger, mit dem Tennis-Idol **Boris Becker** (17) als erster Deutscher das Finale in Wimbledon gewann, ist gestern in Berlin für 37 000 Mark versteigert worden. Der berühmte Leimener stellte die stolze Summe dem Bundesverein „Lebenshilfe für geistig behinderte Kinder" zur Verfügung. Geleitet wurde die Versteigerung von Quizmaster („Dalli dalli") **Hans Rosenthal**.

Beliebt

Mit 46 Prozent ist laut Umfrage **Prinz Albert von Monaco**, 27, in seiner Heimat das beliebteste von Fürst **Rainers** drei Kindern. An zweiter Stelle steht **Prinzessin Stephanie** mit 38 Prozent. Mit nur 16 Prozent Zustimmung ist **Caroline** am wenigsten beliebt. Sie ist auch das am meisten „belastete" Familienmitglied: 71 Prozent vergeben ihr die „Eskapade" mit Junot nicht. Stephanies Abenteuer werden als „Teenager-Allüren" abgetan. Mit Albert sind 89 Prozent zufrieden: „Er sucht schließlich eine Frau und muß sich umsehen."

Bekannt

Eine Reihe von bekannten Schönen des Show-Geschäfts sehen einem freudigen Ereignis entgegen. Zu ihnen zählt **Liza Minelli** (39). Nach drei Fehlgeburten erwartet sie im März ein Baby. „Sie will alles als großes Geheimnis gehütet haben", sagt ihr Ehemann **Mark Gero**. Liza trinkt, seitdem sie schwanger ist, keinen Alkohol mehr. Auch **Olivia Newton-John**, die in diesen Tagen 37 wird, erwartet ihr Baby im Frühjahr. „Wir verraten überhaupt nichts", sagte ihr Ehemann und Schauspieler **Matt Lattanzi** (26). Schwanger sind auch **Christie Brinkley, Candice Bergen, Jackie Smith** und **Jessica Lange**.

Beklagt

Der ehemalige Spitzenmanager von General Motors und gescheiterte Autoproduzent **John DeLorean** (Foto), der im Sommer vergangenen Jahres nach einem Sensationsprozeß von dem Vorwurf des versuchten Kokain-Handels freigesprochen wurde, muß sich erneut vor Gericht verantworten. In Detroit wirft ihm



eine Grand Jury vor, Investoren seiner bankrott gegangenen Sportwagenfirma in Nordirland um 12,5 Millionen Dollar betrogen und davon 8.9 Millionen behalten zu haben. Unter den 140 Investoren waren Prominente wie der Entertainer **Sammy Davis jr.** und der Autor **Ira Levin**.

Sozialleistungen auf Postscheck sieben Tage tabu

AP, **Kassel**

Auf einem Postscheckkonto eingehende Sozialleistungen müssen dem Anspruchsberechtigten innerhalb einer Woche auch dann ausgezahlt werden, wenn dieser sein Konto überzogen hat. Eine entsprechende Entscheidung hat der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel am Samstag unter Verzicht auf eine mündliche Verhandlung im Eilverfahren getroffen. Danach sind die Postscheckämter der Deutschen Bundespost innerhalb einer Woche nach der Gutschrift nicht berechtigt, auf dem Postgirokonto für den Kontoinhaber gutgeschriebene Sozialleistungen mit einem Schuldsaldo zu verrechnen, der durch eine vorausgegangene Überziehung des Kontos entstanden ist. Vielmehr muß das Postscheckamt gutgeschriebene Sozialleistungen an den Kontoinhaber ungekürzt auszahlen, wenn es dieser innerhalb von sieben Kalendertagen verlangt.

Der Verwaltungsgerichtshof entsprach damit dem Eilantrag eines Beziehers von Arbeitslosenunterstützung, der sich dagegen wehrte, daß ihm das Postscheckamt die Auszahlung wegen Überziehung des Kontos verweigerte. Die Post wandte ein, der Mann müsse für den umgehenden Ausgleich seines Kontos sorgen. Die Verwaltungsrichter hingegen entschieden: Sozialleistungen sind bis zu sieben Tage nach der Gutschrift unpfändbar. (Az.: 11 TG 1699/85)

„My baas, my baas . . ."

Todesurteil für zwei Weiße nach Ermordung einer Schwarzen

M. GERMANI, **Johannesburg**

Zum ersten Mal wurde in Südafrika gegen Weiße für die Ermordung einer Schwarzen die Höchststrafe ausgesprochen. Der Prozeß in der kleinen Stadt Klerksdorp südlich von Johannesburg hatte großes Aufsehen erregt. Und als Richter Schabort am Freitag das Urteil verkündete, kam es im Gerichtssaal zu dramatischen Szenen.

Schalk Burger (20) und George Scheepers (22) wurden zum Tode verurteilt. Die beiden Mitangeklagten Jacobus Mattysen (20) und Daniel Durandt (19) erhielten 18 Jahre Gefängnis für ihre Mittäterschaft am Überfall auf Morake Wessie und Ginny Goitsione (19), beide Schwarze.

Am Abend des 2. Februar überfielen die vier weißen Angeklagten – alle stammen aus der breiten weißen Arbeiterschicht – das farbige Liebespaar. Die vier Männer hatten vorher getrunken. Sie entführten die beiden in Wessies BMW, schlugen sie zusammen und raubten sie aus. Die junge Frau wurde von Mattysen und Durandt vergewaltigt.

Morake Wessie gelang es zu fliehen. Daraufhin beschlossen Scheepers und Burger, die sich an der Vergewaltigung nicht beteiligt hatten, das Verbrechen zu verschleiern. Sie sperrten die junge Frau lebend in den Kofferraum des Autos und zündeten den Wagen an. Ginny Goitsione rief verzweifelt: „My baas, my baas" (mein Herr, mein Herr).

Offensichtlich hatte der Hauptangeklagte Scheepers bereits von Kindheit an einen außerordentlichen Einfluß auf seinen Schulfreund Burger. Scheepers wurde vom Gerichtspsychiater als ein Psychopath mit einem verstärkten Aggressionstrieb und asozialem Verhalten bezeichnet. Er begann bereits während der Schulzeit zu trinken und heiratete seine damals 14jährige schwangere Freundin, mit der er inzwischen zwei Kinder hat. Richter Schabort befand jedoch Scheepers voll für die Tat verantwortlich und wies besonders auf dessen Kaltblütigkeit hin, den Wagen in Brand zu stecken, während das Opfer noch lebte.

Vor der Verurteilung bat Schalk Burger die Familie der Toten und ihren Freund Wessie um Vergebung. Ginnys Mutter Absinnia Goitsione erklärte, sie könne nicht verzeihen. „Niemand kann mein Kind zurückbringen." Der Vater Hans Goitsione bezeichnete die Tat als „rassistisch" und forderte die Todesstrafe für alle Beteiligten. „Wenn eine weiße Frau von vier Schwarzen so brutal vergewaltigt und ermordet worden wäre, würden sie alle hängen", sagte er.

Nach der Verkündung des Todesurteils brach Burgers junge Frau Kathleen (20) ohnmächtig zusammen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Sie erwartet in fünf Monaten ihr zweites Kind. Sie bestreitet, daß ihr Mann für die Tat mitverantwortlich sei. „Ich habe ihn gefragt, aber er hat mit der Sache nichts zu tun."

WETTER: Sonne und Regen

Wetterlage: Während Tiefausläufer die Nordhälfte Deutschlands streifen, liegt der Süden der Bundesrepublik im Einflußbereich eines Hochs über den Alpen.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still, ≡ Nebel, ● Sprühregen, ● Regen, ✱ Schneefall, ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, ▲▲▲ Frostgrenze. H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten ▲▲▲ Warmfront, ▲▲▲ Kaltfront, ▲▲▲ Okklusion. Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Montag:

Norden: Bewölkt, zeitweise Regen. Nachmittags Bewölkungsauflockerung. Temperaturen zwischen 17 und 20 Grad. Süden: Nach Auflösung von Frühnebelfeldern heiter und trocken. Temperaturen um 25, nachts klar und Abkühlung auf 12 bis 8 Grad. Schwacher Südwestwind.

Weitere Aussichten:

Wolkig, aber weitgehend niederschlagsfrei. Zwischen 18 Grad im Norden und 22 Grad im Süden.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	29°
Bonn	21°	Kopenh.	12°
Dresden	21°	Las Palmas	25°
Essen	16°	London	19°
Frankfurt	22°	Madrid	22°
Hamburg	12°	Mailand	23°
List/Sylt	11°	Mallorca	27°
München	23°	Moskau	9°
Stuttgart	24°	Nizza	26°
Algier	25°	Oslo	11°
Amsterdam	17°	Paris	24°
Athen	26°	Prag	22°
Barcelona	27°	Rom	26°
Brüssel	17°	Stockholm	10°
Budapest	25°	Tel Aviv	31°
Bukarest	27°	Tunis	26°
Helsinki	11°	Wien	26°
Istanbul	25°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 7.11 Uhr, Untergang: 19.16 Uhr; **Mondaufgang:** 18.14 Uhr, Untergang: 1.13 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wenn Mütter gegen Rockmusiker zu Felde ziehen

FRITZ WIRTH, **Washington**

Vor dem Handelsausschuß des amerikanischen Senats war eine Anhörung angesetzt. Normalerweise erscheinen zu diesen Ereignissen, bei denen vom „Stahlkrieg", Protektionismus und Gatt die Rede ist, Lobbyisten in den Gängen des Russels-Gebäudes, um über das scheinbare Ende des Freihandels zu lamentieren.

Diese Anhörung war anders. Da bevölkerten buntgekleidete Popfans das Senatsgebäude, und die pfauenhaft kolorierte Haarpracht eines Dave Snider von der Firma Twisted Sister stellte sich raumfüllend in den Blickwinkel der Fernsehkameras. Ein Herr Frank Zappa zitierte die amerikanische Verfassung, und ein gutgekleideter Bänkelsänger namens John Denver zitierte den gesunden Menschenverstand.

Das war nötig, denn zu dieser Anhörung gehörte es, daß die ratlosen Senatoren, die das alles nur arrangiert hatten, um besser informiert zu sein, sich unversehens mit dem in Noten gesetzten Satz konfrontiert sahen: „Dein Gesicht ist mein Klopapier." Das beschreibt die Bandbreite einer Anhörung, in der es um eine der heißesten Handelswaren unserer Tage, um Pop, Moral, Zensur, Protektionismus und guten Geschmack ging.

Die in millionenfacher Auflage verkauften Botschaften einiger Popsänger standen auf dem Prüfstand. Denn es wächst die Zahl jener in den USA, die diese Botschaften der Herren Zappa, Snider, Prince oder von Damen wie Tina Turner oder Sheena Easton nicht mehr unwidersprochen schlucken oder ungewarnt den Ohren ihrer Kinder preisgeben möchten.

Begonnen hatte dieser Feldzug gegen einige Pop-Barden in diesem Frühjahr, als die Senatorenfrau Mary „Tipper" Gore, Mutter von vier Kindern, ihrer Tochter das Album „Purple Rain" kaufte. Was Mistreß Gore von anderen Eltern unterscheidet: Sie hörte nicht nur der Musik zu, sondern auch den dazugehörenden Texten und staunte, daß dabei auch von der Masturbation eines Mädchens namens Nikki in einer Hotelhalle die Rede war.

Das veranlaßte sie zu intensiveren Textstudien dieser Poplyrik, und sie fand dabei heraus, daß hier unter lautstarkem Beat die Subkultur eines Porno-Rocks blüht, der Sex, Sadomasochismus, Inzest, Folter und Vergewaltigung glorifiziert. Da war unter anderem eine Empfehlung der „Twisted Sisters" zu vernehmen, wie man seinen Vater aus dem Fenster wirft, und eine Ode der Sheena Easton auf den Orgasmus. Mrs. Gore fand, daß diese Texte eine Zwölfjährige überforderten. Sie suchte und fand Hilfe bei gleichgesinnten Senatorinnen wie Paula Hawkins, anderen Senatorenfrauen und bei Susan Baker, der Frau des amerikanischen Finanzministers James Baker.

Sie bildeten eine Anti-Porno-Rock-Lobby, die unter dem Namen „Die Frauen von Washington" bekannt wurde. Und weil sie eben so exzellente Verbindungen zu höchsten Kreisen haben, stellten sich bereits in den ersten drei Monaten ihres Feldzugs Erfolge ein.

Sie erreichten, daß 19 Firmen, die insgesamt 80 Prozent der 25 000 Popsongs produzieren, die jährlich in den USA auf den Markt gebracht werden, anzügliche oder eindeutige Songs mit der Warnung „Achtung Eltern: deutliche Texte" versehen müssen. Gesetze gegen den Pop oder gar Zensur, so versichern die „Frauen von Washington", seien nicht beabsichtigt. Ihr Feldzug sei nichts anderes als eine Art von Protektionismus für Unmündige.

Dennoch: Eine beträchtliche Anzahl der rund 2600 amerikanischen Radiostationen, die ausschließlich Rockmusik senden, haben einige der beanstandeten Songs bereits aus dem Verkehr gezogen, und das veranlaßte Männer wie Frank Zappa, John Denver und Dee Snider jetzt, sich im Senat öffentlich gegen die „Frauen von Washington" zur Wehr zu setzen. John Denver, dem kaum jemand nachsagen kann, unzüchtige Texte in Musik zu fassen, meinte, daß die Zahl der anstößigen Songs so gering sei, daß sie kaum einen Einfluß auf Jugendliche haben könnten.

Der lockige Dee Snider verteidigte sich gegen den Vorwurf, gesungene Pornographie zu verbreiten, mit dem Hinweis auf seine eigene puritanische Lebensweise. Er sei ein Christ, rauche nicht, trinke nicht und nehme keine Drogen. Zappa dagegen wurde aggressiv. Er nannte die Vorschläge der Frauen „Unsinn", der die Bürgerrechte der Erwachsenen einschränke. Und an die Damen gerichtet, setzte er hinzu: „Sie empfehlen hier praktisch die Enthauptung, um das Problem von Haarschuppen zu lösen."

ZU GUTER LETZT

„Die Rechtsprechung legt ihrer Beurteilung von Kinderspielplätzen ... eine typisierende Betrachtung zugrunde, das heißt, sie ordnet bestimmten Spielplatztypen unter Zugrundelegung ihrer funktionsgerechten Benutzung einen bestimmten Störgrad zu. Dazu bedarf es bei Spielplätzen keiner Verschlüsselung des Spielbetriebs in bewerteten Maß- oder Rechengrößen energieäquivalenter Dauerschallpegel, um diese dann wieder an den vorgegebenen Orientierungswerten zu messen." Amtsdeutsch aus dem baden-württembergischen Innenministerium.